

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Durch Rußlands Hungerdistrikte.

Rußland hungert. In dem größten Teil seiner Gouvernements, besonders den auf landwirtschaftliche Erträge angewiesenen Zentralprovinzen herrscht Hungersnot. Hungertypus und Storbut fordern unerbittlich Tag für Tag ihre Opfer. Eine ungünstige Ernte, die inneren Wirren und die vollständige mit rohester Brutalität gepaarte Unfähigkeit der russischen Verwaltung, die zum Zweck der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft jeden kulturellen, freihellen Fortschritt unterdrückt, haben weiten Gebieten des Reiches eine neue Hungersnot beschert. Schon in normalen Zeiten hungert der russische Bauer. Der Hunger ist sozusagen sein väterliches Erbteil. Obgleich Rußland enorme Mengen von Getreide ausführt, kommt auf den Kopf der russischen Bevölkerung ein weit geringerer Getreideverbrauch als in den Kulturländern West- und Mitteleuropas. Sobald aber die Ernte unter dem Durchschnitt zurückbleibt, tritt an die Stelle des chronischen Hungers die Hunderttausende von Menschenleben hinwegraffende akute Hungersnot. Unter solcher Hungersnot litt Rußland in den Jahren 1891/92 und 1897/98, und wird es jetzt wieder heimgesucht.

Aber die politischen Zustände seit den letzten Hungerperioden haben sich im Zarenreich gewaltig geändert. Die Revolution hat in dem Lande aller Neuen seitdem ihr Haupt erhoben, und das russische Volk hat bewiesen, daß es nicht nur leiden und sterben kann wie kein anderes Volk, sondern daß es auch mit unermüdlicher Ausdauer zu fechten vermag. Wird die Hungersnot die Revolution vorwärts treiben; wird sie der Bauernschaft das Signal zum Kampf geben? In fast allen Revolutionen hat der Hunger eine große Rolle gespielt, nicht zum wenigsten in der großen französischen Revolution. Der Bastillesturm des 14. Juli 1789, die ihm folgenden Aufstände der Bauern in den ostfranzösischen Provinzen, durch welche die Feudalrechte des alten Frankreichs zertrümmert wurden, wie der Zug der Pariser Frauen nach Versailles am 5. Oktober 1793 und die Volksaufstände in den Jahren 1792 und 1793 waren zum wesentlichen Teil Folgen der Hungersnot und des durch diese aufgepeitschten notleidenden Volkes.

Wird auch das russische Bauernvolk sich zum Kampfe aufraffen? Schwer genug leidet es unter den jetzigen Zuständen. Die Berichte, die aus den Hungerdistrikten Rußlands kommen, sind geradezu grauenerregend. Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ in Stockholm hat einen Korrespondenten in die russischen Hungerdistrikte entsandt, damit er die dort herrschende entsetzliche Hungersnot schildere. In einer Reihe von Briefen an seine Zeitung enthüllt nun der Korrespondent das Elend und die Leiden des Volkes. Seinen Schilderungen entnehmen wir folgende Bruchstücke:

„... In meiner Kindheit hatte ich einmal Gelegenheit, ein Bild zu sehen, das mir noch lange nachher Schaudern einflößte. Es stellte eine Menge halbnackter Menschen dar, die — wie Würmer — mit krampfhaft verzerrten Gliedern auf einem öden Gefilde über- und nebeneinander krochen. Unter dem Bilde stand als Erklärung des eine Wort: „Hunger“. — Dieses läßt vergebene Bild tauchte in meiner Erinnerung wieder auf bei meiner Fahrt durch Rußlands Hungerdistrikte. Die Hunderte von Eindringen, der eine immer dürrer und schauriger als der andere, fliehen ärmlich zusammen zu einem Bilde, welches an Entschiedenheit dem Schreckensbilde, das damals meine kindliche Phantasie in Bewegung setzte, nicht nachsteht. Ich habe es stets vor mir; in jedem Dorfe, das ich besuche, prägt es sich meinem Kopfe mehr und mehr ein. Einzelne Details können wechseln, im Ganzen aber ist das Bild überall dasselbe. —

Ich sehe sie vor mir in unüberschaubarer Menge: diese zitternden Geschöpfe, auf deren eingesunkenen Wangen keine andere Farbe zu entdecken ist als die der Fieberrote, diese zusammengesunkenen Körper mit hängenden Köpfen, diese schlaffen, fleckartigen Hände, die so gierig nach der kleinsten Gabe greifen, und — das allerschrecklichste: diese bittenden, erschredenden, glänzenden Augen, in welchen ungerührt derselbe Ausdruck zu lesen ist wie bei einem Hunde, der — blutig geprügel — zu den Füßen seines Herrn heult. Anfänglich versuchte ich, die verschiedenen Eindrücke auseinanderzuhalten. Aber Hütte nach Hütte, Dorf nach Dorf kam, und die eilfält niedergeschriebenen Zeilen halfen mir nicht länger, um jedes Bild für sich scharf zu prägen.

Ich blättere in meinem Notizbuch. Einige zwanzig Seiten sind mit einzelnen Notizen gefüllt, ein paar Zeilen von jeder Hütte, in der die Not mir ungewöhnlich heftig hervortrat. Jedesmal, wenn ich einige Worte niederschrieb, schien es mir, als ob ich nie vorher so etwas Schauderhaftes und Entsetzliches gesehen hätte. Aber wie ein Uebermaß von Licht blendet, so wird das Gefühl von allen diesen Schreckensszenen allmählich so abgestumpft, daß ich nicht länger etwas Merkwürdiges oder Ungewöhnliches an diesen Aufzeichnungen finde:

Familie von 6 Mitgliedern; der Vater außerstande, sich zu bewegen; seine Frau krank an Storbut, ihr Mund eine einzige Geschwulst; 2 Kinder mit eitrigem Ausschlag über den ganzen Körper. Seit Oktober ist Brot die einzige Nahrung.

Witwe mit 3 Kindern. Sie liegt halbnackt in Fieberphantasien auf der Bank; die Kinder krabbeln auf dem Lehm Boden herum, jedes mit einer harten Brotkruste in der Hand. ...

Ich schrieb diese Eindrücke in den ersten Dörfern nieder. Ich hörte damit auf, als ich fand, daß solche Fälle in jedem Dorfe

vorkommen und für jedes Dorf typisch sind. ... Ich schließe die Augen, und sie ziehen alle, alle in einer langen Reihe vorbei:

Hier der Greis mit zusammengeschrunzten Gliedern, mit Händen und Gesicht, auf denen eine pergamentbraune fallige Haut scharf herausstehende Knochen deckt, mit halbgeborstenen Augen, die stumpf ins Leere stieren. In wie vielen Hütten habe ich es nicht gesehen, dieses unheimliche Gespenst. Auf dem Ofen sucht es seine blutleeren Glieder zu wärmen. In der Stube wimmelt es von Kindern und Kindeskindern. Der Alte verlangt nur eins: Sobald wie möglich sterben zu dürfen, zu sterben, nicht um eigenen Schmerzen zu entgehen — ein langes Leben hat ihn gelehrt, Leiden und Entbehrungen zu tragen —, sondern um die Seinigen von einer unnützen Last zu befreien. Er weiß, daß das Brot, welches er ißt, für die übrigen hungernden Familienmitglieder notwendiger ist, und er murmelt schuldbehaftet: „Es ist Zeit für mich, zu sterben; schon allzu lange esse ich das Brot anderer.“

Hier eine Mutter, deren Kräfte schon zu Ende sind in ihrem harten Kampfe gegen die Not. Sie liegt ausgestreckt auf einer Bank in der Ecke der Stube; ihre dünnen, bleichen Lippen können sich nicht mehr schließen: der Storbut hat schon seine Verheerungen angerichtet. Große rote Geschwülste — wie Haselnüsse — ragen hervor zwischen lockeren Zahngassen. Das dünne Stück Tuch, das als Decke dient, hält nur unvollständig ihre nackten Beine, die — geschwollen und wie mit Glasur überzogen — in dunkelblauer Farbe schillern. In ihren glasigen, stierenden Augen liegt es wie eine Frage: Warum dies alles? Aber sie trägt ihr Leiden resigniert und reicht dem Kleinen, der an ihrer Seite krabbelnd, ihren Busen, in dem schon lange der letzte Tropfen Milch verstreut ist.

Hier die leidende Kleine mit dem wachstümlichen Gesicht, mit triefenden roten Augen und dem scheuen, bittenden Ausdruck eines verwundeten Tieres. Die Brotkruste liegt neben ihr, zu hart für das geschwollene Zahnfleisch. Ihr Vater klagt: „Seit drei Tagen hat sie nichts gegessen; ich bitte und drohe — die Antwort bleibt immer dieselbe: „Kann nicht! Will nicht!“ — Das Kind sieht schweigend und unbeweglich. So klein es ist, hat es schon die Kunst gelernt: zu leiden, ohne zu klagen.“

Hier der hungernde Bauer selbst, wie ich ihn in Hunderten von Aufzügen gesehen habe. Er ist bleich und abgemagert, aber noch gesund, so weit ein ständig hungerndes Geschöpf gesund sein kann. Er hat keine Ruhe, sitzen zu bleiben, sondern er kreist, nach vorn gebeugt und schweigend, um die Seinen herum, die krank, vielleicht sterbend im Halbdunsel der Stube liegen, während er selber in grübelnde Gedanken versunken ist. Aber ruhig und klar antwortet er auf alle Fragen. Aus jedem Worte tritt hoffnungslos, beherrschte Resignation hervor; er hat sich in sein Schicksal gefunden, hat nichts zu hoffen und erwartet von der Zukunft nur den Tod.

Sie treten vor mich hin alle diese unheimlichen Schatten; über allen dieselbe hoffnungslose, entsetzliche Ergebenheit. Es ist die schweigende Resignation des hungernden Rußlands, die einen so herzzerreißenden Eindruck macht. Es wäre eine Erleichterung, wenn alle die Hungernden ihren Klagen Luft machen könnten. Aber sie schweigen, sie hungern, sie leiden, und sie sterben, ohne daß ihr Todesdröhnen außerhalb ihrer verlassenen Dörfer hörbar wird.

„Um Gotteswillen! Reisen Sie hinaus zu den hungernden Bauern! Es sind nicht mehr Menschen, sondern wilde Tiere!“ So hörte ich überall in der Hauptstadt des Hungerlandes klagen. Ich reiste, und wo ich wilde Tiere zu finden erwartete, fand ich ein Volk von Helden! Denn der Hunger hat seine Opfer nicht zu raubgierigen Hyänen gemacht. Es sind die Starken, die gesunden Bauern, welche — die Voratskammer voll von Lebensmitteln und dem Schron! voll Bodla — plündern und sengen. Hier aber ergibt man sich in sein Schicksal, gehorcht und schweigend. ... Die Mutter legt das Kind an ihren schmerzenden Busen, der hungerige Bauer teilt mit seinen hungerigen Nachbarn die letzten Reste des knappen Gnadenbrots des Staates.“

Die russische Revolution.

Die Eröffnung der Duma.

Petersburg, 27. Februar. (B. L. B.) Mit der Eröffnung der Reichsduma am 5. März d. J. ist der Vizepräsident des Reichsrats Golubew betraut worden. Der Eröffnung geht um 1 Uhr nachmittags ein Gottesdienst voraus. Der Reichsrat beginnt seine Sitzungen am 5. März 5 Uhr nachmittags.

Vorbereitungen.

Die Kadetten beabsichtigen, zur Eröffnung der Reichsduma folgende Forderungen zu stellen:

1. In Verantwortung der Thronrede verlangt die Reichsduma die Absetzung des bürokratischen Ministeriums, die sofortige Anerkennung der Bürgerrechte und der Grundzüge für eine konstitutionell-demokratische Monarchie. 2. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so soll sich die Reichsduma mit einem Manifest an das ganze Land wenden, um das Wesen, die Ursache und den Gang des entstandenen Konfliktes klarzulegen. 3. Gleichzeitig soll die Reichsduma Grundzüge für ökonomische Reformen ausarbeiten und veröffentlichen.

Die sozialdemokratische Dumafraktion plant selbständig vorzugehen und mit eigenen Gesetzesprojekten aufzutreten, für deren Durchführung alle zu Gebote stehenden Mittel sowohl in der Reichsduma selbst als auch außerhalb derselben angewandt werden sollen. Die „Kadetten“ sollen nur im äußersten Falle unterstützt werden. Zur Präzisierung der Taktik der russischen sozialdemokratischen Partei ist eine besondere Kommission gebildet.

Der „pour-le-Mérik“.

London, 27. Februar. (B. L. B.) Der „Standard“ veröffentlicht heute einen sieben Spalten langen Auszug aus einem

geheimen Bericht, den General Smirnow, der Kommandant von Port Arthur während der Belagerung durch die Japaner vom Februar bis Dezember 1904, an den Kaiser gerichtet hat. Dieses Dokument, das die Unterlage für die Angriffe bildete, auf Grund deren gegen die Generale Stögel und Rod sowie Oberst Reih eine Unteruchung eingeleitet wurde, gibt einen höchst anschaulichen Bericht über den Verlauf der Belagerung. Smirnow erhebt darin schwer belastende Anklagen gegen Stögel, den er der Feigheit, der Unfähigkeit, der Gänslingswirtschaft und der Unentschlossenheit beschuldigt, Eigenschaften, die dazu führten, daß die Festung übergeben worden sei, bevor ihre Hilfsquellen für die Verteidigung erschöpft waren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar 1907.

Ein kleiner Tag.

Schon äußerlich, an der Befehung des Hauses zeigt es sich, wenn die „kleinen Götter“ im Reichstage nationale Phrasen steigen lassen.

Der „entschiedene Liberalismus“, dem es an großen Führern im Reichstage mangelt, mußte sich damit begnügen, daß der Abgeordnete Biemer heute als Hauptredner zum Etat sich abquälte, ein Bild von der Situation nach den Wahlen zu geben. Wie die Nationalliberalen, so sind auch die Freimüthigen zum größten Teil nur auf fremden Rücken in den Reichstag gelangt. Das hindert diese aber nicht, in hohler Aufgeblasenheit die Pose gewichtiger Politiker zu mimieren. Wo aber der Intellekt verfaßt, da fällt auch nichts ab für die geistige Befriedigung der Zuhörer. Darum war das Haus während der heutigen Redeproduktionen nur mäßig besetzt.

Drollig wirkte die von Biemer forcierte Betonung der Lebensfähigkeit und des Aufstiegs des „entschiedenen“ Liberalismus, der da in unglaublicher Verblendung meint, der Reichskanzler Bilow könnte die Paarung liberalen und konservativen Geistes liberalisierend auf die Regierungstätigkeit wirken lassen. — Aufsteigend merken diese Klein-geister gar nicht, wie sie der Reichskanzler vorgestern mit nichtsagenden Redensarten über ein Reichsvereinsgesetz usw. einseifte. In der Hoffnung, einen Hapen aus der Staatskassette zu erschnappen, legen die „entschiedenen“ Liberalen ihre Wünsche dem Reichskanzler ans Herz, und es ist keiner unter ihnen, der nicht ein gnädiges Lächeln beim Reichskanzler fände — mehr aber nicht!

Camp bestärkte die liberalen Modifreunde in dem Paarungsbestreben und zählte eine Reihe Gesetze auf, die dem „nationalen Bloß“ gemeinsam revidiert oder geschaffen werden könnten. Aber sofort hinterher rief Herr Camp dem Zentrum das von lehrerem gern gehörte Wort entgegen: „Unser Weg wird bald wieder zusammen führen!“ Das erregte Verkommenheit unter den „entschiedenen Liberalen“. — Noch beängstigender für sie war das schallende Gelächter, das Liebermann v. Sonnenberg mit seinen Betrachtungen über die Homogenität des nationalen Bloßes auslöste. Seine Witzchen und Späßchen gefielen besonders dem Zentrum, das ja auf den Jersfall des Bloßes wartet, weil sich dann seine, des Zentrums Unentbehrlichkeit der Regierung noch mehr aufdrängt. Komisch wirkte Liebermann, als er mit pathetischem Ernst davor warnte, die Sozialdemokratie für eine endgültig besiegte Partei zu halten. So wirkte die Verspottung der liberalen Modifreunde und die Mahnung zu festem Zusammenhalt der Bloßangehörigen in den Ausführungen Liebermanns widerspruchsvoll durcheinander.

Auch der Pole Fürst Radziwill erging sich in freitischen Bemerkungen über die konservativ-liberale Paarung. Die Idee sei keine neue Erfindung Bilows, sondern nur eine Wiederaufnahme der verunglückten Ideen Wagners, der die Sammlungspolitik unter den Bürgerlichen als Spezialität betrieb. Scharf rechnete Fürst Radziwill mit der Polenpolitik der preussischen Regierung ab, der er 100 jährige Mißachtung der nationalen Eigenschaften des polnischen Volkes vorwarf. Um so mehr Klagen machte der Redner dem Zentrum, um welches Deutschland von der ganzen katholischen Welt angeblickt beneidet werden soll. —

Morgen, Donnerstag, Fortsetzung der Etatsberatung.

Mittelstandsretter und Scharfmacher im Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst in zweiter Beratung den Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Die Beratung gab den Rednern der verschiedensten Fraktionen wiederum die angelegentlich der 1908 bevorstehenden Landtagswahlen doppelt erwünschte Gelegenheit, sich in Bitten um Gehaltsaufbesserung für die mittleren und unteren Bergbeamten förmlich zu überbieten. Ob diese in der laufenden Session so auffällig zur Schau getragene Beamtenfreundlichkeit praktische Erfolge haben wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig möchten wir es auf Grund früherer Erfahrungen bezweifeln.

Die Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung, in die das Haus sodann eintrat, bildet schon seit Jahren den Tummelplatz für alle möglichen und unmöglichen Versuche zur Rettung des Handwerks wie überhaupt des Mittelstandes. So auch diesmal. Zunächst ritt der Abgeordnete Ralke mit (Konf.) sein liebste Stenpenferd; er forderte

Hand kleine Mittel, deren Wirkungslosigkeit schon längst nachgewiesen ist. Nebenbei verlangte er unter dem lebhaften Beifall seiner Freunde, daß die Regierung endlich „gegen den sozialdemokratischen Terrorismus“ vorgehe! Die Konservativen wünschten also nichts mehr und nichts weniger als ein neues Buchhausgesetz. Zweifellos hat dieser Wunsch die vielen Schauermärchen gezeitigt, die in den letzten Wochen in der bürgerlichen Presse über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie verbreitet wurden. Erst lanciert man — genau nach dem Muster der Denkschrift zur Buchhausvorlage seligen Andenkens — allerhand erdichtete Vorfälle in die Presse, dann fordert man unter Berufung auf dies Bülgewebe eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs. Ein nur allzu durchsichtiges Manöver!

Mit seiner Ironie antwortete Herr Trimborn (3.), er sei auf die Paarung der Konservativen und Liberalen zur gesetzlichen Bekämpfung des sozialdemokratischen Terrorismus neugierig. Im übrigen äußerte sich der Zentrumsredner, was die Mittelstandspolitik betrifft, in noch rücksichtlicherem Sinne als sein Kollege von der Rechten. Er gab ein großes Programm zum besten, ein Sammelsurium wie es toller kaum gedacht werden kann. Nicht nur für das Handwerk, sondern sogar für die Kaufleute fordert er den kleinen Befähigungsnachweis! Das Submissionswesen will er so regeln, daß die öffentlichen Arbeiten in kleinen Losen und der Reihe nach an die verschiedenen Handwerker der Gemeinde vergeben werden, und er verlangt sogar, daß die Regierung die Kommunen in diesem Sinne unterweist — ein Verlangen, das der Minister Dr. Delbrück mit Recht als einen schweren Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht zurückwies.

Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt.

Wahnvorstellungen?

In dem Räum der sonstigen Tagesereignisse haben die Vorgänge des Böplau-Prozesses nicht die Beachtung gefunden, die ihnen gebührt. Bekanntlich hat der Prozeß am Sonnabend unterbrochen werden müssen, weil Böplau in eine so hochgradige nervöse Erregung versetzt worden ist, daß Lebensgefahr zu befürchten war. Schon vorher erfuhr man, daß auch der Beamte Schneider, gegen den 8-10 Monate lang untersucht worden ist, sich in einer Nervenheilanstalt befindet und daß der Arzt ihm nicht einmal die Zeugenvernehmung geben wollte, weil davon eine Verschlimmerung seines Zustandes zu befürchten sei.

Das ist bis jetzt der ganze Erfolg, den die deutsche Rechtspflege in Sachen der Kolonialskandalen erzielt hat! Ob Böplau freigesprochen oder verurteilt wird, steht noch dahin. Aber seine Gesundheit ist offenbar vollständig ausgetrieben. Ueberdies ist er disziplinarisch aus dem Reichsdienst entfernt.

Mit großen Herren ist nicht gut Kirschen essen!

Nun hat, laut Aussage des Gerichtsarztes, Herr Böplau am Donnerstag zu diesem gesagt: „Es sei nur darauf abgesehen, ihn (Böplau) aus der Welt zu schaffen; nicht er gehöre auf die Anklagebank, sondern ganz andere Leute; der Reichskanzler müsse dahin, und nicht er, der nur Verdächtigter und Verzeiger zur Anzeige gebracht habe.“ — Sogarlich fügt die „Staatsrechtliche“ Presse hinzu: Böplau habe, als er das sagte, 108 Pulsschläge in der Minute gehabt. Womit ausgedrückt sein soll, daß es sich nur um ein im Nervenwahn herausgestohenes Phantasiegebilde handele. Wer aber nicht ganz und gar an nationalem Gedächtnischwund leidet und sich nur einigermaßen dessen erinnert, was im Laufe des Jahres 1906 alles an die Öffentlichkeit gekommen und wie widerlegt, ja nicht einmal bestritten worden ist, der wird sich verwundert fragen, weshalb denn gerade diese Aeußerung Böplaus eine Wahnvorstellung sein soll. Wir erlauben uns, nur ganz kurz an folgendes zu erinnern. Am 1. August 1906 schrieb das „Berliner Tageblatt“, d. h. ein freisinniges Blatt, das nicht erst seit dem 18. Dezember, sondern schon von jeher kolonialfreundlich ist:

„Es wäre nicht unmöglich, daß bei dem Fall Horn, ebenso wie es bei den anderen Fällen geschehen ist, seitens der Kolonialverwaltung behauptet wird, man habe die Untersuchung dieser Fälle sofort eingeleitet, sobald man von den Anklagen gegen die betreffenden Beamten Kenntnis erhalten hätte. Man bestreite sich aber in unseren Händen Aktenstücke, die das Gegenteil beweisen können. Wir möchten an den Herrn Reichskanzler die Frage richten, warum erst jetzt das Disziplinarverfahren gegen den Gouverneur von Putzamer und gegen den Gouverneur Horn eingeleitet wird, obgleich dieselben schweren Anklagen, die diesem Verfahren zugrunde liegen, schon in einem Schreiben des Geheimen Sekretariats-Assistenten Böplau vom Auswärtigen Amt an den damaligen Grafen v. Bülow unter dem 22. November 1904 in aller Ausführlichkeit erhoben und substantiiert (d. h. mit einzelnen, bestimmten Tatsachen belegt) worden sind? ...“

Nun folgt die Aufzählung einer Reihe von Fällen, aus denen wir nur den einen hervorheben:

„Schon vor jetzt fast zwei Jahren wurde in jenem Schreiben dem Reichskanzler der Fall der Frau von Scharstein unterbreitet und der Gouverneur von Putzamer der vorsätzlichen Urkundenfälschung beschuldigt.“

Und dann fragt das „Berliner Tageblatt“:

„Warum ist auf diese Anzeigen die ganze Zeit über nichts oder so gut wie nichts geschehen? ... Erst jetzt beginnt das Verfahren gegen Putzamer und Horn, und über all die anderen, doch höchst befremdlichen Vorgänge scheint Grad gewachsen zu sein und noch immer höher wachsen zu sollen.“

Auf diese Beschuldigung, die das regierungsfreundliche Blatt durch Aktenstücke zu beweisen sich erbol, hat der Reichskanzler in der Öffentlichkeit überhaupt nicht geantwortet, sie also auch nicht bestritten! Nun aber: wenn es wahr ist, daß der Reichskanzler amlich zwei Jahre lang von den Straftaten der ihm unterstellten Kolonialbeamten unterrichtet war, ohne etwas dagegen zu unternehmen, so hat er selbstverständlich gegen das Strafgesetz verstoßen. Wir nennen nur § 337 Absatz 2 (Strafbare Handlungen von Beamten infolge mangelnder Beaufsichtigung durch den Vorgesetzten). Doch könnte, je nach Befund des Falles, auch § 257 (Weisand, um den Täter der Bestrafung zu entziehen), ja vielleicht sogar § 246 (Unterlassung der Verfolgung strafbarer Handlungen) in Frage kommen.

Wir unsererseits erheben selbstverständlich keine bezarrende Beschuldigung gegen den Reichskanzler, denn wir kennen ja die Aktenstücke des „Berliner Tageblattes“ nicht. Aber daß Herr Böplau, der von der Wahrheit seiner Angaben überzeugt ist, der Meinung Ausdruck gibt, der Reichskanzler gehöre auf die Anklagebank, ist durchaus folgerichtig und nichts weniger als eine Wahnvorstellung.

Anstatt sich also mit der billigen Andeutung von der „Wahnvorstellung“ um die Sache herum zu drücken, sollte die bürgerliche Presse lieber mit fragen: wo sind die Aktenstücke des „Berliner Tageblattes“ geblieben?

Damit kommen wir zu dem Kern der Sache. Die Beamten, welche die Dinge nicht mehr ruhig mit ansehen vermochten und als das einzige Mittel, um endlich Wandel zu schaffen, eine Aufklärung Außenstehender betrachteten, die „anständigen Beamten, welche die fittliche Enttäuschung pakt“, so daß sie „ein kleineres Anrecht wählen, um größerer zu verhalten“ (so heißt es wörtlich

in der „Germania“ vom 24. Juni 1906) — diese Männer sind vom Freisinn ebensowohl wie vom Zentrum elend im Stich gelassen! Man griff begierig zu ihren Enthüllungen, so lange man glaubte, damit Parteigeschäfte machen zu können. Jetzt aber gebietet die „Staatsraison“, sich mit der Regierung so oder so zu verständigen, und da sieht man gelassen zu, wie diese Männer im Kampf für ihr Recht schwerer Kettenerrüttung, vielleicht dem Tode verfallen!

Sachsen nach der Wahl.

Dresden, den 23. Februar.

Der Wahlausfall in Sachsen beschäftigt noch immer die Parteipresse und noch mehr als diese die gegnerischen Zeitungen. Dabei übertreiben die Freunde häufig die Niederlage. Freilich, wir sind um 23 000 Stimmen zurückgegangen und von 21 Mandaten haben wir nur 8 behaupten können. Das erscheint auf den ersten Blick sehr schlimm und ist gewiß bedauerlich; aber je näher man dieses Resultat betrachtet, desto weniger schlimm erscheint es. Die früher schon erwähnten außerordentlichen Ursachen, die uns 1903 in Sachsen einen unnatürlichen Aufschwung brachten, werden in der Regel von Freund und Feind nicht genügend in Rechnung gestellt. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß eine Gegenüberstellung des Wahlausfalls von 1899 und 1907, wobei wir das unnatürliche Resultat von 1903 ausschalten, noch immer einen Stimmengewinn von 110 180 ergibt; denn wir hatten 1907 418 370 und 1898 299 190 Stimmen. Stellen wir nun den Stimmengewinn in den von 1898 ab zurückliegenden 8 bis 9-jährigen Perioden fest, so ergibt sich, daß die sächsische Sozialdemokratie noch niemals einen solchen Zuwachs hatte als den in der Zeit von 1898 bis 1907. Von 1890 bis 1898 wuchsen wir von 241 157 auf 299 190, also nur um 58 033 Stimmen; von 1884 bis 1900 von 128 142 auf 241 157, also um 112 945. Wir haben also von 1898 bis 1907 noch immer das stärkste Wachstum zu verzeichnen. Diese Vergleiche zeigen zugleich wie sehr die außerordentlichen Umstände von 1903 die natürliche Entwicklungslinie der sächsischen Sozialdemokratie verschoben haben und wie wenig man berechtigt ist, der 23 000 Stimmen wegen, die wir bei der letzten Wahl verloren, von einer vernichtenden Niederlage der sächsischen Sozialdemokratie zu sprechen.

Aber wenn das auch aus unseren ziffermäßigen Vergleichen nicht hervorgeht, so beweist die jetzige herrliche Kampfesfreudigkeit der sächsischen Parteigenossen, daß sie sich weder geschlagen noch in ihrer inneren Kraft geschwächt fühlen. In den zwanzig Jahren, die ich in der sächsischen Sozialdemokratie tätig bin, habe ich noch nie einen solchen Eifer für Parteitätigkeit und Ausbau der Organisation beobachtet, wie nach dieser vernichtenden Niederlage. Die Abonnenten unserer Presse vermehren sich täglich, die politischen Organisationen erstarren zusehends. Eine einzige Volksversammlung bringt uns jetzt so viel Abonnenten und Mitglieder wie früher 10. Es ist tatsächlich eine Lust zu leben.

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat sich darüber aufgeregt, daß in Sachsen die nichtsozialdemokratischen Geschäftsleute von sozialdemokratischen Arbeitern in der Wut über die Wahlniederlage boykottiert wurden. In Wirklichkeit läßt dem Ordnungsgelächter wohl das eigene böse Gewissen keine Ruhe. Die Zämerlichkeit des sächsischen Bürgertums trat von jeher drastisch durch die Kleinlich-gehasste Sucht zutage, Geschäftsleute, die sozialdemokratischer oder nur oppositioneller Gesinnung verdächtig waren, zu boykottieren und wenn der Einfluß weit genug reichte, zu ruinieren. Seit Jahrzehnten bildeten in sächsischen Städten Militärvereine, Schützengesellschaften, Gewerbevereine usw. eine Koalition gegen solche Gastwirte, die es wagten, allen Parteien ihre Lokale zur Verfügung zu stellen. Ein solcher Wirt wurde von den bürgerlichen Eliten nicht nur gemieden, es wurden ihm auch alle Vergünstigungen abgetrieben und schließlich auch Hypotheken gekündigt. Bürgerliche Musiker, die einen Arbeitergesangsverein dirigierten, sahen sich boykottiert und gesellschaftlich geächtet. Das verwerfliche Mittel der Ausschungerung wegen abweichender politischer Gesinnung wurde im sächsischen Bürgertum von jeher als etwas Selbstverständliches angewandt, und nicht nur gegen Sozialdemokraten. So hat der Wund der Landwirte den Kaufmann und früheren konservativen Landtagsabgeordneten Hufe in Vichoswerda beinahe durch einen Boykott ruiniert, bloß weil der Herr im Landtage eine Aeußerung hatte fallen lassen, die den sächsischen Wählern nicht gefiel.

Ueber solche Leute braucht man sich nicht zu wundern, wenn sozialdemokratische Arbeiter hinter denselben Sträuchern suchen, hinter denen sie so lange ihre Ausschungerungsmahrgelns inszeniert haben. Tatsächlich sind die Behauptungen, die sächsische Sozialdemokratie boykottiere jetzt nationale Geschäftsleute, aus der Luft gegriffen. Wir wissen genau, daß das Gros der Geschäftsleute immer gegen uns gestimmt hat. Bei der diesmaligen Wahl haben sich allerdings eine Reihe Geschäftsleute bei der nationalen Agitation durch wüsten Schimpfen auf die Sozialdemokratie und Kosenheiten bei der Wahlschlepperei hervorgerufen. Als Beispiel, wie es getrieben wurde, sei nur hervorgerufen, daß in Dresden ein Geschäftsmann unseren Genossen Horn in einem öffentlichen Lokale, wo dieser sein Abendbrot aß, mehrfach einen Damp schimpfte. Wenn die Arbeiter auf diese Mißheben in entsprechender Weise quittieren und die Geschäftsleuten solcher Menschen von Arbeitern gemieden werden, so ist das begreiflich. Die Leute ernten nur, was sie gesät haben. Aber in anderer Weise kam von einem Boykott wegen nationaler Gesinnung keine Rede sein.

Nicht nachgebildete führt die sächsische Sozialdemokratie, sondern der positive Ausbau ihrer Organisationen und Stärkung ihrer Presse ist ihre Aufgabe. Das traurige Geschäft aber, Geschäftsleute oder andere Personen wegen der politischen Meinung zu boykottieren, überläßt sie nach wie vor ihren „nationalen“ Gegnern.

Deutsches Reich.

Die ollen ehrlichen Offizisten.

Das Sprachrohr der offiziellen Lügenfabrik, die „Nordd. Allgemeine Zeitung“, glaubt dem „Vorwärts“ den Vorwurf machen zu können, seine Leser getäuscht zu haben.

Wir hatten gestern neben einer anderen unwahren Behauptung, auf die wir an anderer Stelle noch zurückkommen, festgenommen, daß Fürst Bülow mit seinem schönen Geldwäterpathos über die „unpatriotische und vaterlandslose Haltung“ des „Vorwärts“ gewettert, dem „Vorwärts“ niederträchtige Verleumdung vorgeworfen hatte, weil der „Vorwärts“ die Kolonialarmee in Südwesafrika als ein Mittel bezeichnet habe, England in der Kapkolonie in Schach zu halten. Nicht im „Vorwärts“, sondern in einem bürgerlichen Unternehmungsblatt habe eine solche Auslassung gestanden.

Das offiziöse Organ bezichtigt den „Vorwärts“ der bewussten Unwahrheit. Es zitiert nach dem Stenogramm die Auslassungen Bülows über den betreffenden Punkt. Aus dieser stenographischen Wiedergabe geht allerdings hervor, daß sich kein Angriff nicht gegen die von uns vermutete Stelle im „Vorwärts“ gerichtet hat, sondern gegen eine andere Stelle. Am 30. Januar brachte der „Vorwärts“ in der Tat einen Artikel

seines Londoner Mitarbeiter, in dem die Beschuldigung wegen der Forderung der Herabsetzung der südwesafrikanischen Kolonialtruppe darauf zurückgeführt wurde, daß Deutschland in Südwesafrika deshalb sich eine Landmacht schaffen wolle, um gegebenenfalls auf das britische Reich einen Druck ausüben zu können.

Der Teil unseres gestrigen Leitartikels, in dem sich die Abwehr gegen den Bülow'schen Angriff befand, charakterisierte sich sowohl durch seinen Inhalt als auch technisch als redaktionelle Arbeit. Das Stimmungsbild unseres parlamentarischen Mitarbeiters wurde davon getrennt wiedergegeben. Unsere redaktionelle Klösterung des Redaktions-Mitglieds Bülow sichtigte sich auf den Bericht, der dem „Vorwärts“ durch sein parlamentarischen Bureau zugegangen war. Dieser Bericht lautete:

„Das nenne ich eben unpatriotisch und vaterlandslos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt, wenn man dem Vaterlande ein Sedan und Jena wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert. Erst vor wenigen Tagen ist mir ein Artikel des „Vorwärts“ vorgelesen worden, in welchem es insinuiert wurde, daß wir nur deshalb Südwesafrika hielten, um von dort aus englischen Besitz in Südwesafrika zu bedrohen. Diese Insinuation des „Vorwärts“ ist nicht eine niederträchtige Verleumdung, sondern heller Unsinn.“

Erst vor „wenigen Tagen“, nämlich am 14. Februar, gab aber der „Vorwärts“ aus einem Unternehmungsorgan, nämlich der „Deutschen Konfektion“, ein Urteil über Südwesafrika wieder, in dem es hieß:

„Schon vor Jahresfrist wiesen wir darauf hin, daß dieses Land eine aussichtslose Sandwüste ist, die nie und nimmer einen Nutzen abwerfen kann. Das weiß die Regierung sehr wohl und begründet die von diesem Zammerland verschlungene Milliarde mit der Aufrechterhaltung des honneur du drapeau. Man kam ihr freilich auch nicht zumuten, daß sie den wahren Grund ihrer Vorliebe für diese Streulandbüchse zugibt und vor aller Welt eingesteht, daß dieselbe als Bürgen für Englands Wählerhalten und als ewiges Einfallstor in Transvaal und die Kapkolonie dienen soll.“

Wir bezogen also auf diese erst vor „wenigen Tagen“ im „Vorwärts“ wiedergegebene Stelle des Unternehmungsorgans die Anklagen des Fürsten Bülow gegen die Sozialdemokratie. Da die „Nordd. Allgem. Ztg.“ aber erklärt, daß sich Bülow's patriotische Entfaltung wieder einmal nicht gegen das genannte kapitalistische Organ, das schon vor Jahresfrist solche „vaterlandslose“ Ansichten, solche „niederträchtige Verleumdungen“ und solche „hellen Unsinn“ geäußert hat, bezieht, sondern auf den „Vorwärts“, räumen wir gern ein, daß sich auch im „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 30. Januar eine Auslassung befunden hat, wie wir sie oben reproduziert haben.

Es ist nur sonderbar, daß sich Bülow's patriotischer Horn stets gegen die Sozialdemokratie richtet, niemals aber gegen die bürgerliche Presse, deren Aeußerungen erst in der sozialdemokratischen Presse ihren Wiederhall gefunden haben!

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der agrarischen Heberpatrioten, konnte sich dieser Lage rühmen, von dem Fürsten Bülow als Muster eines patriotischen Organs während der Reichstagskampagne dem Reichstag vorgeführt worden zu sein. Diese vom Fürsten Bülow so rühmlich erwähnte und besobigte „Deutsche Tageszeitung“ schrieb aber am 20. Dezember:

„Wir haben in Südwesafrika nicht nur die Angelegenheit des Schutzgebietes selbst im Auge zu behalten, sondern müssen fortgesetzt unsere Aufmerksamkeit den Grenzverhältnissen zuwenden. Wir befinden uns dort, wie von keiner Seite beschnitten werden kann, in einer sehr exponierten Stellung. Diese Stellung legt gewisse Verpflichtungen auf, deren Vernachlässigung sehr bedenklich, ja im hohen Grade gefährlich sein könnte. Gerade für solche Verhältnisse ist eine ausreichende, stets bereit liegende Truppe die beste Sicherung des Friedens.“

Man sieht also, daß sich die sozialdemokratischen Konstatierungen der wirklichen politischen Lage auf die denkbar authentischsten bürgerlichen Quellen stützen. Die Aeußerung des „Vorwärts“ vom 30. Januar basiert nur auf Aeußerungen der agrarpatriotischen Presse, die einen Monat vorher veröffentlicht worden waren! Fürst Bülow läßt also gut fünfzig Jahre seine Vorwürfe der „Vaterlandslosigkeit“, der „Verleumdung“ und des „hellen Unsinn“ an diejenigen von ihm ins Herz geschlossenen Kapitalistenblätter zu wenden, die zuerst „vaterlandslose Insinuationen“ in die Welt setzten!

Bei dieser Gelegenheit möchten wir übrigens die „Nordd. Allgem. Ztg.“ daran erinnern, daß Fürst Bülow die vom „Vorwärts“ wiederholt dokumentarisch erwiesene und ostentativ gebrandmarkt Unwahrheit, daß zur Zeit des Koschitzkowskischen Zugs der „Vorwärts“ die Regierung zur Kriegserklärung gegen Rußland aufgepuscht habe, niemals zurückgenommen hat, weder in der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen“ noch im Reichstag! Die Offiziösen sollten sich also hüten, irgend jemandem Unwahrhaftigkeit vorzuwerfen! —

Ein Appell an Bülow's Wahrheitsliebe.

Wir veröffentlichen in unserer gestrigen Nummer folgendes Telegramm aus Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M., 23. Februar. Zur Bülow-Rede bitte zu veröffentlichen, daß ich bereits am Stichtagsabend nachts 1 Uhr der „Frankfurter Zeitung“ folgende Verichtigung übergeben habe:

Frankfurt a. M., den 5. Februar 1907. An die Redaktion der „Frankf. Ztg.“ hier. Unter Verufung auf § 11 des Pressgesetzes ersuche ich Sie, in die nächste Nummer Ihres Blattes an der gesetzlich vorgeschriebenen Stelle die nachstehende Verichtigung aufzunehmen: Im 1. Morgenblatte der „Frankf. Ztg.“ vom 6. d. M. findet sich ein Artikel „Saluntenmoral“, in welchem die schwersten Verleumdungen gegen das sozialdemokratische Wahlkomitee und speziell gegen meine Person enthalten sind. Es heißt dort, das von mir unterzeichnete Flugblatt mit der Nachricht von dem versuchten Stimmentausch für Oester charakterisierte sich als „Fälschungsprodukt“ und „Schurkerel“. Ferner ist dabei von „Fressheit“, „Lüge“ und „Verleumdung“ die Rede, und schließlich erbieten Sie sich, „jederzeit den Nachweis dafür zu erbringen, daß dieses Flugblatt bereits gestern abend gedruckt und zur Verteilung bereitgelegt war“. Diese letztere Behauptung ist unwahr. Die fragliche Mitteilung ist mit erst heute morgen kurz nach 10 Uhr von dem betreffenden Wähler in Gegenwart des Arbeitersekretärs Heiden und anderer Zeugen gemacht worden. Daraufhin habe ich das fragliche Flugblatt geschrieben und gegen 11 Uhr morgens in die Union-Druckerei in Druck gegeben; dafür sind Duzende von Zeugen zu erbringen, u. a. auch mein Parteigenosse Ray Cohen. Wegen der gegen mich ausgesprochenen Injurien behalte ich mir gerichtliche Schritte vor.

Wilhelm Dittmann.

Diese Verichtigung ist im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Februar abgedruckt. Am 7. Februar habe eine zweite Verichtigung geschickt, ist auch abgedruckt. Die Klage gegen die „Frankfurter Zeitung“ ist eingeleitet. Morgen früh ist obligatorischer Sühnetermin. Parteisekretär Dittmann

Im Anschluß an diese Mitteilung geht auch noch folgendes Telegramm zu:

Heute morgen um 11 1/2 Uhr habe ich, der Parteisekretär Dr. Dittmann in Frankfurt a. M., folgendes Telegramm an den Reichszentralrat für die Reichsleitung abgeschickt:

Herrn Reichszentralrat für die Reichsleitung,
Berlin, Reichstag.

Herr Reichszentralrat!

In der gestrigen Reichstags-Sitzung haben Sie nach dem ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 27. Februar die Behauptung aufgestellt, ein von mir für den Vertreter des sozialdemokratischen Reichstagswahlkomitees in Frankfurt a. M. unterzeichnetes Flugblatt mit der Nachricht von einem am Morgen des Stichtages unternommenen Versuch eines Stimmenkaufs für den freisinnig-demokratischen Kandidaten Oeser sei bereits am Abend vor der Stichtagswahl in Druck und zur Verteilung bereitgelegt gewesen. Ich sehe Sie davon in Kenntnis, daß bereits im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom selben Tage eine von mir stammende Berichtigung enthalten war, in welcher unter Zeit-, Ort- und Zeugenangabe erklärt wurde, daß diese Behauptung unwahr sei und daß ich gegen die „Frankfurter Zeitung“ Klage vorbringen werde. Nachdem Sie die mich aufs schwerste kompromittierende objektive Behauptung der „Frankfurter Zeitung“ vor dem ganzen Lande wiederholt haben, darf ich nunmehr von Ihrer Sozialität erwarten, daß Sie auch meine Berichtigung, deren Wortlaut im heutigen „Vorwärts“ veröffentlicht wird, an derselben Stelle zur Kenntnis geben werden.

Wilhelm Dittmann.

Sozialdemokratischer Parteisekretär in Frankfurt a. M.

Wir wollen abwarten, wie sich der Reichszentralrat dieser Anforderung gegenüber verhalten wird. Vielleicht kommt er bei seiner Selbstreflexion auch noch auf seine früheren „objektiven Unwahrheiten“ zurück! —

Konfessioneller Vorkott.

Während die bürgerliche Presse über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie räsonniert und allerlei erfundene Redensarten über die Volkstötter Liberaler und konfessioneller Geschäftsleute durch deren bisherige Arbeiterkundschaft verbreitet, betreibt die Anhängerschaft dieser Presse in den Wahlkreisen, in denen sie sich in der Hebermacht fühlt, nicht nur ohne jede Rücksichtnahme die Vergeßlichkeit der Arbeiter, die nicht der „nationalen“ Weisung folgen, sondern auch der katholischen Geschäftsleute, die nach ihrer Meinung bei den Stichwahlen sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben haben. So berichtet beispielsweise die „Germania“ aus den Wahlkreisen Duisburg und Bielefeld:

„Mit welcher Entrüstung hat es die „nationale“ Presse immer, besonders auch bei den letzten Reichstagswahlen verzeichnet, wenn die Sozialdemokraten mit der Verhängung oder Androhung des geschäftlichen Vorkotts oder laute Anhänger einschüchtern suchten. Jetzt erleben wir es, daß von „nationaler“ Seite über Katholiken und Zentrumsgenossen von protestantischer Seite der Vorkott verhängt wird. Wir haben die Vorkottfälle in Duisburg und Gütersloh erwähnt. Die „Kreuzzeitung“ nennt diese Nachricht „beschämend und erschreckend“ und bezeichnet es als Pflicht der gesamten nationalen Presse, mit allem Nachdruck auf das Bemerkliche und Verderbliche dieses Kampfmittels aufzumerken zu machen.“

Wir unsererseits müssen für diese Auswüchse konfessionellen Hasses den Reichszentralrat für die Reichsleitung selbst verantwortlich machen. Er hat unter einem wichtigen Vorwande den Streit mit dem Zentrum vom Jann gebrochen und das Land gegen das Zentrum aufgerufen, wiewohl er wissen mußte, daß das nichts anderes heißt, als an den Kopf und die Wortteile der Protestanten gegen die Katholiken appellieren. Generalmajor Keim hat die Erfolge gerühmt, die der Appell an den furor protestanticus erzielt habe, und dieser Herr Keim war der Wahlhof des Reichszentralrats.

Stimmzettelfälschungen!

Aus Kassel wird uns geschrieben: Soweit wir bisher zu übersehen vermögen, ist auch nicht in einem einzigen Falle der Beweis erbracht worden, daß seitens eines Sozialdemokraten unlaute Stimmzettelmänner gemacht worden sind. Es handelt sich also bei den im „Vorwärts“ wiederholt erwähnten Stimmzettelfälschungen unserer Gegner um schamlose Verdächtigungen unserer Partei. Dagegen wollen wir einen skandalösen Betrugsversuch feststellen, den die Antifemiten in Kassel gemacht haben. In Waldeck hatten in der Stichwahl die Kandidaten der Antifemiten und der freisinnigen Vereinigung (Freiderr v. Nitzsch und Dr. Voithoff) miteinander zu ringen. Die Entscheidung hing von dem Verhalten der Sozialdemokratie ab. Aber selbst wenn diese für Voithoff eintreten würden, stand die Entscheidung — angesichts der Verhältnisse in Waldeck — sozusagen auf des Bessers Schneide. Da wurde uns kurz vor dem Stichwahltag die Mitteilung gemacht, daß seitens der Antifemiten in Kassel Stimmzettel in Bestellung gegeben worden seien für den für die Stichwahl ausgefallenen sozialdemokratischen Kandidaten! Die Zettel sollten dem Zweck dienen, sozialdemokratische Wähler auch in der Stichwahl zur Abgabe eines (ungültigen) sozialdemokratischen Stimmzettels zu veranlassen. Der Zweck der Uebung liegt klar auf der Hand. Wenn das schamlose Schelmenstück nicht zur Ausführung gekommen ist, so deshalb, weil wir rechtzeitig unterrichtet wurden und den freisinnigen Kandidaten sowie die sozialdemokratischen Wähler noch in letzter Minute warnen konnten. Der Beweis für die Wichtigkeit dieser Darstellung kann jeden Tag an Gerichtsstelle erbracht werden. Die sozialdemokratischen Stimmzettel sind von den Antifemiten in der Buchdruckerei der G. b. v. Schön haben bestellt und dort auch gedruckt worden. Abgeliefert wurden die Stimmzettel nach Ständeplatz 3 1/2 in Kassel, dort thronten die antifemistischen Wahlgenerale.

Ein „freisinniges“ Blatt am Pranger.

Niedliche Enthüllungen brachte ein Prozeß, der vom Genossen Arbeitersekretär Simon Scheibe in Dortmund gegen das „freisinnige“ „Dortmunder Tageblatt“ angestrengt wurde. Dies Blatt nennt sich zwar freisinnig, ist aber vom ersten Scharfmacherblatt nicht zu unterscheiden.

Das Organ des Dortmunder „Freisinn“ hatte von unserem Genossen Scheibe die ehrenrührigsten Sachen behauptet, die direkt aus den Fingern gesogen waren, nichts desto weniger behauptete es die Frechheit zu erklären, daß es eventuell bereit sei, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen.

Dazu wurde ihm Gelegenheit gegeben. Schon vor einiger Zeit fand vor dem Dortmunder Schöffengericht Verhandlung statt, die mit der Beurteilung des „Redakteurs“ Knoop vom „Tageblatt“ zu 250 Mark Geldstrafe endete.

Der Verurteilte legte Berufung ein. Die erneute Verhandlung vor der Dortmunder Berufungs-Strafkammer gestaltete sich zu einer ungeheuren Blamage für das freisinnige Blatt. Der Angeklagte erklärte plötzlich, daß er die Verantwortung für den infamisierten Artikel ablehne, weil er gegen seinen Willen ins Blatt gekommen sei. Er habe dem Verleger Schanger sein Verlangen vorgetragen, der aber habe gesagt, die beleidigende Notiz komme ins Blatt, dem habe er, der „Redakteur“, sich zu fügen. Und er habe sich dem gefügt, wiewohl um sein Wort nicht zu verlieren.

Die Sache wurde aber noch viel interessanter, denn nun wurde Herr „Redakteur“ Knoop über seine Redakteur-tätigkeit befragt. Und da erklärte er, daß er gar kein Redakteur sei, sondern in der Geherei des

Blattes beschäftigt werde, das Blatt habe er aus „Gefälligkeit“ verantwortlich gezeichnet!

Wirklich, eine nette Enthüllung über das bürgerliche Preshulium! Wobei nicht vergessen werden darf, daß gerade das „freisinnige“ „Dortmunder Tageblatt“ mit Vorliebe die verantwortlichen Redakteure der Arbeiterpresse als „Scharfmacher“ beschimpft!

Die Dortmunder Strafkammer ließ übrigens die Einwendungen des Herrn „Redakteurs“ nicht gelten, sondern erkannte auf Verwerfung der Berufung. Weil es sich um Verleumdungen handelte, wie sie gradierender und niederträchtiger kaum zu denken seien, war die hohe Geldstrafe von 250 M. angemessen.

Man wird noch oft Gelegenheit haben, den Freisinnselben das Urteil gegen ihr Dortmunder Parteiorgan unter die Nase zu halten.

Vom sozialdemokratischen Terrorismus in Haus und Familie weiß die „Post“ ein neues, höchst schauerhaftes Stückchen zu erzählen. Entdeckt hat sie es mit ihrem gewohnten Scharfblick in dem letzten Flugblatt, das die Sozialdemokratie in Berlin am Sonntag zur Agitation für die politische Organisation und den „Vorwärts“ verbreitete. Die „Post“ schreibt dazu nach einer fastigen Schimpfeinleitung:

„Dieses wüste Hehlblatt, das uns von verschiedenen Seiten eingeschickt ist und das mit terroristischem Hochdruck für den „Vorwärts“ Reklame zu machen sucht, enthält am Schluß den bezüchtenden Satz: „Ein von uns beauftragter Parteigenosse wird sich erlauben, vorzutreten, um Euch als Mitglied der politischen Organisation und als Abonnent des „Vorwärts“ zu gewinnen.“

Das ist deutlich. Ins Sprichwörtliche überetzt heißt das: Freiz, Vogel, oder stich! Nichts anderes bedeutet ja die Ankunft des beauftragten Parteigenossen, der manche Arbeiterfamilie mit Wangen und Sorgen entgegensehen mag. Wer sich weigert, zu abonnieren und der Organisation beizutreten, der weiß ja, wie blutiger ihm die roten Gesellen sein Leben machen werden. Wenn es ihnen nicht gelingt, den Unglücklichen aus der Arbeit zu drängen, so gibt es ja genug Mittel, ihm das Leben zur Hölle zu machen, indem man ihm das Arbeitszeug verdirbt oder versteckt, ihm das Frühstück besudelt und ihn sonst auf tausenderlei Art hänselt und bis aufs Blut peinigt. Angehts dieses immer dreister werden, schon in die Wohnungen und die Familien der Arbeiter eindringenden Terrorismus erhebt sich die Frage: Wie lange soll das Volk unter dieser gelberpresenden Folter leiden? Es ist die allerhöchste Zeit, daß diesem skandalösen Unwesen mit aller Macht gesteuert werde.“

Wir haben nicht die Absicht, ernsthaft gegen dies verlogene Geschimpfe zu polemisieren. Wir drucken es lediglich ab, um unseren Lesern einen Begriff von der niederträchtigen Geharbeit der „Post“ und ähnlicher Organe zu geben und ihnen zugleich zu zeigen, wie notwendig eifrige Arbeit für Organisation und Parteipresse ist angesichts solcher schamlosen Lügenfabrikation des Reichsberleumderverbandes und seiner Geistesverwandten. —

Das Verbrechen der Polizeiaufsicht.

Die Breslauer „Volkswacht“ berichtet: Aus der Untersuchung vorgeführt, stand der domizillose Zimmermann Rudolf Belau in Posen von der ersten Strafkammer. Er ist nicht weniger als zweimal wegen Diebstahls verurteilt. Unter den gegen ihn verhängten Strafen befinden sich solche von drei, sechs und zehn Jahren Zuchthaus. Die Anklage legt ihm zur Last, am 2. Januar d. J. aus dem Veraltungs-Zimmer des Posener Schöffengerichts einen dem Justizamtsrat Streubel gehörigen Heberzieher gestohlen zu haben. Der Angeklagte gibt die Tat unumwunden zu und als Grund seiner Handlungsweise, der „Posener Zeitung“ zufolge, folgendes an: „Am 8. Dezember d. J. bin ich nach Verhängung einer 1 1/2-jährigen Zuchthausstrafe aus dem Zuchthaus in Sonnenburg mit einem Arbeitsverdienste von 10 M. entlassen worden. Es gelang mir, auf einem Kohlenbergwerk in Senftenberg Beschäftigung zu erhalten. Schon an einem der nächsten Tage erschien auf der Arbeitsschleife ein Gendarm, um mich wegen der über mich verhängten Polizeiaufsicht zu kontrollieren. Der Beamte hat diese Tatsache zweifellos meinen Vorgesetzten gemeldet, denn ich wurde noch am selben Tage aus der Arbeit entlassen. Mit dem Reste meines Vermögens kam ich nach Posen, wo ich heimatsberechtigter bin, um mir hier Arbeit zu suchen. Im Winter gelang mir dies nicht. So lange ich Geld hatte, logierte ich in der „Herberge zur Heimat“, als ich keine mehr hatte, warf man mich auf die Straße. Ich irte vier Tage und ebenfalls Nächte in den Straßen Posens umher. Drei Tage hatte ich nichts mehr gegessen. Um mich zu erwärmen, kam ich nach dem Gerichtsgebäude; die Räume für Zuhörer waren überfüllt, man ließ mich nicht hinein. Ich setzte mich auf eine Bank im Korridor, um mich auszurufen. Da kam mir der Gedanke, wenn du wieder ins Gefängnis kommst, so bist du wieder geborgen, brauchst nicht frieren und hast wieder zu essen. Die Gelegenheit war günstig. Längere Zeit stand die Tür eines Zimmers offen, in dem ein Heberzieher hing. Ich nahm ihn an mich und wartete ruhig ab, bis man mich verhaftete. Das ist meine traurige Geschichte, und nun bitte ich um ein mildes Urteil!“ Der Staatsanwalt beantragt eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren! „Das scheint doch ein bißchen viel zu sein, machen Sie es etwas billiger, daß ich wenigstens zum Frühjahr wieder in Freiheit komme, wo ich doch eher Arbeit erhalten kann“, bittet der Angeklagte. Das Gericht kommt dieser Bitte insofern nach, als es das Strafmaß auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus festsetzt, so daß der Angeklagte seinem Wunsch gemäß im Frühjahr 1909 seine Strafe abgeessen haben wird. —

Keine Verfolgung wegen Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung zunächst mit einem Ersuchen des Amtsgerichts Drossen zur Erteilung der Genehmigung der Fortsetzung der Strafverfolgung des Abgeordneten v. Pappriß wegen einer Heberziehung. Die Kommission beschloß, in dieser Sache die Akten einzufordern, um festzustellen, ob die Strafverfolgung bereits vor oder erst nach Beginn der Tagung des Hauses eingeleitet war. Sodann verhandelte die Kommission über die vom Plenum zurückverwiesenen Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Halle, Magdeburg und Erfurt um Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Redakteure Röllkenbühr, Wittmann und Dornheim wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses. Von freisinniger und von Zentrumseite wurde ein prinzipiell ablehnender Standpunkt eingenommen. Von nationalliberaler Seite wurde erklärt, für die vorliegenden Fälle müsse ausschlaggebend sein, ob die Beleidigungen schon vor der Warnung, die mit der früher beschlossenen Genehmigung zur Strafverfolgung beabsichtigt sei, erfolgt seien, so daß diese Warnung in den vorliegenden drei Fällen noch nicht hätte wirken können. Da dies tatsächlich der Fall sei, lehne auch die nationalliberale Partei die Genehmigung zur Strafverfolgung ab. Die Kommission beschloß mit allen Stimmen gegen die der Konservativen, die Genehmigung zur Strafverfolgung in den vorliegenden drei Fällen zu versagen.

Liberales gegen Merkales Strebertum.

Wenn der Liberalismus diesmal mit dem Rufe „Wider das Zentrum!“ in den Wahlkampf gezogen ist, so weiß man, daß es ihm sowohl an Kraft wie an Reizung mangelte, erstlich mit dem Merkales Strebertum verführten Reaktion abzurechnen. Das sieht

man an der Bereitwilligkeit, mit der die Liberalen das Bündnis mit den Konservativen eingegangen sind. Das Merkales Joch abschütteln und sich unter das feudale Joch begeben, heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben. Es war nichts als Futterneid, was die Liberalen gegen das von der Regierung begünstigte Zentrum aufbrachte; das Merkales Strebertum begann dem Liberalen empfindliche Konkurrenz zu machen im Kampfe um Würden und Titel, und das gefiel den Liberalen nicht. Die „Königliche Zeitung“ gesteht diesen Umstand als Beweggrund der liberalen Ausschließung wider das Zentrum in ihrer Nummer vom letzten Sonnabend offen zu, indem sie sich über das Merkales Protektionstreiben beklagt:

„Wer die Besetzung von Beamtenstellungen und den Ordnungsregen in den letzten 4 bis 5 Jahren mit Aufmerksamkeit und Kenntnis der persönlichen Verhältnisse verfolgt hat, könnte zu diesem Kapitel einen interessanten, zeitgeschichtlichen Beitrag liefern. Denn Zentrum war Trumpf und kein Wunder, wenn katholische Vertreter von Staatsbehörden, die früher dem Zentrumstreiben gänzlich fern gestanden hatten, in verständnisvoller Erkenntnis der Zeitströmung in ihrer Brust gleichfalls ein zentrumsfreundliches Herz entdeckten. So bildeten sich neue Beziehungen zwischen den Trägern der staatlichen Autorität und den Leitern der Zentrumsdagitation. So konnte man beobachten, wie an manchen Orten die Zentrumsführer unter der Ägide der Vertreter der Staatshoheit mit fast königlicher Autorität auftraten. Mit Unmut schauten vaterlandsfreundliche Kreise diesem Treiben zu. Sie waren aber machtlos, bis endlich sein überspanntes Maßgefühl das Zentrum zu Fall brachte.“

Hier wird zugestanden, daß nicht die im Merkales Strebertum verkörperte Reaktion die Liberalen aufgebracht hat, sondern nur der Anspruch der ultramontanen Bourgeoisie auf Zulassung zur staatlichen Futtertrappe, auf Mitgenuss an dem Orden- und Titelgessen. Und es entspricht ganz der annehmenden Schätzigkeit des Liberalismus, wenn die „Königliche Zeitung“ die Regierung auffordert, die in den letzten Jahren vollzogene Besetzung von Staatsstellen sowohl bei den Zentralbehörden wie in den Provinzen einer nüchternen Prüfung zu unterziehen.

So weit wäre also der Liberalismus, daß er den Kampf gegen den Merkales Strebertum nicht anders zu führen weiß als dadurch, daß er die Regierung ansieht, ihm den ultramontanen Mitbewerber beim Gasse zu halten — und zwar durch eine offenbar gegen Gesetz und Recht gehende Ausnahmehandlung der katholischen Bevölkerung. —

Ein generisches Zeugnis für die Sozialdemokratie. Ueber die Räte der Großstadtjugend und ihre Abhilfe sprach dieser Tage in der Ortsgruppe der Evangelisch-sozialen Vereinigung zu Blauen Herr Pastor Classen aus Hamburg. In seinem Vortrag wurde der Referent zum Leidwesen seiner „besseren“ Zuhörer recht freimütig. Anstatt auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, was jetzt mehr noch als früher zum „guten Ton“ gehört, bemerkte er unter anderem, daß die Söhne der „besseren“ Gesellschaft wenig Bildung besitzen und daß es ihnen an Idealen fehle. Eine bittere Wille gab Herr Classen seinen Zuhörern noch mit der weiteren Versicherung zu schließen, daß in den vorwärts strebenden Arbeiterfamilien die beste Kraft des Volkes stecke; die besten Familienväter, die ihre Söhne gut erziehen, seien die eifrigsten Sozialdemokraten. Und so was sagt ein Pastor! Das ist in Sachen unerhörl. Da haben die Pastoren auf Seiten der Leute von „Bildung und Besitz“ zu stehen. In der seinem Vortrage folgenden Aussprache wurde denn auch dem Hamburger Pastor deutlich gesagt, daß sich seine Anschauungen nicht mit denen des Klassenkampfes vereinbaren lassen, die sich unter Großstadtjugend nur verlotterte Arbeiterkinder denken kann.

Ein nachschaffter Unteroffizier. Vor dem Kriegsgericht der 1. Division in München hatte sich der Unteroffizier Peter Köhler der 1. Kompanie des 2. Infanterieregiments wegen Unterschlagung und Mißbrauch der Dienstgewalt zu verantworten. Der Unteroffizier hatte am 28. September eine dem Soldaten Obergrüßberger gehörige und von diesem bereits quittierte Postanweisung erhoben, sich von dem Gelde ein Portemonnaie und Taschenmesser gekauft und den Rest in — — Fähigkeiten vernascht. Außerdem hatte er den Obergrüßberger wiederholt um Beiträge von 1—3 M. angepömpelt. Im Rationale des Angeklagten befindet sich der Eintrag: im Dienste sehr zuverlässig und brauchbar, sonst aber sehr nachlässig. Der nachschaffte Unteroffizier wurde zu 2 Tagen Militärarrest und Verlust der Tressen verurteilt. —

Schweinepest. Einer gefährlichen, eigenartigen Krankheit sind in Stutenborn nahezu 400 Schweine zum Opfer gefallen, die, wie die „Deutsche Tageszeitung“ dem amtlichen „Segeberger Kreisblatt“ entnimmt, vor einigen Wochen von Friedrichsfelde bei Berlin (Rager-viehhof) dort eingetroffen waren. Anscheinend handelt es sich um Schweinepest, die ja unter verschiedenen Symptomen auftritt, vielleicht sind die Tiere aber auch an der Maul- und Klauenseuche zugrunde gegangen. —

Die „Wohlfahrtsblätter“ der Ordnungspresse.

Auch heute haben das Kangerblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und das freisinnige Organ, die „Vossische Zeitung“, die Entgegnung des Genossen Peus auf die „suchbare Anklage“ des anhaltischen Staatsministers v. Dallwitz nicht veröffentlicht, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unterschlägt ebenso wie gestern die Wiederlegung der Chemnitzer Terrorismus-Schauergeschichte.

Das ist der Anstand dieser ehrenwerten Presse, die sich vor sozialdemokratischem „Saubereudenton“ gouvevantenhaft entsetzt!

Schon vor einigen Tagen hat der „Vorwärts“ die Widerlegung der Terrorismus-Schauerzählung aus Chemnitz durch die Chemnitzer „Volkstimme“ veröffentlicht. Heute bringt die ehrliche und christliche „Kreuzzeitung“ die verlogene Darstellung der Chemnitzer bürgerlichen Presse und unterschlägt die Widerlegung der „Volkstimme“.

Husland.

Frankreich.

Eine französische Sez. Heute, auch in Frankreich gibt es allerlei Zungenbolde, die die Sittlichkeit durch die Polizei retten wollen. Der meistgenannte unter ihnen ist der Senator Verenger, der sich mit seinen wiederholten „Aktionen“ gegen die öffentliche Unmoral eine bedeutende Reklame gemacht hat und zur stehenden Figur in den „Jahresrevuen“ der Varietés und Kabarets geworden ist. Da aber die Pariser bei ihren Freisheitsprinzipien starrer zu packen sind, verliert er es seit neuerer Zeit mit dem hauptsächlichsten Argument, indem er behauptet, alle die Judiziälpublikationen, die auf den Boulevards selbgeboten würden, seien deutsches Fabrikat. In der Tat ist es unweigerlich, daß wenigstens im Handel mit obigen Photographien und angeblich „künstlerischen“ Aufnahmen deutsche Agenten in großer Zahl tätig sind, und die Enttarnung über die Pariser Postkastentatigkeit steht den deutschen Patrioten noch um so schärfer, als Deutschland selbst ein dankbares Abgabegeld für diese Ware ist. Immerhin leistet die französische und die lokale Pariser Produktion auf diesem Gebiete auch recht Bedeutendes. Am schädlichsten wirken ebenfalls die Zeitungen von der Sorte des „Matin“ und des „Journal“, welche, um die Deutlichkeit im Detail weitzufreien, die Verwerflichkeit des Rationalisten Schwetens ebenso wie die Einzelheiten des neuesten und früherer Auftritte dem allerbreitesten Publikum vermitteln haben. Unter diesen Umständen erscheinen Gesetze gegen das Freihalten unsittlicher Publikationen, wie die Regierung deren eines vor einigen Tagen der Deputiertenkammer vorgelegt hat, mehr als eine Erleichterung für polizeiliche Schikanen, denn als wirksames Mittel gegen die Verbreitung von Unhöflichkeiten. Die De-

putierten haben die Vorlage vernünftigerweise auch an die Kommission zurückgewiesen. Der am meisten angefochtene Punkt war das der Behörde zu erteilende Recht, bei Personen, die des Bestehens unzulänglicher Schriften verdächtig seien, Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Die Regierung erklärt zwar, diese Bestimmung nur auf die gewerbliche Aufbewahrung solcher Werke anzuwenden zu wollen, indes haben die Abgeordneten in dieser Zulage keine Bürgschaft für die persönliche Freiheit und für das Hausrecht der Bürger. In der Diskussion wurde manch vernünftiges Wort gegen die moralisch-ästhetischen Auffassungen der Polizei gesagt, unter anderem darauf hingewiesen, daß ein Flaubert nur durch persönliche Fürsprache der Gefehe entgangen ist, wegen seines berühmten Romans „Madame Bovary“, der die „Schamhaftigkeit“ der Kaiserin Eugénie verletzt hätte, in den Kerker zu wandern, daß ferner die bedeutendsten Romane Golas dem offiziellen, auch in den Regierungskreisen herrschenden Geschmack als „unzüchtig“ gegolten haben. Große Heiterkeit erregte der Abgeordnete Lafies, als er erzählte, daß kürzlich ein Journalist von einem Detektiv in dem Augenblick angehalten worden sei, als er einem Freunde lachend eine Kopierrolle zeigte, die nichts anderes war als die neue — Journalistenlegitimation für den Senat, die ein etwas läppiges Bild von Jordansens reproduziert. Lafies schlug unter schallendem Gelächter vor, diese Darstellung eines in seinen unteren Parteien besonders ausgebildeten weiblichen Mädchens durch ein Feigenblatt oder das Porträt des Herrn Bezenger zu ersetzen.

England.

Die Frauenwahlrechts-Liga und das Parlament. Der rechte Flügel der Partei für Frauenwahlrecht, vertreten durch Frau Mc. Laren, fordert in einem Schreiben an den Premierminister, daß ihre Vertreterinnen vor die Schranken des Parlaments gelassen werden, um dort ihre Petition, die sie in Sachen des Frauenwahlrechts an das Parlament einreichen wollen, vor diesem selbst vertreten zu können. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die Frauen als Staatsbürgerinnen und Steuerzahlerinnen in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllen und sie seien zu dieser ihrer Forderung berechtigt, da Vertreterinnen ihres Geschlechts im Parlament eben noch nicht vorhanden sind; im übrigen verweisen sie auf Präzedenzfälle. Der Premierminister hat diese Forderung der Frauenrechtlerinnen abgelehnt. — In der Tat sind in der parlamentarischen Geschichte Englands zwei Fälle zu verzeichnen, wo Frauen vor dem Parlament erschienen sind. Im Jahre 1888 erschien die Witwe des wegen Hochverrat zum Tode verurteilten Edward Fitzharris vor der Barre des Parlaments und ersuchte dieses, den Fall ihres Mannes nochmals zu beraten und ihre eigene sehr traurige Lage mit in Betracht zu ziehen. Der andere Fall ereignete sich im Jahre 1809, wo Frau Clarke, die Haushälterin des Herzogs von York, bezüglich der Aufschuldigungen, die gegen den Herzog erhoben worden waren, im Kreuzverhör vernommen wurde.

Finnland.

Russische Polizeispiegel.

Inserem Stocholmer Bruderorgan wird aus Finnland von ganz zuverlässiger Seite gemeldet, daß dort russische Polizeiamtler eingesetzt sind zu dem Zweck, probatorisch tätig zu sein und so Veranlassung zur Verhaftung russischer Flüchtlinge zu geben! Vielleicht werden sie wieder „revolutionäre“ Plünderungen und Raubzüge veranstalten. Wenn man also in nächster Zeit aus Finnland von derartigen Ereignissen hört, so weiß man im voraus, wo die Schuldigen zu suchen sind und daß es sich um Verbrecher handelt, die gegen die russische Revolution gerichtet sind.

Amerika.

Der Mormonensensator. Reed Smoot, als Vertreter des Staates Utah, Mitglied des Senats in Washington, ist der erste Mormone im Senat. Seit seinem Amtsantritt — am 4. März 1903 — hat sich ein Sturm von Protesten aus allen Teilen der Vereinigten Staaten erhoben, weil Smoot im Senat „gebildet“ wird! Besonders in Frauenkreisen war die Entrüstung groß, und zahlreiche Petitionen zirkulierten, welche Smoots Ausstoßung forderten. Er besaß ein hohes Amt in der Mormonenkirche, ist einer der zwölf Apostel der Kirche und verteidigte den Glaubenssatz der Vielweiberei. Deswegen eben sollte er „nicht gebildet“ werden. Der Senat leitete eine Untersuchung ein darüber, ob Smoot mehr als ein Weib sein eigen nenne und ob er als Mormone zu einem Sitz berechtigt sei. Die Untersuchung dauerte lange Zeit, und die Kommission einigte sich nicht; denn Smoot hielt es mit den Republikanern, und da hatte er viele mächtige Freunde. Der Senat selbst kam nun in den letzten Tagen zu dem Beschluß, daß Smoot seines Sitzes im Senat nicht beraubt werden könne. Man hatte festgestellt, daß er offiziell nur ein Weib besitzt. Smoots Sieg hat in Utah große Befriedigung erregt.

Die „Heiligen der letzten Tage“ halten an der Vielweiberei trotz aller Befehle fest, das heißt natürlich, soweit sie die Mittel dazu besitzen; denn die armen Mormonen haben, soweit sie verheiratet sind, nur ein Weib.

Gewerkchaftliches.

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Das laufende Jahr wird uns zweifellos eine Hochflut von Aussperrungen bringen. In Berlin haben die Automobil-Droschkenbesitzer ihre Chauffeure ausgesperrt, weil diese sich in demselben Augenblicke keine Lohnreduktion gefallen lassen wollten, wo den Unternehmern durch die polizeiliche Erhöhung der Fahrtaxe ein müßeloser Gewinn in den Schoß geworfen wurde. Die Tischlermeister haben unter Führung des Herrn Rahardt, des schon in ganz Deutschland berühmt gewordenen Organisations ihrer Niederlagen, die Tischler ausgesperrt, weil diese lieber ohne Tarif arbeiten wollen, statt sich auf mehrere Jahre auf die jetzigen unzulänglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verpflichten. Und die Unternehmer der Baubranche haben ebenso wie die Schneider- und Tapeziermeister erklärt, die Bestrebungen ihrer Arbeiter auf Hebung des Lebensniveaus mit Aussperrungen niederknieten zu wollen.

Selbst das Jahr 1908, in dem sowohl in Bayern, als auch in Rheinland-Westfalen die meisten Tarife ablaufen, wirkt schon seine Schatten voraus. Der Syndikus des bayerischen Industriellen-Verbandes, Oberscharfmacher Dr. Kuhlo, fordert in einem vertraulichen Kundbriefchen die bayerischen Unternehmer auf, eine Streik-Entschädigungsgesellschaft zu gründen. An der Spitze der feinen Gründung stehen außer Dr. Kuhlo dessen Schwiegerpapa Kommerzienrat Lust, der Vorsitzende der Sektion München des Bayerischen Industriellen-Verbandes, (Hauptinhaber der Kathreiners Malzkaffee-Fabriken), der Vorsitzende des Arbeitgeber-Verbandes des Baugewerbes für München und Umgebung, Kommerzienrat Wiesler und der ehemalige Staatsanwalt Dr. Guggenheimer, zurzeit stellvertretender Direktor der vereinigten Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg.

Die Arbeiter werden hoffentlich dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Bäume dieser Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Schneider beschlossen.

Eine allgemeine Versammlung der Arbeitgeber in der Herrenmohlschneiderei nahm gestern zu der Antwort des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen auf den Vorschlag, die Verhand-

lungen über einen Einheitsstarb bis zum Hochsommer zu vertagen und bis dahin zu den alten Löhnen weiter zu arbeiten, Stellung. Die Antwort des Verbandes lautet wie folgt:

Verband der Schneider und Schneiderinnen
Zentrale Berlin, SO. 16, Richardstr. 1, part.

Berlin, den 26. Februar 1907.

Ein Wohlgehoher!

Im Auftrage unserer am 17. d. Mts. im Palais-Theater stattgehabten Mitglieder-Versammlung überreichen wir Ihnen in der Anlage den seitens der Berliner Herrenmohlschneider ausgearbeiteten Lohnstarb zur gefl. objektiven Prüfung und Anerkennung. Begründend möchten wir was das folgende gestalten:

Bei der Ausarbeitung der Tarife war für uns maßgebend, in die verworrenen Tarifverhältnisse der Herrenmohlschneider Berlins Ordnung zu bringen. In einer ganzen Reihe gleichartiger Geschäfte schwanken die Löhne für die gleiche Arbeit sehr wesentlich. Hier eine einheitliche Regelung durchzuführen, liegt ebensosehr im Interesse der Arbeitgeber als Arbeitnehmer. Niemals können die Lohnverhältnisse, wie sie zurzeit in unserem Verufe existieren, als gesunde anerkannt werden; ermöglicht doch dieser Zustand Konkurrenzverhältnisse, wie sie in anderen Verufen, wo Tarifverträge abgeschlossen sind, nicht vorkommen können.

Wir haben bei dieser Gelegenheit gleichzeitig eine Lohn-erhöhung vorgesehen. Dieselbe muß als durchaus berechtigt anerkannt werden, da durch Maßnahmen, welche die Arbeiterschaft nicht zu vertreten hat — die Zollpolitik und die Grund- und Boden Spekulation —, dem Arbeiter erhöhte Ausgaben aufgebürdet sind, die er bei seinen gegenwärtigen Löhnen zu tragen nicht imstande ist.

Wir ersuchen Sie daher sehr ergebenst, den in der Anlage folgenden Tarif prüfen zu wollen und sich zwecks gemeinsamer Aussprache am Dienstag, den 5. März, nachmittags 5 Uhr, in den „Arminhollen“, Kommandantenstr. 20, einzufinden zu wollen.

Sollten Sie jedoch nicht geneigt sein, mit uns auf der Basis friedlicher Verhandlung einen Tarifvertrag abzuschließen, so sind wir beauftragt, für den Fall, daß in Ihrem Vertriebe eine Kündigungsfreie besteht, das Arbeitsverhältnis hiermit zum 12. März zu kündigen.

In der Annahme aber, daß Ihnen ebensoviel als uns an einem geregelten Lohnverhältnis der Arbeiter gelegen ist, teilen wir Ihnen noch mit, daß nach erfolgter Aussprache in oben erwähnter Sitzung die Einteilung der einzelnen Geschäfte in eine Tarifklasse erfolgt.

Hochachtung

Für den Verband der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Zentrale Berlin).
J. A. Fr. Kunge.

Der Referent der Arbeitgeber-Versammlung, Schneidermeister J. A. Fr. Kunge, bezeichnet die Forderungen der Arbeitnehmer als zu hoch und unannehmbar. Die zuletzt vereinbarten Löhne seien für die heutige Zeit nicht nur auskömmlich, sondern sind derartig, daß die Arbeitnehmer noch auf Jahre hinaus damit auskommen könnten. Nach einer neuerdings aufgenommenen Statistik erfahre der Arbeiterlohn durch die neuen Forderungen der Gehältern Erhöhungen von 20 bis 30 Proz. nur bei wenigen Positionen, bei den meisten Positionen betrage er 40 bis 60 Proz., ja in vielen Fällen bis 100 Proz. und darüber. Er schlage deshalb vor, auf keinen Fall der Aufforderung des Arbeitnehmer-Verbandes zu folgen, sondern einmütig am Freitag die Betriebe zu schließen.

Obermeister Krause schloß sich diesen Ausführungen vollständig an. Er teile noch mit, daß den Arbeitnehmern am Montag ein von den Arbeitgebern selbst ausgearbeiteter Tarif, der fünf Klassen enthalte und alle Forderungen für Spezialarbeiter wegschneide, überreicht werden würde. Auf Grund dieses Tarifes seien sie bereit, zu verhandeln. Man habe das bisher nicht getan, weil es besser sei, erst die Arbeitnehmer einige Tage die Aussperrung kosten zu lassen. Ferner müssen alle Arbeitswilligen den Revers unterschreiben, worin sie sich zu den bisherigen Löhnen weiter zu arbeiten verpflichten sollen. Auch sollen die Arbeitswilligen, die unfreiwillig die Arbeit einstellen müssen, seitens des Arbeitgeber-Verbandes unterstützt werden.

Nach lebhafter Debatte gelang einmal ein Antrag, im Arbeitgeber-Verband jedem Herrenmohlschneider die Aufnahme zu versagen, der nicht bis Freitagabend seine Mitgliedschaft vollzogen habe. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig, daß vom Sonnabendabend sämtliche Gehältern entlassen werden, und schon heute keine Arbeit mehr angenommen wird, die nicht bis Sonnabendabend fertiggestellt werden kann.

Eine überaus stark besuchte Schneiderversammlung, die ebenfalls gestern Abend stattfand, nahm einen vom Vorsitzenden der Organisation gegebenen Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung in der Herrenmohlschneiderei entgegen. Demnach haben die Arbeitgeber jede Verhandlung abgelehnt. Zur Annahme gelangte folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt, daß das Vorgehen des Arbeitgeber-Verbandes lediglich seinen Grund hat in der Aussperrungslust der Arbeitgeber, weil dieses Vorgehen lediglich im Interesse einzelner Arbeitgeber liegt. Für den Fall der Aussperrung scheidet die Versammlung den zunächst davon betroffenen Kollegen die volle moralische Unterstützung zu und erklärt, wenn es nötig werden sollte, dem Rufe der Organisation Folge zu leisten und in die Reihen der Kämpfenden einzutreten.“

Mit der Kündigung, die von der Verbandsleitung für die Kollegen, die in einem Kündigungsverhältnis stehen, ausgesprochen worden ist, erklärt sich die Versammlung einverstanden.“

Vertagung der Lohnbewegung der Kleber.

Die Kleber hatten sich am Dienstagabend außerordentlich zahlreich bei Feuerstein in der Alten Jakobstraße versammelt. Der große Saal samt der Galerie waren gedrängt voll. Es fehlt also keineswegs an Interesse für die geplante Lohnbewegung. Auch sind fast alle Kleber Berlins organisiert; sie brauchen sich also durchaus nicht vor einem Lohnkampf zu fürchten. Ihre Arbeitgeber, die Klebermeister, denken nicht daran, die von der Tapeziererinnung beschlossene Aussperrung mitzumachen, denn sie befürchten mit gutem Grund, daß in solchem Fall die Tapeziererhändler selbst allgemein Klebergehültern einstellen, die selbständigen Klebermeister damit überflüssig werden würden. Wenn gleichwohl der Branchenvertrauensmann Bruno im Namen der Bezirksleiter der Versammlung empfahl, von der geplanten Lohnbewegung Abstand zu nehmen und sie auf eine geeignete Zeit zu verschieben, so geschah das aus anderen, wohlernogeneren Gründen. Als die Kleber im Dezember ihre Tarifforderungen aufstellten, waren es ungefähr 600 Bauten, die für die Kleberarbeit in Betracht kamen. Dann trat der außerordentlich strenge Winter ein und brachte Arbeitslosigkeit für die Kleber mit sich. Außerdem aber nahm die Holzarbeitersperrung einen Umfang an, dessen Einwirkung auf die Kleber nicht voraussehen war. Von den Einsehern sind gegenwärtig an 200 Bauten gesperrt. Es sind zu einem großen Teil bessere Bauten, die den Klebern viel Arbeit bieten würden, wenn die Türen und Fenster eingeseht wären. Aus diesen und anderen Ursachen herrscht unter den Klebern eine für die Jahreszeit außergewöhnliche Arbeitslosigkeit. Der Zeitpunkt scheint also für eine Lohnbewegung nicht besonders günstig zu sein. Der Redner erklärte jedoch, daß, wenn in Tapezierergeschäften, die auch Klebearbeit ausführen, die Werkstattlöhne ausgesperrt werden, die Kleber selbstverständlich die Arbeit niederlegen. Kommt es dann zu Verhandlungen, so ist ein Vertrag nur auf Grund der in Dezember aufgestellten Forderungen abzuschließen. In den alten Tarifvertrag sind die Kleber, nachdem er am 15. Februar abgelaufen ist, nirgendwo mehr

gebunden. Die alten Tariflöhne müssen in der tariflosen Zeit als das Mindeste gelten, was sie für ihre Arbeit zu verlangen haben. Das mag vielleicht die Unternehmer zu der Einsicht befehlen, daß es doch besser ist, selbst mit Erhöhungen einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Uebrigens machte der Redner auch darauf aufmerksam, daß der alte Vertrag in nur allzu vielen Fällen von Unternehmern durchbrochen worden ist, so daß im Laufe der zweijährigen Tarifdauer nicht weniger als 76 Firmen gesperrt werden mußten, um dem unterschrieben anerkannten Vertrag Geltung zu verschaffen. Ja, noch kurz vor Ablauf des Tarifes waren 11 Sperrern notwendig, um die Bezahlung der vertragsmäßig festgelegten Preise zu erzwingen. Trotz des Vertrages mußten also die Kleber immer kampfbereit sein. — Die Versammlung endete nach reger Debatte mit der Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung der Kleber beschließt, in Erwägung des Umstandes, daß und durch die Holzarbeitersperrung gerade ein großer Teil der besseren Bauten augenblicklich verloren gehen, vor der Hand von einer Durchführung der der Tapezierer-Sperrung eingereichten Forderungen Abstand zu nehmen, sie jedoch zu geeigneter Zeit mit allen der Organisation zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Vornehmste Aufgabe erscheint es den Berliner Kleber, die dem Gros der Berufscollegen angebrochene Aussperrung abzuschlagen, sowie deren ermäßigten Forderungen auf jeden Fall Geltung zu verschaffen.“

Achtung! Dachdeckerhelfer und Bauarbeiter! Wegen Lohn Differenzen ist die Dachdeckerfirma H. Gierth, Charlottenburg, Kanstr. 82, für organisierte Dachdeckerhelfer gesperrt.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.

Deutsches Reich.

Bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht in Frankfurt a. M. gelang es dem Zentralverband der Handlungshältern ein Mandat zu erobern. Die Agitation der verschiedenen Korporationen, die selbständig Listen aufgestellt hatten, war sehr reger. Den bürgerlichen Vereinen standen Automobile zu Schlepperdiensten zur Verfügung. Die Wahlbeteiligung war demgemäß auch sehr stark. Es wurden für die sechs verschiedenen Gehälternlisten 3151 Stimmen abgegeben. Dies sind circa 2000 Stimmen mehr, wie bei der letzten Wahl. Auf die Liste des Zentralverbandes der Handlungshältern entfielen 135 Stimmen = 1 Mandat.

Die Münchener Gärtner, die zu den ausgebeuteten und am schlechtest bezahlten Arbeiterkategorien zählen, haben den Kunst- und Handelsgärtnern einen Tarifentwurf unterbreitet. Gefordert wird in der Hauptsache 11stündige Arbeitszeit in Kunst- und Handelsgärtnereien, 10stündige Arbeitszeit für Gärtner und Hülfsarbeiter in der Landschaftsgärtnerei, Arbeitslohn um 6 bzw. 4 Uhr an Sonnabenden vor hohen Feiertagen. Der Lohn ist bei Landschaftsgärtnern nach Stunden, in Kunst- und Handelsgärtnereien nach Wochenlöhnen zu berechnen. Der Mindestlohn beträgt: bei Landschaftsgärtnern 50 Pf. pro Stunde; in Kunstgärtnereien beträgt der Mindestwochenlohn 25 M.; für gewöhnliche Ueberstunden 10 Pf. Zuschlag für Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen soll der Zuschlag 83% Proz. betragen. Freigabe des 1. Mai. Die Unternehmer haben die beschiedenen Forderungen abgelehnt. Einer der Hauptstärkmaschinen, der Handelsgärtner Wöhe, meinte, die Gärtnergehültern würden durch eine längere Arbeitszeit nur verlohnt, es dürfe unter keinen Umständen unter die 14stündige Arbeitszeit heruntergegangen werden. — Zunächst hat die Organisation das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen. Zugun von Gärtnern nach München ist ferngeholfen.

Christliche Streikbrecherorganisation. Die Christlichen schiden sich an, auch bei dem bevorstehenden großen Kampfe im Baugewerbe von Nürnberg-Hilf die Rolle der Verräter zu übernehmen. Die Unternehmer wollen den Arbeitern unter allen Umständen einen nur die Interessen des Unternehmertums während den Tarifausperrungen, und die Christlichen sind es, die ihnen bei diesem lächerlichen Beginnen Hülfsreiche Hand leisten. Der christliche Verband der Bauarbeiter hat es übernommen, die Streikbrecherlieferung zu organisieren. Der Bezirksleiter ist bereits daran, auswärtige Mitglieder seines Verbandes anzuwerben, die, wenn es zu einer Aussperrung kommt, in Nürnberg als Arbeitswillige antreten sollen. In Nürnberg wurde ein Bureau als eingerichtet, wobei die Verführten bestellt werden, um dann mit einer Ausweisliste in das Bureau des Unternehmerverbandes geschickt zu werden, wo sie auf die verschiedenen Arbeitsstellen geschickt werden sollen. Dieser moderne Sklavenhandel hat bis jetzt noch wenig Erfolg gehabt, da die meisten christlichen Arbeiter es doch als Schmach empfinden, sich von ihren „Hilfsrern“ in solcher Weise verschaffern zu lassen.

Ausland.

Der Kampf der französischen Lehrer.

Paris, 24. Februar. (Fig. Ver.) Gestern hat Clemenceau einige organisierte Lehrer in ihrer Eigenschaft als Beamte und als „Individuen“ empfangen. Die Unterredung verlief ziemlich zufriedenstellend, denn die Genossen konnten dem Minister nachweisen, daß die Gewerkschaft des Unterrichtsfaches schon unter dem Ministerium Dupuy bestanden hat und in ihrem Archiv sogar Briefe von Valde-Roussau aus der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft besitzt. Clemenceau wußte auch nicht, daß die Lehrgewerkschaft des Seine-Departements schon seit dem Oktober 1905 dem Gewerkschaftsverband angehört. Der Minister ersuchte schließlich die Lehrer, ihm diese Tatsachen in einem schriftlichen Memorandum zusammenzufassen. Auf die Frage der Lehrer nach der angekündigten Vorlage über die Beamtenorganisation erwiderte Clemenceau, der Gegenstand werde dem Ministerrat noch einmal beschließen, dem die Materie sei sehr heikel. So ist die Situation der Lehrerorganisation noch ungewiß. Immerhin hat Clemenceau ein Verhalten gezeigt, das in lobenswerter Gegensatz zu dem Vriands war. —

Ein Vertrag zwischen dem Eisenbahnerverband und den Privatbahnen in Schweden.

Im Sommer vorigen Jahres knüpfte die Vereinigung der schwedischen Privatbahnunternehmer mit dem Schwedischen Eisenbahnerverband Verhandlungen an, die den Abschluß eines Vertrages über ein Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahren bei Streitigkeiten zum Ziele hatten. Ein solcher Vertrag ist nun zwischen den Delegierten der beiden Organisationen zustande gekommen. Bei allen Streitigkeiten zwischen Personal und Bahnverwaltung sollen zunächst die direkt beteiligten Parteien miteinander verhandeln, wobei Vertreter der Organisationen hinzugezogen werden können. Handelt es sich um eine neue Lohnregelung, so müssen beide Vertreter der Organisationen an den Verhandlungen teilnehmen. Für die Fälle, die auf diese Weise nicht zur Erledigung finden, werden Einigungs- und Schiedsämter errichtet, nämlich drei Distriktsämter, in Stockholm, Malmö und Göteborg, und ein Eisenbahn-Schiedsgericht als höchste Instanz, die ihren Sitz in Stockholm hat. Diese fürperschaften werden zu gleichen Teilen aus Vertretern der beiden Organisationen gewählt und wählen selbst einen unparteiischen Mann zu ihrem Vorsitzenden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wiederaufbau der Michaelskirche.

Hamburg, 27. Februar. (W. Z. N.) Die Wärgerschaft nahm in der heutigen Sitzung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einen Antrag des Senats auf Bewilligung von 8529 000 M. zum Wiederaufbau der am 8. Juli vorigen Jahres durch eine Feuersbrunst zerstörten großen Michaelskirche.

Reichstag.

6. Sitzung, Mittwoch, den 27. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky, v. Rheinbaben, v. Tschirschky, Freytag v. Stengel, Dernburg.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) auf Einstellung eines beim Landgericht Dortmund schwebenden Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Stöckel (Soz.) debattiert...

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Eine Rückschau auf die Wahlen kann ich mir schonen, zumal sie bei der Behandlung der sozialdemokratischen Interpellation über die angeblichen Wahlbeeinflussungen erfolgen wird. Bebel hat gestern seine ganze agitatorische Kunst aufgewendet, um den durch die Niederlage gesunkenen Mut seiner Partei wieder zu beleben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das nicht nötig; denn

der „entschiedene Liberalismus“

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) der gerieben werden sollte, ist mit Verstärkung zurückgekehrt. (Weifall bei den Freisinnigen.) Wir haben den schweren Wahlkampf mit Erfolg bestritten, und auch die beiden anderen freisinnigen Gruppen haben Mandate gewonnen. (Abg. Singer: „Mit Hilfe der Sozialdemokratie!“ Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der entschiedene Liberalismus verfügt jetzt über 50 Stimmen im Hause und damit in vielen Fragen über eine ausschlaggebende Stellung. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß mit unseren Stimmen rechnen. Fürst Bülow verlangt von der Mehrheit, zu der er auch meine Partei rechnet, Einigkeit in nationalen Fragen. Auch wir nehmen für uns Verständnis für nationale Fragen in Anspruch, und zwar nicht erst in neuerer Zeit. Zu positiver Mitarbeit sind wir immer bereit, aber nach eigener Überzeugung und selbständiger Prüfung. Wir wollen die Forderungen des entschiedenen Liberalismus zur Geltung bringen; ihnen verdanken wir unsere Wahlerfolge. (Sehr wahr bei der freisinnigen Volkspartei.) Unsere Wünsche gehen auf die Sicherung der Wahlfreiheit, auf Fortführung der Sozialgesetzgebung, auf Ausdehnung des Wahlrechts, auf Reform des Wurfgesetzes, auf Erfüllung der berechtigten Forderungen der Privatbeamten, dieses immer größere Bedeutung gewinnenden neuen Mittelstandes.

Auch für den Mittelstand muß gefordert werden. Herr Bebel und die Sozialdemokraten meinen freilich, der Mittelstand werde unwiderstehlich zerrieben. Aber die Berufs- und Gewerbebegehren und die Steuerstatistik beweisen das Gegenteil. Wir verlangen für den Mittelstand eine reichsgesetzliche Reform des Submissionswesens.

Herr Bebel hat gestern behauptet, der Blockkandidat, Rechtsanwält Weill in Karlsruhe, sein ehemaliger Parteigenosse, sei auf den Dörfern herumgefahren und habe um die Stimmen der Zentrumswähler gebuhlt. Herr Rechtsanwält Weill, mit dem wir uns sofort telefonisch in Verbindung gesetzt haben, schreibt uns, er sei niemals Sozialdemokrat gewesen, sondern habe nur als Student Sympathie mit den Opfern des Sozialistengesetzes gehabt; vor allem aber bekämpfte er, auf den Dörfern herumgefahren zu sein und um die Stimmen des Zentrums gebuhlt zu haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Sein Etat haben wir zu ungünstiger Beurteilung keine Veranlassung. Die Finanzlage hat sich gebessert. Das Bedauern des Reichsschatzsekretärs über die Verzinsung der Trübsen teile ich: Die Festlegung bestimmter Summen für die Witwen- und Waisenversicherung bedeutet eine für die Finanzgebarung bedenkliche Befreiung (Schahansammlung). Daß der Reichsschatzsekretär von neuen Steuern vorläufig absehen will, ist wohl selbstverständlich. Wenn sie notwendig werden, wird die konservativ-liberale Paarung hoffentlich in liberalerem Sinne fruchtbar werden, wir werden dann vor allem die Reform der Brauwertsteuer verlangen. Die Steigerung der Lebensmittelpreise führt jetzt zu der Forderung der Erhöhung der Beamtengehälter. Hoffentlich wird die Regierung diesen Anlaß benutzen, um eine allgemeine Neuordnung der Beamtengehälter durchzuführen. Eben deshalb muß es wundernehmen, wenn die Regierung gegen die Beamten scharf vorgeht, sobald aus ihren Reihen Klagen über ihre wirtschaftliche Lage laut werden. So ist den preussischen Forstbeamten das Weiterverbleiben in dem ihre Interessen vertretenden Verein und das Abonnement auf sein publizistisches Organ verboten worden; ja es ist ihnen sogar angedroht, daß die Zuwiderhandeln in keine höhere Gehaltsstufe aufrücken würden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen wird man an dem Etat gewiß einzelne Abschnitte machen können, und die Wünsche des Flottenvereins auf weitere Vorklämung des Tempos unserer Flottenbauten werden glücklicherweise an den tatsächlichen Verhältnissen unserer Werften und unseres Mannschafstandes scheitern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In das Lob, das dieser Verein aus dem Munde des Reichsschatzsekretärs erhalten hat, kann ich nicht mit einstimmen; ich finde, daß der Flottenverein seine Agitation mit mehr Eifer als Gehalt geführt und der Regierung manche Verlegenheit bereitet hat.

Zum Fall Eichhoff

— der Kollege Eichhoff wird ja noch Gelegenheit nehmen, die Angriffe des Abgeordneten Spahn zurückzuweisen — bemerke ich, daß meine Freunde alle und jede Wahlbeeinflussung seitens der Regierung mißbilligen, selbst wenn sie zu unseren eigenen Gunsten erfolgen sollte. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Bezüglich der aus dem Reichstag geäußerten Wünsche verlangen auch wir die Wiedereinbringung des Gesetzesentwurfs über die Berufsvereine, aber ich schließe mich Herrn Wassermann an, daß das Gesetz mit freisinnlichem Geiste erfüllt werden muß. Dringend notwendig ist eine Reform der Krankenversicherung. Der Forderung von 100 000 M. zur Förderung des deutschen Handels und Gewerbes stimmen wir zu, auch, daß sie zu Versuchen mit Baumwollkultur in den Kolonien verwendet werden sollen. Einer verständigen Kolonialpolitik werden wir stets zustimmen, doch können wir nicht alles gut heißen, was der Kolonialdirektor in seiner Rede gesagt hat. — Daß die Thronrede eine weitere Verschärfung der Truppen in Südwestafrika ankündigt, befriedigt uns; wir hoffen, daß jetzt dort die Friedensarbeit in richtiger Weise beginnt.

Der Kulturfortschritt in den Kolonien

zeigt sich auch in der Forderung von 8000 Mark in Kamerun für öffentliche Aborte für die Eingeborenen (Große Heiterkeit); hoffentlich legt man zu diesem Zweck ihnen nicht eine neue Steuer auf. Bedauerlich ist, wobei ich Ostafrika eine Erweiterung der Schutztruppe gefordert wird. Der Forderung eines selbständigen Kolonialamts stimmen wir zu.

Ueber unsere auswärtigen Beziehungen beizubringen und beruhigen und die Ausfahrungen der Thronrede. Aber wir wünschen wie das Zentrum, daß auch für die Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen das Parlament Einfluß gewinnt. Ich bedauere, daß letzthin ein Angriff gegen die Immunität der Mitglieder des Hauses erfolgt ist, wobei ich bedauere, daß ein Mitglied des Hauses die Rechte des Hauses preisgegeben hat. (Sehr richtig! links.) Der Reichsschatzsekretär möge dafür sorgen, daß derartige in Zukunft nicht vorkommen kann. Notwendig ist vor allem ein stärkerer Einfluß des Parlaments und des entschiedenen Liberalismus. (Lebhafte Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Camp (Sp.): Wenn die Reichsfinanzverwaltung keine Deckung für erhöhte Forderungen einzelner Ressorts hat, muß sie die Forderungen entschieden zurückweisen. Mit etwas begehrlischen Augen hat der Reichsschatzsekretär nach den für die Witwen und Waisen bestimmten 48 Millionen hingehaut; wir werden ihm diese auf keinen Fall preisgeben.

Mit der Wirkung der neuen Steuern ist man auf dem Lande durchaus zufrieden, in den Städten mag es anders sein. Unstimmigkeiten ergeben sich allerdings bei der Fahrkartensteuer, doch ist sie im ganzen sehr populär! Dringend zu prüfen ist, ob nicht eine Weinsteuereinführung ist, doch muß sie so gestaltet sein, daß die Konsumenten sie bezahlen.

Ich habe es nicht verstehen können, daß der preussische Landwirtschaftsminister die gesteigerten Produktionskosten mit den Zöllen in Zusammenhang bringen konnte.

Wir verlangen

eine großzügige Sozialpolitik,

aber sie soll ihre Spitze nicht gegen die Arbeitgeber richten; von Schikanen gegen die Arbeitgeber, wie sie die Bäderverordnung enthält, muß sie frei sein; das Reichsamt des Innern sollte nicht die Befugnis zum Erlass solcher Verordnungen haben. Zugunsten des Handwerkerstandes sollten alle Ressorts angewiesen werden, zu prüfen, welche Bedürfnisse durch Arbeit von Handwerkern befriedigt werden können, und dauernd sollen sie über die Fortschritte der Beschäftigung von Handwerkern berichten. Wir wollen die Handwerker nicht weiter verdrängen lassen, sondern für sie Taten sehen. (Bravo! rechts.)

Die Lage der Arbeiter hat sich außerordentlich verbessert. Die Fleischpreise sind so gesunken, daß bei weiterem Sinken die Fleischproduktion gefährdet wird.

Meine Partei verweigert entschieden die Ausdehnung der Immunität; die Befreiung der Reichstagsabgeordneten vom Zeugniszwang wäre geradezu eine Begünstigung der Anreizung zu Verbrechen. (Widerpruch links.) Höchstens würden wir diese Befreiung billigen, wenn es sich um Disziplinaruntersuchungen gegen Beamte handelt.

Ich komme auf den Flottenverein: Unter allen Umständen ist mir und meinen Freunden die Wahl eines Zentrumsmannes lieber als die eines Sozialdemokraten; aber das Zentrum hat Sozialdemokraten unterstützt und darf sich nicht beschweren, daß andere ebenso handeln. (Zuruf des Abg. Spahn [Z.]) Sie beschweren sich ja auch nicht, Herr Spahn? Dann sind wir ja einig! (Heiterkeit!) Ganz unverständlich ist mir die Unterstützung von Sozialdemokraten durch die Nationalliberalen. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Den Wahlkampf gegen das Zentrum haben wir nicht konfessionell geführt,

unsere Wege werden auch wieder zusammenführen.

(Große Heiterkeit links.) Der Anspruch des Zentrums auf das Präsidium ist unberechtigt, die konservativen Gruppen zusammen einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung zählen 110, das Zentrum nur 104, die freisinnigen Gruppen 103 Mitglieder.

Der Reichskanzler hat die Mischung konservativer und liberaler Grundzüge empfohlen. Er findet diese Mischung sehr schön in meiner, der freikonservativen Partei. (Große Heiterkeit.) Bebel sagte Herrn Wassermann gegenüber, die Herren Calwer und Bernstein könnten ruhig in seiner Partei bleiben. Nun ja, nachdem so viele unfeindlich hinausgefallen sind, hat er ein geringeres Bedürfnis, den Flugapparat in Anwendung zu bringen. (Heiterkeit.) Tatsächlich merkt eben jetzt der Arbeiter, daß die Sozialpolitik auch ihm zugute kommt. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel empfiehlt die Einkommensteuer; aber die höheren Einkommen sind bei uns schon sehr stark besteuert, und alle Bedürfnisse können dadurch nicht gedeckt werden. Preußen und Deutschland sind in der Welt voran. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir sind voran in der Arbeiterfürsorge und in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Preußen und Deutschland marschieren auch in bezug auf die Schulbildung an der Spitze. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nirgends ist die Rechtsprechung so gut wie in Deutschland, kein Land besitzt so gute Beamte wie Deutschland.

Herr Bebel mißbilligt den Vorkauf gegen Kleingewerbetreibende. Wenn es ihm damit ernst ist, soll er die Frage auf die Tagesordnung seines nächsten Parteitages setzen und den Deuten erklären: Wenn ihr so etwas tut, seid ihr nicht würdig, Sozialdemokraten zu sein! (Stürmische Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel hat sich über Drangsalierungen durch die sächsische Regierung beklagt zur Zeit, als er noch Drechslermeister war. Ich glaube, die sächsische Regierung hätte besser getan, ihm so viel wie möglich Aufträge zu überweisen, dann wäre er gar nicht zum Agitieren gekommen. (Große Heiterkeit rechts.) Für die bürgerliche Gesellschaft wäre das jedenfalls besser gewesen. Herr Bebel hat sich ja trotz der Drangsalierungen eine ganz gute Position erungen, wor weiß, ob es ihm im Zukunftsstaate besser gegangen wäre; da hätte er vielleicht Drechslermeister bleiben müssen. (Erneute große Heiterkeit rechts.) Wenn wir nur einmal erfahren könnten, wie Sie sich den Zukunftsstaat eigentlich denken. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ihre Flugblätter sind ganz verschieden, je nachdem sie für Bauern, Handwerker usw. bestimmt sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Selbstverständlich!) Den Bauern sagen Sie, Sie hätten nicht daran, den Grund und Boden verstaatlichen zu wollen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo sieht das?), die Familienbände lockern zu wollen usw. — Ich will schließen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Schade! Heiterkeit.) Das deutsche Volk ist des Fraktionskampfes müde. Lassen Sie uns gemeinsam arbeiten, damit das deutsche Volk wieder stolz sein kann auf seinen Reichstag. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Wole): Gegenüber den Angriffen des Herrn Reichskanzlers auf das Zentrum möchte ich bemerken: Die ganze katholische Welt beneidet Deutschland um sein Zentrum. (Bravo! im Zentrum.) Der Gedanke der konservativen und liberalen Paarung ist nicht neu; er stammt von dem früheren preussischen Finanzminister v. Miquel. Wir versprechen uns von dieser Paarung nicht viel. Das Zentrum ermahnte der Herr Reichskanzler, dem Leitstern der Wahrheit zu folgen. Was aber tut die Regierung selbst meinen Landsleuten gegenüber? Sie handelt wie ein Jagdherr, der auf seinem Gebiete das Wild je nach Gutdünken jagt oder verfolgt. Wir werden rechtlos gemacht, wie es in keinem anderen Kulturlande möglich wäre. Die hundertjährige Misachtung der nationalen Bedürfnisse des Landes, die Ausrottung unserer Muttersprache hat die Erregung geschaffen, welche die Grundlage der jetzigen heuchlerischertweise von der preussischen Regierung „bebauerten“ Mißstände ist. (Anruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich muß es rügen, daß Sie der preussischen Staatsregierung heuchlerische Motive unterstellen; ich rufe Sie deswegen zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (fortfahrend): Wir sind durch Gottes Fügung Mitglieder des Deutschen Reiches geworden und kommen unseren Pflichten nach. Unser Nationalgefühl werden wir uns aber nie nehmen lassen. (Bravo! bei den Polen.) Ich komme jetzt zu unserer Stellung zur Kolonialpolitik. Ob alle Anklagen über schlimme Vorgänge in den Kolonien berechtigt sind, weiß ich nicht. Aber solange die Polen bei uns schlimmer behandelt werden, als es mit den Eingeborenen in den Kolonien geschieht, werden Sie uns nicht Mangel an Nationalgefühl vorwerfen können, wenn wir abwarten, ob eine Aenderung Ihrer Politik uns gegenüber in Preußen und Deutschland eintritt, ehe wir unsere Zustimmung zu Ihrer überseeischen Politik geben. (Bravo! bei den Polen.)

Graf Posadowsky:

Ich habe in diesem hohen Hause schon viele Polendebatten gehört und bei ihnen darauf hingewiesen, daß die Frage eine speziell preussische ist und nicht hierher gehört. Heute brauche ich diesen Einwand nicht zu wiederholen, weil der Vorredner selbst zugestanden hat, daß die vorgebrachten Fragen nicht zur Kompetenz des Reiches gehören. Nur zwei Bemerkungen des Vorredners kann ich nicht unwidersprochen lassen. Er sagte: diejenigen Maßregeln der preussischen Regierung, die eine Verschärfung der Parzellierungstätigkeit in den östlichen Provinzen mit gemischtprachiger Bevölkerung darstellen,

sieien ungeschicklich. (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Die preussische Regierung ergreift ihre Maßregeln auf Grund eines legitim erlangten gesetzmäßigem preussischen Gesetzes! (Rufe bei den Polen und Sozialdemokraten: Das Gesetz ist verfassungswidrig!) Ferner sagte der Vorredner: die Regierungen dürften sich nicht wundern, wenn die Polen innerhalb dieses hohen Hauses eine besondere nationale Stellung einnehmen. Ein solcher Anspruch läßt sich verfassungsmäßig nicht begründen. (Zustimmung rechts.) Jedes Mitglied dieses hohen Hauses ist Vertreter des gesamten deutschen Volkes. (Sehr richtig! Jeder Abgeordnete darf nur Vorschläge vertreten und begründen, die sich mit dem Wohl des ganzen Volkes vertragen. (Sehr richtig!)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Sp.): Die Kolonialpolitik besteht darin, die Eingeborenen durch Zwang zur Arbeit zu erzwingen. Der Vorredner hat sich also mit Unrecht darüber beklagt, daß die Polen noch schlechter behandelt werden. Die sind ja arbeitswillig! Ihren Tribut an Blut haben die Polen mit Recht dem Reiche abgetragen; das war der Dank für ihre hundertjährige Erziehung und wirtschaftliche Sebung durch Preußen.

Durch die letzten Wahlen ist die Position der Regierung dem Ausland gegenüber gestärkt worden; alle unsere Fremde sind davon befriedigt. Die auswärtigen Monarchen haben uns zur Niederrückung der antimonarchischen Bewegung beglückwünscht. — Die Kolonialpolitik, die die Regierung jetzt als angestreblich neu betreiben will, haben wir ihr längst empfohlen. Dem mit Blut gedängte Land müssen wir auf jeden Fall festhalten. — In der Handelspolitik verlangen wir schleunige Festlegung des Handelsprotektors mit England und Amerika. (Bravo! rechts.) — Wir freuen uns, daß die Sozialpolitik fortgeführt werden soll, das wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung nur stärken, und diese brauchen wir gegen die Sozialdemokratie. Redner spricht sich schließlich für die Einführung der allgemeinen Wahlpflicht aus. Die Beteiligung der Regierung an den Wahlen halten wir durchaus für berechtigt. Wir sollten für einen Fonds dafür zur Verfügung stellen. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) In anderen Ländern — wie Frankreich — ist das durchaus üblich. Dem General Keim kann man nur verzeihen, daß er das Eintreten nationaler Parteien für Sozialdemokraten nicht unter allen Umständen gemißbilligt hat.

Herr Spahn und das Zentrum sind zu klug, um aus Horn Beileite zu stehen. Die Nationalliberalen können die Vorwürfe Bebel's nicht erkräften; sie können sich höchstens selbst versprechen, sich zu bessern. (Große Heiterkeit.) Wir unterstützen Sozialdemokraten niemals; das verbietet uns unser nationales Gefühl. Mit dem Aufschwung des Liberalismus, von dem hier emphatisch gesprochen wurde in hohen Tönen — nach der notwendig gestiegenen Einigkeit (Große Heiterkeit) — ist es nicht weit her. Ohne die Unterstützung der Regierung sagen sie platt unterm Tisch. (Erneute große Heiterkeit.) Der Kanzler fand im Topf der Sozialdemokratie das Zentrum hätte tiefer geforscht, so hätte er bei den Stichwahlen auch die freisinnige Vereinigung dort gefunden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Wiemer wittert Morgenluft und stellt die Morgenröte des Liberalismus strahlen. Aus der Rede des Reichskanzlers konnte er das nicht entnehmen; diese möchte ich vergleichen mit dem Mädchen aus der Fremde: „Sie teilte jedem eine Gabe, rechts Freikeit, links nur Blumen aus.“ (Schallende Heiterkeit.) Auch die Ehr der freisinnigen Volkspartei mit dem weiblichen freisinn wird nicht lange dauern; die freisinnige Vereinigung läuft ja befristet bei Sozialdemokratie nach und sagt trotz aller Fortschritte, die sie von der Sozialdemokratie erhält, wie Wilhelm Meister: „Wenn ich Dich lieb habe, was geht's Dich an!“ Der Gedanke einer konservativ-liberalen Paarung hat gewiß etwas für sich, aber das Bild ist etwas schief gewählt; man denkt dabei unwillkürlich an den Wechselbalg, der dabei herauskommt. (Große Heiterkeit.) Die Freisinnigen haben die Aufgabe, das Veraltete hinwegzuräumen. (Sehr richtig! links.) In dieser Beziehung haben sie ihre Aufgabe wohl getan; Positives aber haben sie nicht geleistet. (Lebhafte Widerspruch und Zurufe bei den Freisinnigen.) Sie haben das Deutsche Reich geschaffen? (Große Heiterkeit rechts.) Das hat das deutsche Volk getan, für das Ihre Vorgänger die Mittel nicht bewilligen wollten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Konservativen wieder sorgen für die Erhaltung des Alten, und daraus ergibt sich die richtige Diagonale.

Was nun die in Aussicht gestellten Gesetze anlangt, so halten wir eine Vorreform nicht gerade für das dringendste. Die Vorkämpfer fühlen sich so wohl wie die Mäde im Sped — wenn man dieses Wort im Zusammenhang mit der Börse in den Mund nehmen darf. (Große Heiterkeit rechts.)

Der Sieg, den die nationalen Parteien errungen haben, ist gemiß erfreulich, aber wir sollten uns der Freude darüber nicht zu sehr hingeben; wir feiern überhaupt zu viel Feste, rufen zu viel Victoria. Die letzte Schachtel ist noch nicht geklopft. Herr Bebel hat gelobt, die Scharte auszuweihen und daß er tun wird, was er kann, darauf können Sie sich verlassen; denn seine ganze Lebensarbeit steht auf dem Spiele. Ich hoffe, daß auch die bürgerlichen Parteien in gemeinsamer Schicksalslinie gehen die Sozialdemokratie und ihren Anhang auf dem Posten sein werden, von Kormann bis zu Rugard, der am besten den Richterschen Haß gegen die Sozialdemokratie verkörpert. Wir werden um der Liebe zu unserem deutschen Volke willen, um der Treue zu Kaiser und Reich willen, unsere Pflicht in diesem Kampfe tun. (Bravo! rechts.)

Reichsschatzsekretär Frey v. Stengel: Meine Ausführungen über die Verzinsung sind demängelt worden, und man hat es so hingestellt, als wenn mir diese Ansummlung von Mitteln für die Witwen- und Waisenversicherung ein Dorn im Auge wäre. Das ist ein Irrtum. Ich habe zwar keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Verzinsung für uns eine schwere Last bedeutet, aber ich habe auch betont, daß, nachdem das Deutsche Reich einmal diese Verpflichtung übernommen habe, wir auch unter allen Umständen durchhalten müssen. Ich habe aber die Erwartung ausgesprochen, daß der Reichstag dafür sorgen werde, — entsprechend den Intentionen des Reichstages von 1902 —, daß nicht die ganzen 48 Millionen durch die Waisenschatzbeiträge der Einzelstaaten aufgebracht werden müssen, wie das bei der jetzigen Finanzlage notwendig wäre.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Bebel (Soz. — persönliche Bemerkung):

Auf mehrere Ausführungen des Abg. Camp muß ich in einer persönlichen Bemerkung erwidern: Herr Camp ansetzte, ich hätte einen Vergleich zwischen der belgischen und der preussischen Schulbildung gezogen. Das ist unrichtig. Ich habe Belgien nur in einer Beziehung zu Preußen gebracht, nämlich in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht, und habe gesagt: Wenn der deutsche Arbeiter nach der Auffassung des Reichskanzlers der gebildete der Welt sei, so müsse er auch das gleiche freie Vereins- und Versammlungsrecht haben wie der belgische Arbeiter.

Weiter hat Herr Camp mir vorgeworfen, ich hätte die deutschen Beamten angegriffen. Auch das ist unrichtig; ich habe gestern von seiner Beamtenkategorie gesprochen. Drittens hat er behauptet, daß die sächsische Regierung mir in den 60iger Jahren ihre Landtschaft entzogen habe. Nicht die Regierung ist mein Kunde gewesen, sondern die sächsische Eisenbahndirektion. Ich sage übrigens hinzu, daß ein Richtentzichen der Landchaft auf meine Gesinnung nicht den geringsten Einfluß ausgeübt hätte.

Der Abgeordnete Wiemer hat bestritten, daß der Blockkandidat Rechtsanwält Weill in Karlsruhe im Auto auf den Dörfern herumgefahren sei, um in Zentrumskreisen für seine Wahlstimmung zu machen. Die Nachricht hat im „Badischen Beobachter“, einem Zentrumsblatt, gestanden, von wo sie in sozialdemokratische

Wähler übergegangen ist. Ich wußte nicht, daß mittlerweile eine Verächtung erfolgt ist. Ich will jedoch aus dieser Verächtung nach dem „Badischen Beobachter“ folgendes mitteilen: Herr Weill erklärte, daß die Fahrt den Besuch der Farrer nicht zum Hauptzweck gehabt habe; er gibt aber zu, daß er auf Ansuchen eines langjährigen Zentrumsmitgliedes, welches ihm seine Stimme geben wollte, bei dem Farrer eines Dorfes einen Besuch gemacht hat. Er habe demselben auseinandergesetzt, daß er nicht für einen neuen Kulturkampf und nicht für eine Trennung von Staat und Kirche sei. Dieser Besuch war ungewiss, ein politischer und hatte den Zweck, Stimmung für Weill in Zentrumskreisen zu machen. Auch erklärte Herr Weill, er würde, wenn er Zeit hätte, die Farrer an derer Dörfer aufsuchen! — Weiter hat Herr Weill erklärt, daß Herr Weill früher nicht Sozialdemokrat gewesen sei, sondern nur erklärt habe: er habe in den 80iger Jahren nur Sympathie mit den verfolgten Opfern des Sozialistengesetzes gehabt. Ich nehme von meinen gestrigen Ausführungen auch nicht ein Wort zurück. Dr. Friedrich Weill war in den achtziger Jahren, sowohl als Student in Straßburg als nach seiner Rückkehr in Karlsruhe, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, er unterstützte den „Offenburger Volksfreund“, der damals aus bürgerlichen Händen in sozialdemokratische überging, mit seinen Mitteln. Auf seinen Rat hin ist auch dieser Uebergang erfolgt. Dr. Weill war sowohl meinem Freunde Dreesbach wie auch mir, der ich auf meinen Geschäftsreisen öfter in Karlsruhe war, sehr wohl bekannt, und es war uns auch bekannt, daß er ganz allgemein als Parteigenosse angesehen war. Er hat die Partei finanziell unterstützt und hat an dem sozialdemokratischen „Offenburger Volksfreund“ mitgearbeitet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was will man mehr?)

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Beratung des schleunigen Antrages auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Stichel (Vole). 2. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung. Mittwoch, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.
Die Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird fortgesetzt.

Die Abg. Marx (3.) und Volk (natl.) treten für Verbesserung der mittleren Werkbeamteten, Abg. v. Schubert (Vosp. d. Natl.) für eine solche der Steiger, Abg. Bruck (3.) der Schichtmeister ein.

Minister Dr. Delbrück: Wenn ich die Herren hier die Beamtenwünsche vortragen höre, so beschleicht mich ein Gefühl des Reides. Sie haben die Wünsche nur vorzutragen, ich aber muß begründen, warum ich sie nicht alle erfüllen kann. (Heiterkeit.) Indessen sollen ja, wie Sie wissen, im Etat für 1908 die berechtigten Wünsche der unteren und mittleren Beamten, soweit es die Finanzverhältnisse gestatten, berücksichtigt werden.

Abg. Marx (3.) tritt für Erhöhung des Schichtlohnes der Bergarbeiter und anderweite Regelung des Gehaltes ein.

Abg. Dr. Volk (natl.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Vorantig. Die Löhne in Oberschlesien hätten sich in den letzten Jahren sehr gehoben.

Abg. Horn (natl.) sagt, daß in den Oberharzter Bergwerken die Invalidentrenten auf die Knappschaftsrenten angerechnet würden.

Minister Dr. Delbrück: Das Verfahren des Oberharzter Knappschaftsvereins entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.
Abg. v. Schandorff (natl.) wünscht, daß der Staat zur Unterhaltung der Handels- und Gewerbeschulen für Mädchen noch mehr tue als bisher.

Minister Dr. Delbrück: Der Staat kann sich nicht genügen lassen an dem, was bisher geschehen ist. Es muß aber daran festgehalten werden, daß die Unterhaltung der Fortbildungsschulen Sache der Kommunen und Privaten ist. — Der Staat kann nur fördernd und anregend wirken und geeignete Lehrer ausbilden.

Die Einnahmen werden bewilligt.
Beim Ausgabebetitel „Gehalt des Ministers“ liegt ein Antrag Bachmann (natl.) vor, der die Regierung auffordert, den Handwerkerkammern fortwährende Staatszuschüsse zu gewähren.

Abg. Raffewitz (konf.): Der Reichstanzler hat von einer Paarung konservativen und liberalen Geistes gesprochen. Mit den Nationalliberalen wollen wir gern zusammengehen, aber nicht mit den Sozialliberalen. Insofern wünschen wir also nicht, daß das Gesetz der Politik einige Grade nach links gelenkt wird. Rüge der Minister dafür sagen, daß dem Reichstag bald ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung vorgelegt wird. Ich frage den Minister, ob eine Vorlage zu erwarten ist, welche die Begriffe „Handwerk“ und „Fabrik“ besser abgrenzt. Wir fordern nach wie vor die Alters- und Invalidenversicherung der Handwerker. Der Abg. Deser hat mir früher aus meiner Stellung in der Fleischfrage einen Vorwurf gemacht. Jetzt hat sein Organ, die „Frankfurter Zeitung“, gegen die Schlächter viel schärfer Stellung genommen als ich. Das beweist, wie unbedeutend seine Vorwürfe waren. Ein

Gesetz gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie muß schnellstens von der Regierung vorgelegt werden, damit die Freiheit der Arbeiter und der Arbeitgeber geschützt wird. (Weilfall rechts.)

Abg. Trimborn (3.): Der Vortredner meinte, die Paarung konservativen und liberalen Geistes habe zu schönen Resultaten geführt. Eine gesunde Mittelstandspolitik kann aber nur von den Konservativen und der Zentrumsparlei getrieben werden. (Widerstreich links.) Dem Terrorismus sozialdemokratischer Organisationen kann schon heute auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung entgegengetreten werden; dieser ist eine sehr scharfe Waffe. Das beste Mittel gegen den Terrorismus ist die Stärkung der nichtsozialdemokratischen, namentlich der christlichen Arbeiterorganisationen. Ich bin jedenfalls gespannt, darauf, was aus der Paarung konservativen und liberalen Geistes wird, wenn mit scharfen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie vorgegangen werden soll. (Heiterkeit.) Die Versorgung der kleinen Gewerbebetreibenden mit Maschinen und Werkzeugen könnte am besten auf genossenschaftlichem Wege erfolgen. Dringend wünschenswert ist eine Reform des Submissionswesens, man sollte namentlich bemüht sein, die Genossenschaften an der Vergabe von kommunalen und staatlichen Lieferungen zu beteiligen. Wir verlangen eine Enquete über die Lage der Ladeneinhaber. Es müssen Detaillistenkammern geschaffen werden, die den kleinen Kaufmannstand organisieren. Das Lehrplangewesen muß geregelt werden, eine Prüfungskommission für junge Kaufleute muß eingerichtet werden. Es fehlt uns in der Handels- und Gewerbeverwaltung an einem Programm. Ich habe den Mut gehabt, die Grundzüge eines solchen zu entwickeln. Die zweite Auflage werde ich Ihnen im nächsten Jahre geben. (Heiterkeit und Beifall im Zentrum.)

Minister Dr. Delbrück: Die Vortredner haben sich sehr viel auf dem Gebiete der haben Politik bewegt. Ob sich eine Partei zur Paarung und ein Dritter zur Befruchtung eignet (Heiterkeit), das gehört aber nicht in mein Ressort. (Heiterkeit.) Wo die Handwerkskammern einer Unterstützung bedürfen, erhalten sie dieselbe schon jetzt, wenn sie ihre Bedürftigkeit durch Vorlegung ihres Etats nachweisen. Die Förderung des Genossenschaftswesens ist speziell als eine Aufgabe der Handwerkskammern zu betrachten. Die Frage der Feststellung von bestimmten Unterscheidungsmerkmalen zwischen den Begriffen „Fabrik“ und „Handwerk“ ist außerordentlich schwierig zu lösen. Es wird abgelehnt werden müssen, wie weit es der Reichsgesetzgebung möglich sein wird, diese Begriffe anderweit festzusetzen. Ueber die Zahl der in Fabriken beschäftigten handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter ist eine Enquete veranlaßt worden, die noch nicht abgeschlossen ist. Von dem

Ergebnis dieser Enquete wird es abhängen, inwiefern dann Fabrikbetriebe auf Grund der von ihnen beschäftigten, handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter zu den Kosten der Handwerkskammern heranzuziehen sind. Für die Vergütung öffentlicher Arbeiten, soweit der Staat dabei in Frage kommt, sind neue Bestimmungen aufgestellt worden, die im wesentlichen die Zustimmung der Handwerker gefunden haben. Der Frage der Unterstützung von Genossenschaften werde ich stets meine Aufmerksamkeit widmen. (Beifall.)

Darauf wird die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Zur wirtschaftlichen Lage.

In unserem letzten Wochenbericht wiesen wir schon auf die ungünstige Situation auf dem Baumarkt hin. Die „Rhein.-Westf. Zig.“ schreibt nun:

Es ist eine Tatsache, die man nicht länger verschweigen kann, daß die Geschäftstätigkeit und die Unternehmungslust vor allem im Baugewerbe sehr rasch im Sinken ist infolge der hohen Bankrate. Die Verträge, die man von allen Seiten aus den Städten erhält, legen dar, daß die Neuanmeldungen von Häuserbauten erheblich im Rückgange begriffen sind. In allen modernen Kulturländern ist aber der Häuserbau das Entscheidende; Häuser verlangen Steine, Ziegel, Kalk, Zement, Träger, Balken, Fenster und Türen, Tische und Stühle, Glas und Platten, kurz ungefähr alles, was überhaupt produziert wird. Stodt der Häuserbau, wie es jetzt bei uns der Fall ist, dann stodt bald das ganze wirtschaftliche Leben.

Das Blatt macht für die ungünstige Situation lediglich den hohen Diskontsatz verantwortlich. Vor kurzem wurde aber schon berichtet, daß die Händler sich teilweise etwas hoch eingebekkt haben, in der Befürchtung, event. später nicht ankommen zu können. Die hohen Preise halten nun aber die Nachfrage zurück. Die Zurückhaltung wird noch verstärkt durch das Absinken der Eisenpreise auf den außerdeutschen Märkten. In alledem kommt noch, daß mit dem 1. April weitere Preissteigerungen in Kraft treten. Das sind Momente, die die Unternehmungslust mindestens ebenso stark beeinflussen wie der Bankdiskont.

Getreidepreise in Deutschland und im Auslande. Das letzt-erschienene Vierteljahrsheft zur „Statistik des Deutschen Reiches“ enthält eine Statistik der Roggen- und Weizenpreise an einer Anzahl deutscher und fremder Börseplätze im dritten Vierteljahr 1899—1900. Wir geben im nachstehenden die Zahlen des ersten und letzten Jahres der Periode für die wichtigsten Orte wieder. (Die angegebenen Preise verstehen sich für 1000 Kilogramm in Mark.)

	Roggen	Weizen
Berlin	146,2	155,6
Mannheim	157,8	168,8
Wien	125,1	114,0
Odesa	101,1	94,1
Paris	111,7	131,6
Amsterdam	117,3	115,3
London	119,3	119,3
Chicago	109,8	113,6
Buenos Aires	83,9	123,7

Diese Zahlen zeigen mit aller Wünschenswürdigkeit, daß Deutschland in bezug auf die Getreidepreise in der Tat den ersten Platz in der Welt einnimmt. Es hatte im dritten Quartal 1900 sowohl die höchsten Roggen- als auch (Mannheim) die höchsten Weizenpreise. Daß es sich mit den Fleischpreisen genau ebenso verhält, ist in den letzten Monaten durch eine Reihe vergleichender Statistiken zur Genüge dargelegt worden.

Es wird weiter gesteigert. Wie die „R. S. Zig.“ erfährt, werden in der nächsten Sitzung des Bezirks des Stahlverbandes die Preise für Träger- und Formeisen einer Erörterung unterzogen werden. Dabei ist angeregt worden, infolge der günstigen Lage des Marktes im Auslande, in diesem Zwecke eine kleine „Preisänderung“ eintreten zu lassen.

Wöhlig-Kordhörn. Die Generalversammlung der Wöhlig-Kordhörn genehmigte den Antrag betreffend Uebernahme des Kordhörn. Die Aktionäre des Steinbohlenbergwerks Kordhörn sollen für je 1200 M. ihrer Aktien nebst Dividendenscheinen für das Jahr 1907 und folgende eine neue über 1200 M. lautende für das Geschäftsjahr 1906/1907 zur Hälfte, von da ab voll dividendenberechtigten Aktie des Wöhlig und außerdem eine Vorzahlung von 200 Proz. aus dem Kennbetrage ihrer Aktien erhalten. Ferner wurde die Erhöhung des Aktienkapitals der Gesellschaft Wöhlig um 28 Millionen Mark durch Ausgabe von 23 008 auf den Inhaber lautender für das Geschäftsjahr 1906/1907 zur Hälfte, von da ab voll dividendenberechtigten Aktien, von denen 20 460 Stück über je 1200 M. und 2448 Stück über je 1000 M. lauten sollen, beschlossen.

Soziales.

Das Ende der Milchzentrale.

Aus ihr's mit der Milchzentrale! Schon längst durfte man von ihr sagen, daß sie nicht mehr leben und doch auch noch nicht sterben konnte. Jetzt soll sie aber endlich doch zum Sterben kommen.

Am Mittwoch haben die Genossenschaftler in einer außerordentlichen Generalversammlung die Auflösung der Milchzentrale beschlossen — und zwar einstimmig. Vom Vorstand wurde mitgeteilt, daß selbst nach der letzten, noch nicht durchgeführten Erhöhung der Geschäftsanteile auf 200 Mark die revidierte Bilanz zum 31. Januar 1907 noch eine Ueberforderung in Höhe von 174 000 Mark aufweise. Die Liquidation würde daher nach der gesetzlichen Vorschrift ohne weiteres zum Konkurs führen, wenn nicht vorher durch erneute Erhöhung der Geschäftsanteile und Haftsummen für budgemäßige Ausgleichung der Ueberforderung gesorgt werde. Der Vorstand beantragte demgemäß, zunächst die Geschäftsanteile und Haftsummen (die ursprünglich 1 Mark bezw. 10 Mark betragen haben) auf je 280 Mark zu erhöhen. Die Generalversammlung beschloß die beantragte Erhöhung der Geschäftsanteile und Haftsummen; gegen die Erhöhung erklärte sich eine Minderheit von nur 88 bezw. 31 Stimmen. Es wurde auch eine Kommission von drei Mitgliedern zur Revision der Geschäftsbücher eingesetzt. Der Auflösungsbeschuß soll statutenmäßig am 30. März wiederholt werden und damit zu einem endgültigen werden.

Nach durchaus unzutreffenden Behauptungen in der der Milchzentrale nahe stehenden Presse soll eine Gefahr des völligen Zusammenbruchs der Milchzentrale noch gar nicht vorliegen. Die Liquidation solle verhalten, daß infolge der bisherigen und der noch zu erwartenden Austritte von Mitgliedern aus der Milchzentrale eine Zusammenbruchgefahr erst entsteht! Es wird sich zeigen, ob nicht sogar trotz der nochmaligen Erhöhung der Geschäftsanteile und Haftsummen sich nicht wird vermeiden lassen, daß es zum Konkurs kommt. Sind denn die zahlreichen Untergenossenschaften und Kleinbauern überhaupt in der Lage, noch etwas in den unausföhrbaren Sumpf hineinzuworfen? Und wenn sie etwa dazu in der Lage sind, werden sie Lust dazu haben?

Der Versuch der Agrarier mit der Milchzentrale mißte scheitern, weil die agrarische Leitung von vornherein als völlig unfähig zur Wahrnehmung der Interessen der Bauern völlig gezeigt hat. Viele Kleinbauern sind, wie wir eingehend dargelegt haben, durch das Treiben der Leiter der Milchzentrale außerordentlich geschädigt. Außerordentlich zu bedauern ist, daß trotz des offensichtlichen Vorliegens des Konkursverfahrens die

Staatsanwaltschaft — wie es scheint befristet — abgelehnt hat, strafrechtlich einzuschreiten, weil der Leiter Ring verstorben und den übrigen zur Verantwortung gezogenen Personen, inwieweit sie ein vom Reichsgericht wiederholt als ungesetzlich bezeichnetes Verfahren eingeschlagen haben, das rechtswidrige Bewußtsein nicht nachzuweisen ist. Die Angelegenheit hätte eine öffentliche Klärung dringend erfordert. Wäre das Gericht der Ansicht der Staatsanwaltschaft über den Mangel des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit der Handlungen der Herren beigetreten, so wäre gegen eine Freisprechung nichts einzuwenden gewesen. Im Gegenteil, dann wäre dadurch die Unfähigkeit der Herren zur Beobachtung und Einhaltung der Gesetze nicht nur durch einen Bescheid der Staatsanwaltschaft, sondern auch durch ein Gerichts-urteil kargelegt. Auf die für den Mittelstand, insbesondere das Kleinbauernum ruinöse Wirkung dieser agrarischen Gründung behalten wir uns vor, nochmals einzugehen. Auch die Erhöhung der Hafsumme ist eine arge Schädigung der Bauern.

Die „Milchzentrale“ hat nicht nur zahlreichen wirklichen Bauern ungewollene sekundäre Nachteile gebracht. Sie ist auch ein Haupthindernis an der Versorgung Berlins mit guter Milch und an der Befriedigung der Milchproduktionsverhältnisse in der Provinz Brandenburg gewesen. Die „Milchzentrale“ ist ein dauerndes Monument für agrarische, der Allgemeinheit und dem arbeitenden Bauern gleich schädliche Mißwirtschaft.

Sieben Personen in der Privatwohnung als Versammlung?

Der sozialdemokratische Parteisekretär des Regierungsbezirks Merseburg, Genosse Drescher, hatte zum 17. Juni 1906 zu einer Versprechung 15 Personen in der Wohnräume des Verginbaliden Probst in Mansfeld geladen. Sieben Personen fanden sich ein. Es wurde das „Volksblatt“ ausgelegt und eine gedruckte Abkommens-Einladung. Zur Verlesung kam dann ein Auszug aus der Broschüre eines Pfarrers, der sich der Sozialdemokratie gegenüberstellte. Aus der Zeitung wurde ebenfalls vorgelesen, zu deren Abonnement auch mündlich aufgefordert worden sein soll. Das Landgericht Esleben, vor dem als Berufungsinstanz sich später Drescher und Probst wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes zu verantworten hatten, nahm das wenigstens als festgesetzt an. Ebenso erachtete es als festgesetzt, daß über die zukünftigen Wahlen gesprochen worden sei. Das Landgericht verurteilte die Angeklagten auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes, weil es sich, wenn von den 15 Geladenen auch nur sieben gekommen seien, um eine Versammlung handelte, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten diene und die der Polizei hätte angemeldet werden müssen, was nicht geschehen war. (Uebriens waren Polizeibeamte eingedrungen und hatten „die Versammlung“ aufgelöst.)

Das Kammergericht verwarf die von den Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Daß es sich um eine „Versammlung“ handelte, habe die Vorinstanz aus tatsächlichen Gründen bejaht. An die Feststellung, die ohne Rechtsirrtum erfolgte, sei der Senat gebunden. Und daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten und erörtert worden seien, wäre auch hinreichend festgestellt. Es genüge schon allein, daß über die zukünftigen Wahlen gesprochen sei. Das wären immer öffentliche Angelegenheiten. In dem bloßen Auslegen einer gedruckten Aufforderung zum Zeitungsabonnement sei allerdings keine „Erörterung“ zu sehen. Das habe das Landgericht auch nicht feststellen wollen. Ohne Rechtsirrtum habe es jedoch auch eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gefunden in dem Hinlegen in Verbindung mit dem Vorlesen aus der Zeitung unter Hervorhebung des Politischen und in Verbindung mit der mündlichen Abkommensauforderung.

Sind diese Ergebnisse der preussischen Rechtsprechung so zutreffend, wie wir sie für unzutreffend erachten, so mag man den erwachsenen preussischen Staatsbürger als ein Wunderexemplar ausstellen, der noch nicht gegen die so ausgelegten §§ 11 und 12 des Vereinsgesetzes gefehlt hat. Gibt es konervative und nationalliberale Beamte, Richter, Lehrer oder Offiziere, Mitglieder des Flottenvereins, des Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie usw., die über die Wahlen oder irgend ein anderes politisches Thema in Privatwohnungen, am Viertisch oder sonst „unangemeldet“ nicht gesprochen oder einem solchen politischen Gespräch nicht zugehört haben? Nach der von dem Kammergericht für richtig erachteten Auslegung müßte gegen sie alle strafrechtlich auf Grund des Vereinsgesetzes vorgegangen werden. Ein Gesetz, das solche Ergebnisse zeitigt, zeigt seine Unverträglichkeit mit den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Versammlungen.

Sechster Wahlkreis. Die Genossen der Schönhäuser Stadt hielten am Dienstag in den „Verolinasälen“ eine Bezirksversammlung des Wahlvereins ab, woselbst Genosse Stücken-Altenburg über den „Ausfall und die Lehren der letzten Reichstagswahl“ sprach. Redner führte u. a. aus, daß die Kandidatenbeibehaltung wohl allen Genossen ziemlich unerwartet gekommen sei. Nach dem meistens überaus starken Versammlungsbefuch während der ganzen Wahlkampagne zu urteilen, konnte man eher mit einer Stärkung als einer Schwächung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnen. Doch es habe sich gezeigt, daß es vorwiegend unsere eigenen Genossen gewesen sind, die sich an dem ständig guten Besuch der Versammlungen so rege beteiligten. Wenn nun auch manche Hoffnung getäuscht worden ist, so werde der Jubel der bürgerlichen Parteien über unsere Wahlschlappe doch bald wieder verstummen, denn die Werbestraft der sozialdemokratischen Ideen habe, wie unsere Stimmzunahme beweist, um nichts eingebüßt. Entschieden zu beurteilen sei es, daß einige Genossen, noch ehe sozusagen die Tinte der ersten Wahltelegramme trocken war, nichts Besseres zu tun wußten, als sich in einer wenig geschmackvollen Kritik an der Parteifakti zu ergöhen. Seiner Meinung nach habe „Dresden“ absolut keinen Einfluß auf den Wahlausfall ausgeübt. Auch dem sogenannten Abstoß der Intellektuellen könne er keine Bedeutung zumessen. An dem Vortrue, daß die Mitläufer von 1903 nicht genügend in sozialdemokratischem Geiste erzogen seien, möge ein Körnchen Wahrheit sein, doch müsse beachtet werden, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen eine proletarische Partei ist, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Dieser Umstand mache den zeitweiligen Abfall der Mitläufer erklärlich. Redner besprach dann eingehend die skrupellose Agitation der bürgerlichen Parteien, die mit amtlicher Unterstützung und unter Affizienz des Reichslügenverbandes in ihrem Hah gegen die Sozialdemokratie wohl so ziemlich alles außer Acht gelassen haben, was man als politischen Anstand bezeichnen müsse. Um der Sozialdemokratie auch jetzt noch das Wasser abzugraben, bringen die Gegner eine Reihe sozialpolitischer Anträge ein, die von der sozialdemokratischen Fraktion schon vor Jahren gestellt worden sind, damals aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden. Dieses Manöver der Gegner charakterisierte sich von vornherein als Spiegelfechterei. Was nun die Lehren des Wahlkampfes anbelange, so müßten die Genossen künftig die ganze Wucht der Agitation auf die Hauptwahlen legen, denn die Stichwahlen würden bei dem zu erwartenden Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie immer aussichtsloser für uns. Vor allem aber müsse sehr das Hauptaugenmerk auf den Ausbau der Organisationen gerichtet werden. Unsere Kraft steht in der geschulten Masse, nicht in der Zahl der Kandidaten, so nützlich und angenehm diese auch sein mögen. Die Voraussetzung künftiger Siege sei einzig und allein eine gute sozialdemokratische Organisation. (Lebhafter Beifall.) Von einer Diskussion nahm die Versammlung Abstand. Nach einem kurzen Rahmwort des Vorsitzenden Klauß, die Worte des Referenten zu beherzigen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Centralverband der Konditoren. Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Weganderstr. 270: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 28. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Romeo und Julia.
Kammer (Salle). Das Friedensfest. (Anfang 8 Uhr.)
König. Blige und Maria.
Weihen. Der Trompeter von Säckingen.
Vorung. Das Glöckchen des Eremiten.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Räuber.
Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Richters Theater). Die von Hochsattel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Berliner. Sherlock Holmes.
Zentral. Der Millardär.
Neues Schauspielhaus. Herzogs Hochzeit.
Kleines. Die Strafe.
Neues. La Robe Rouge.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzeihen?
Lustspielhaus. Hufarenfieber.
Deutsches. Amerikanisches. Der Sorgenbräutigam.
Thalia. Eine lustige Doppelheute.
Paisien. Der Hüttenbesitzer.
Trianon. Die Feste — meine Frau.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Dito Reuter.
Sprengeltheater.
Apollo. Bernhard Rüblich. Spezialitäten.
Kosmo. Ledige Leute. Spezialitäten.
Folies Caprice. Am Café de l'Espresso.
Ein Kabarettprogramm.
Wahalla. Spezialitäten.
Prater-Theater. Philippine Weller.
Figaro. Hochzeitssnacht. Ein Ideal.
Kataklysmen. Unterm Bett.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wahalla. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Skizzen Sängers.
Urania. Laudenstraße 18/19.
8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.
9 1/2 Uhr: Dr. B. Donath: Wechselstrom und Drehstrom.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.

Sherlock Holmes
Freitag, Sonnabend:
Der Hund von Baderville.

Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 28. Februar 1907:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.
Freitag Schauspiel **Josef Kainz**: Faust. 1. Teil. Anfang 7 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Auf allerhöchsten Befehl:
La Robe rouge.
Suzanne Després.
Freitag: Rosine. Suzanne Després.
Sonnabend: Gioconda.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kralle.
Freitag zum 173. Male: Ein Theater-Gott.
Sonnabend: Die Kralle.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtst. Abends 8 Uhr: Die Kralle.

Lortzing-Theater
Ballhausstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Das Glöckchen des Eremiten.
Abendments gültig!
Freitag: Der Mikado.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Hufarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette) 8 Uhr:
Der Millardär.
Freitag: Die Fledermaus.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwank in 3 Akten v. H. Henniquin und Pierre Bider.
Robert de Trévise: Mich. Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

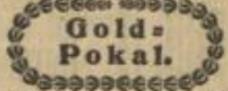
Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Narrenglanz.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Akten v. Hans Drenth und Hans Oswald.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.

Zirkus Busch

7 1/2 Uhr. Heute, Donnerstag, den 28. Februar 1907: 7 1/2 Uhr.
Das große Gala-Programm, sowie Rom
Großes Orig.-Manege-Schauspiel in 7 Bildern.
Morgen Freitag, den 1. März, und folgende Tage:
Große internationale Ringkampf-Sonderkonkurrenz
um die Siegesprämie von **10 000 Mark.**
Dem Sieger ferner als Ehrenpreis ein großer



gestiftet von der Sportredaktion der Zeitschrift: **„Das Deutsche Blatt“.**
Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Begas.
Bisher fest verpflichtet:
Padouny, Weltmeisterschaftsring, 1905/6 Paris und Petersburg.
Cazaux de la Bastide gen. le Terrible, Meistertringer von Bordeaux.
Redjeb Pengal, Erster Champion d. Türkei. (Gambier II) Belgien.
Jess. Pedersen, Dänemark, Weltmeistertringer, Paris 1903/4.
Cyaniewicz Zhyask, Weltmeisterschaftsring von Polen.
Fritz Müller, Süddeutschland.
Zippa, Nordamerika.
Kara Saff, Adrianopol.
Siegfried, Deutschland.
L. Vrancken, Champion von Südfrankreich.
Aimable de la Calmette, Champion von Südfrankreich.
Ferner stehen in Unterhandlung:
John Pohl-Ab, von Deutschland.
Kaukasus, von Deutschland.
Paul Albano, Schweiz.
Aimable jeune, Marseille.
Anglo, Martinique.
Jos. Smejkal, z. Z. erst. Meisterschaftsring von Böhmen.
Esson, Champion von Schottland.
Kasuma, Japan.
Nollet de Colincour, Gascogne.
Jaroslaw, Polen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuergezeiten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr Dr. B. Donath: Wechselstrom und Drehstrom.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Joseph.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Benefit für Herrn Fritz Kleidisch:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von George Dinet.
Morgen: Der Erbe von Baderville.
Sonnabend 4 Uhr: Schneewittchen.
Abends 8 Uhr: Der lange Reich.
Sonntag 3 Uhr: Der Erbe v. Baderville.
8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.



Letzte
Vorstellung
des
Februar-Programms.
Letztes Auftreten von
Otto Reutter.

Gebr. Herrfeld-Theater

Abng. Theater Robert.
8 Uhr: 11-2 Uhr:
57 Kommandantenstr. 57.
Die stürmisch bejubelte
Revität
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, 5 halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockell
und
Die letzte Ehre
mit H. und D. Herrnsfeld.

Wahalla-Variete Theater.
Weinbergsweg 19/20, Kolonnenstr.
Nur noch wenige Tage:
15 Die vorzüglichen Februar-Spezialitäten **15**
Anfang 8 Uhr.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale), Berlin)

Sonnabend, den 2. März 1907:
Gr. Berliner Maskenball
in den Gesamträumen von
L. Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29 (Inh.: H. Freyer).
Um 11,50 Uhr:
Demaskierung. — Gr. Pause.
Während derselben: Reigenstören, ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Rathes-Bundes „Solidarität“. — Im Tunnel, auf den Galerien und in den Wandelgängen: Hr. Berliner Kammel. Die Musik wird vom Park besetzten Doppel-Orchester ausgeführt.
Einlaßkarte 1/2 Mark.
Anfang 8,35 Uhr. Ende ??
Wir bitten, möglichst in origineller Maske zu erscheinen. Dem Fest entsprechende Kopfbedeckungen sind am Platze.
Billets sind in allen Bahnhöfen, bei den Komitteesmitgliedern sowie bei sämtlichen Vertrauenspersonen und mit Billets belegten Handlungen zu haben. — Da uns die gesamten Räume bei Freyer (vormals Keller) zur Verfügung stehen, erwarten wir rege Beteiligung.
Alle Freunde und Bekannte sind ergebenst eingeladen.
Der Vorstand: J. K.; Wilh. Cze. Bureau: Neue Königl. 7.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Franzfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Billets vorverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufsgeld von 10—1 Uhr und 6—9 Uhr an der Theaterkasse.
Sonnabend Benefiz für den Regisseur Hugo Hummel: Marianne, ein Weib aus dem Volke.



10 Uhr Täglich 10 Uhr
Bernhard Mörbitz
als Vauclain auf der Wanderlust.
Außerdem: Letztes Auftreten der Februar-Attraktionen.
Sonnabend, den 2. März: Zum erstenmal: **All den Hoca.**

Folies Caprice.
Anst. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10 000 Gulden Wittgift.
Glänzend neuer Solotitel:
Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Berthelm.

W. Noack Theater.
Direktion: Rob. Hill. Blumenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Zum 1. Male:
Hexen-Hans.
Schauspiel in 5 Akten von H. Herich.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag u. Sonnabend: Geschlossen.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders, Könige der Luft.
Grete Füllgraf,
jüngste Verwandlungskünstlerin.
Vom Witwenball.
Schwank.
Familientarife, wochentags zum halben Preispreis gültig, in Barbier-, Friseur- u. Bigarrengehäusen gratis.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Gastspiel **Bernhard Rose-Theater.**
Der Herr Stadtmusikus
und seine Kapelle.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten.
Staffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billets vorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Turm- u. Dönhofsplatz-Gebäude, sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.

Passage-Theater.

Heute Donnerstag, 28. Februar, zum 23. Male:
Mal was Anderes!
Gasse von Prop. Hg.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kottner.
Reiner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

8 Uhr: (Oper und Operette).
Gastspiel des Theaters des Westons.
„Cousin Bobby“.
Edmund Löwe a. G.
Sonntag 3 Uhr, halbe Preise:
Zar und Zimmermann.

Kasino-Theater

Rothfingerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Ledige Leute
und das beliebteste Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Prater-Theater

Kastanien-allee 7-9.
Heute abends 8 Uhr:
Der Weilschenfresser.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Morgen:
Die junge Garde.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68. Lindenstraße 69.
Ziele und Wege
Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen
Unter Mitarbeit von Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer und Clara Zetkin herausgegeben von
Adolf Braun
Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 3. März er., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus. Berliner Theater.
10./11. Abteilung: 8./4. Abteilung:
Wel' dem, der lügt. Baumeister Solneß.

MÄRZ-FEST

Sonnabend, den 16. März, Friedrichshain-Brauerei
(zehnjähriges Stiftungsfest seit der im März 1897 erfolgten Wiedereröffnung der „Freien Volksbühne“ nach der 1895 erfolgten Suspendierung durch die Generalversammlung).
Künstler-Konzert
ausgeführt von dem **Mozartsaal-Orchester** unter Leitung des Herrn Hofkapellmeisters **Paul Prill.**
Festrede und Rezitation.
Festmarken a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen bei vorheriger Bestellung zu haben.

22. Kunstabend im Rathaus
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Glück, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.
228/10 Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 28. d. Mtz.: Elite-Abend. Gala-Programm.
Richard Sawades Raubtiergruppe **St. Hubertus** Größtes Pracht-Manege-Schauspiel.
Morgen Freitag, den 1. März: Beginn der **Großen Internationalen Ringkampf-Konkurrenz** um **Goldenen Kranz von Berlin** und **10 000 Mark** in bar.
1. Preis 5000 Mark.
2. Preis 3000 „
3. Preis 1250 „
4. Preis 750 „
Bisher haben sich folgende namhafte Ringer gemeldet:

Ringkampf-Konkurrenz

um **Goldenen Kranz von Berlin** und **10 000 Mark** in bar.
1. Preis 5000 Mark.
2. Preis 3000 „
3. Preis 1250 „
4. Preis 750 „
Bisher haben sich folgende namhafte Ringer gemeldet:

- Jacob Koch, Deutschland, Weltmeisterschaftsringler von Europa 1904-1905
- Georg Oettinger, Meistertringer von Württemberg
- Clement le Boucher, Frankreich
- Schackmann, Deutschland
- Paul Bahn, Meistertringer von Bremen
- Milo, Italien
- Marinus van Niel, Amsterdam
- Le Colosse, Frankreich
- Holm, Lohmayer, Stettin
- Amalhou, Champion von Afrika
- Wenzel Krabs, Champion von Böhmen
- Chamjakin, Rußland
- Limousin, Frankreich
- Karaman, Champion der Türkei
- Omer de Bouillon, Champion v. Belgien
- Joss Hansen, Dänemark
- Urausjankowsky, Champion von Polen
- Laurent de Lyon, Frankreich
- Perous, Frankreich
- Albin Kutschko, Leipzig
- Pietro le Basque, Spanien
- Fritz Müller, Bayern
- Paul Moldt, Berlin
- Sabes, Frankreich
- Enrico Bouchioni, Italien
- Dirg van den Berg, Champion von Holland
- Eduard Ritzler, Württemberg
- Paul Pons, Weltmeistersringler von Frankreich
- Albert Sturm, Charlottenburg
- Axel Krook, Champion von Schweden
- Iwan Romanoff, Champion v. Rußland
- Bambulos, Champion von Westindien
- Halsmann, England
- Clement le Terrassier, Belgien
- Parigol, Spanien
- Victor Marchand, Frankreich

Weitere Meldungen stehen noch aus.
Die Teilnahme an der Konkurrenz steht jedem erstklassigen Ringer von Beruf frei.

Ausstellungen-Hallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN

Populäre Konzerte
unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten

DONNERSTAG, 28. Februar, 8 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:
EINÖDSHOFER
SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
MONTAG, den 1. April, 7 Uhr:
VICTOR HOLLÄNDER
Parkett 1 Mark
Parkettantenn. 2 Mk.
Balkon 2 Mk.
Stehplätze 50 Pf.
Billets bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse.
6011L*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679

Sonntag, den 3. März, vorm. von 9-1 Uhr

Ausführung des Beschlusses der General-Versammlung vom 24. Februar die Wahl der Angestellten unseres Bureaus

- in folgenden Lokalen statt:
- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
 - Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
 - Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
 - Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
 - Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
 - Wiemers Restaurant, Bulowstr. 58.
 - Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
 - Meisdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
 - Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
 - Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
 - Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
 - Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
 - Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
 - Hellwig in Köpenick, Schönerrinderstr. 5.
 - Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
 - Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmscheine werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Josef Hartmann, Engel-Ufer 15 I. 114/1 Die Ortsverwaltung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängerkorps.
Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant Bockbier-Fest.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Veeschkaufel.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sommt. Konz. Donnerst. Hoffmanns World. Sängerkorps.
Zwischenbesuch! Eine Verlobung zur Wiederkehrzeit. Operette in 1 Akt.
Sommt. 8, 5, 5, 5, 5, 5, 5, 5.
Nächsten Dienstag: Theaterabend.

Goltzstr. 9 Schöneberg, Goltzstr. 9
Gustav Behrens Theater
früher Schöneberger Wintergarten.



Eröffnung Sonnabend, 2. März mit einem erstklassigen Programm.

Sarg-Magazin
Albert Farchmin
NW., Stephanstr. 56, NW.
Großes Lager sämtlicher Sorten Särge zu den billigsten Preisen.
Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Achtung! Gast- u. Schankwirte Lichtenbergs! Achtung!

Freitag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Schwarzten Adlers in Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5/6:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Gast- und Schankwirte Lichtenbergs zu der am Orte bestehenden kommunalen Sonderbesteuerung des Gastwirtsberufes?
2. Diskussion. — Das Erscheinen jedes Gastwirts ist Ehrenpflicht.
Der Einberufer.
1792b

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Freitag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 7:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 4. Quart. 2. Kassensangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.
1783b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute Donnerstag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Ausgesperrten

in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114.
Heute Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags 1/2 3 Uhr:

Versammlung

der arbeitslosen Tischler, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, in den „Germaniasälen“, Chausseestr. 103:

Versammlung

der Bautischler Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Die weitere Stellungnahme der Bautischler zur Aussperrung.
2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission.
Die in Arbeit stehenden, wie die ausgesperrten Kollegen sind verpflichtet, an dieser Versammlung teil zu nehmen. Mitgliedsbuch legitimiert.
R. W.: Karl Reichel.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Die Versammlung findet umständehalber nicht am Donnerstag, den 28. Februar, sondern Donnerstag, den 7. März statt.
81/10

Zentralverein der Bildhauer

Verwaltung Berlin.
Dienstag, 5. März, abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Holzbildhauer-Versammlung.

Neuerst wichtige Tagesordnung, die das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig macht. Die Kollegen in Bildhauereien haben Arbeiten aus bestreikten oder ausgesperrten Betrieben unbedingt zurückzuweisen. Bei zweifelhafter Arbeit ist sofort im Bureau Meldung zu erstatten. Kollegen, welche anderweitig in Arbeit treten, dürfen dieses nur nach vorheriger Verständigung mit unterzeichneter Kommission.
Die Agitationskommission.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.
Freitag, den 1. März, abends 8 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Unsere Bewegung.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.
177/9

Erprobt und bewährt!
3863L*
Spiritus-Glühlicht-
Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwertung
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 99, gegenüber dem Central-Hotel.
Illustrierte Preisliste kostenlos!

Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.
Wegen Umzug: Zurückgesetzte Möbel bedeutend billiger.
Ab Mitte März: Vergrößerte Geschäftsräume:
Adalbertstraße 6, am Kottbuser Tor.

Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein guter Mann, unser treuer, sorgender Vater, der Schriftgießer **Fritz Siewert** infolge Schlaganfalles plötzlich verstorben ist. 1744b
Um stille Beileid bitten Die trauernde Witwe **Minna Siewert** nebst Kindern.
Rixdorf, Rühnenerstr. 45.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstr. 4, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Nachruf.
Am Sonnabend, 23. Februar, verschied der Rechtsmitt-Arbeiter **Hermann Vogt**.
Ehre seinem Andenken!
81/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
(Filiale Berlin.)
Am Montag verschied unser Mitglied **E. Freund**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhofe der Pius-Gemeinde in Bismarckstr. statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
177/10 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Genossen und Genossinnen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises, Bezirk 749, sowie dem Gesangsverein „Morgenrot“ meinen innigsten Dank. 1781b
Luise Steinkopf nebst Kindern.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich hiermit allen meinen besten Dank. 1787b
Wwe. Anna Wuttig.

Dankfagung.
Allen Teilnehmern für die zahlreiche Beteiligung und die Kräftigung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter, insbesondere dem Statistik-1906*, Statistik-Treff* und dem Frauenverein unseren herzlichsten Dank. 40512
Paul Klopsch nebst Kindern.
Dr. Simmel, Prinzen Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 3/3
10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4.

Maybachufer 3 1 Wohnung, 21 R. d. Peter, Hof I.
Lichtenrade 20 Pf. Tour! Einradfahrer 20 R. verkauft Eigentümer **Paris, Berlin, Graumstr. 27,** 6te Kleinstraße. Auch bei monatl. Raten von 40-50 R. 1786*

Inventur-Verkauf
Nur einmal jährlich!
Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin-Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unter-nirgends Filialen!
Sonderangebote

Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 525 750
Wollatlas 675 850
Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350
Wolldecken ganz dick 300 400
Reisedecken (engl.) 6, 8, 10 m.
Inventur-Extralistel gratis und u. Katalog mit ca. 600 illust. franko

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischler **Paul Goerke** moßhaft Schleißerstraße 25, Stadtteil 107b, W.-Bez. 908, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
242/19 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 28. d. M., verschied der Kollege **Paul Goerke** (Bezirk SO.) im Alter von 34 Jahren an der Lungenschwindsucht.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 4, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
195/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rummelsburg.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 26. Februar, verschied nach schwerem Leiden der Genosse **Hermann Panthen**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Kirchhofes aus statt. 8/2
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Hermann Panthen** am 26. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Kirchhofes, Neue Prinz Uferstraße, aus statt. 81/14
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Otto Tamaschke** (Werkstatt Glas Goldschmidt) am 24. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Buch aus statt.
Höfliche Beteiligung erwartet
156/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Karl Fuhrmann** am 25. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, den 28. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes, Weißensee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
81/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein braver Mann, unser treuer, sorgender Vater **Karl Manecke** nach kurzem schwerem Leiden im 56. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Um stille Beileid bitten die trauernde Witwe **Antonie Manecke** nebst Kindern **Alfred** und **Gustav**.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf, aus statt. 1796b

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Von A. Weibel. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalansteres. Dritte Auflage.

Im nächsten Jahre — 1908 — werden es hundert Jahre, daß Fouriers erstes Werk: „La Théorie des Mouvements et des destinées générales“ (Die Lehre von den vier Bewegungen und den allgemeinen Bestimmungen) erschien.

Was Fouriers Gedankenansführungen Dauer verleiht und den Leser immer aufs neue anregt, ist die scharfe Kritik, die er an der bürgerlichen Gesellschaft und all ihren Erscheinungen übte und die Ansätze, die sein Schorffinn für gar manche wichtige soziale Einrichtung in der Zukunft der Menschheit formulierte.

Frappierend ist auch seine Voraussage über den Charakter, den in verschiedenen Phasen gewisse Einrichtungen und Erscheinungen der Gesellschaft auftragen. So wenn er in der vierten Phase der Entwicklung der Zivilisation als Angelpunkt der Periode die industrielle Feudalität bezeichnet, und als ihr Gegengewicht die Monopolwirtschaft, und als Ton oder Stimmung der Periode Missionen über Assoziationen voraussieht. Diese von ihm charakterisierten Merkmale treffen sämtlich auf die gegenwärtige Entwicklungsperiode zu. Auch zeugt es von einem ganz besonderen Scharffinn, daß er die ganze Periode, die er die der Zivilisation nennt, mit einem Feudalismus beginnen läßt, was zu seiner Zeit schon historisch festlag, aber auch mit einem Feudalismus, dem Industriefeudalismus, endigen läßt, für den zu seiner Zeit noch keine Spur vorhanden war.

Was an entwicklungsfähigen Gedanken im Fourierismus enthalten ist, hat der moderne wissenschaftliche Sozialismus in sich aufgenommen. Und das ist nicht wenig. Hier wird in Zukunft Leben erhalten, was bisher nur Theorie blieb.

Totenliste. Am Montag starb in der Provinzial-Ferienanstalt zu Rybnik in Oberschlesien der Genosse Dr. August Winter. Zweieinhalb Jahre hat der Unglückliche, der von unheilbarer Geisteskrankheit und Rückenmarksleiden befallen war, in jener Anstalt verbracht, bis ihn jetzt der Tod erlöst hat.

Einem Nachruf der Breslauer „Volkswacht“, der der Verstorbene im Leben sehr nahe gestanden hat, entnehmen wir:

„Die sozialdemokratische Partei beklagt in August Winters Heimgang den Verlust eines ihrer edelsten, tüchtigsten und aufopferungsvollsten Kämpfer. Von Jugend auf hing Winter den Ideen des Sozialismus an, dank einem Vater, der, obwohl einfacher Bauer, doch sehr unterrichtet war und die sozialistischen Ideen gut kannte. Winter wollte Mathematiker werden, wegen der Ausschließlichkeit dieses Berufes aber wählte er dann Philologie, besonders das Studium der alten Sprache. In Breslau gehörte er auch zu den eifrigsten Schülern Professor Sombaris. Er lebte mehrere Jahre als Hauslehrer auf größeren Gütern in den Provinzen Polen und Schlesien und benutzte seine freie Zeit mit eisernem Fleiß zu wirtschaftlichen, besonders agrarwirtschaftlichen Studien. Winter hatte sich mittlerweile der sozialdemokratischen Partei in Breslau angeschlossen. Aus der Zeit seiner Hauslehrerschaft auf einem mittelschlesischen Gute stammen denn auch seine hochinteressanten „Erlöse vom Lande“ in den Jahrgängen 1895 bzw. 1896 der „Volkswacht“, deren sich unsere alten Leser getreu noch erinnern. Auch sonst war und blieb Dr. Winter ein fleißiger und hochgeschätzter, zugleich aber auch sehr unheimlich harter Mitarbeiter unseres Blattes. Damals, in der Zeit schwerster Verfolgungen der „Volkswacht“, bei sehr geringer Zahl an Abonnenten, war es oft unmöglich, den Mitarbeitern nennenswertes oder überhaupt Honorar zu zahlen, ein Umstand, der den armen Hauslehrer nie geblüht hat, seine Feder in den Dienst des Parteiblattes zu stellen.“

Im Winter 1897 ging Winter nach Oberschlesien, um dort der Parteipresse über die ganz eigenen, fast ganz unbekanntem Verhältnisse des Industriebezirks an der russischen und österreichischen Grenze zu berichten. ... Die „Volkswacht“ schreibt darüber:

„Zunächst gab er eine größere Anzahl eingehender, auch heute noch sehr lesenswerter Schilderungen der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geschichtlichen Verhältnisse Oberschlesiens. Dann aber ging er zur positiven Tätigkeit für unsere Sache ... über, versuchte die armen Bedrückten zu gewinnen für den Sozialismus, für die Partei wie für die gewerkschaftliche Organisation. Seine Arbeit wurde aberwiegend reich gelohnt. Während 1898 in den sämtlichen ober-schlesischen Wahlkreisen etwa 5000 sozialdemokratischen Stimmen abgegeben wurden, stieg diese Zahl 1898 nach reichlich einjähriger Tätigkeit Winters auf rund 25 000. Am 1. November 1898 übernahm Winter das ober-schlesische Arbeitersekretariat. ... Unter Winters Führung belam nun dies Arbeitersekretariat eine für Oberschlesien gewaltige Entwicklung dergestalt, daß die Frequenz im Jahre 1901 auf mehr wie 10 000 Besucher anstieg war. Diese riesenleistung bewältigte Dr. Winter ganz allein und nicht nur das, er arbeitete mit gleicher Energie für die gewerkschaftliche Organisation wie für die sozialdemokratische Partei. Die ganze Größe seiner Leistungen kann nur der beurteilen, der die unsäglich schwierigen Verhältnisse des ober-schlesischen Industriebezirks kennt. ... Diese Arbeit muß nicht nur nach ihrem gewaltigen Umfang beurteilt werden, sondern auch nach den Umständen, unter welchen sie geleistet wurde. Nicht nur muß anerkannt werden der eiserne Fleiß und der nimmer ermüdbende Eifer, sondern auch die Aufopferung, der frühe Verzicht auf alle Lebensannehmlichkeiten, die der hochgebildete Mann auf sich nahm, indem er in Oberschlesien, fern von allem anregenden, geistigen und geselligen Verkehr, gleich einem Ausgestoßenen lebte. Denn vor dem III. Sozialdemokraten sah jeder Gebildete hier wie vor einem Ausgestoßenen. Nur die Polizei widmete ihm und seiner Tätigkeit unausgesetzte Aufmerksamkeit, die sich in immer wiederholten Verfolgungen ausdrückte.“

Um den Genossen Bruhns von der „Volkswacht“ vor Zeugniszwanghaft zu schützen, hat Winter damals sich selbst als Verfasser eines die Deutschen Justiz kritisierenden Artikels bekannt; er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Nachruf der „Volkswacht“ schließt:

„Zu den Schwierigkeiten, die der Tätigkeit Winters erwuchsen, zählten auch die unerquidlichen Streitigkeiten mit den polnischen Genossen, in die Winter bald geriet. Diese Streitigkeiten haben nicht wenig beigetragen zu der schnelleren Entwicklung seines Leidens. Besonders schwer getroffen aber wurde Winter durch den Wahlanfall 1903. Er hatte sich auf ein weiteres gewaltiges Steigen der sozialdemokratischen Stimmen im Industriebezirk, ja auf einen Sieg in seinem Wahlkreise Deutsch-Lamowitz gerechnet. Und er hätte sich nicht getraut, wenn nicht ein neues Moment in das politische Leben Oberschlesiens getreten wäre; die national-polnische Bewegung, die 1903 im Entstehen begriffen, die sozialdemokratischen Stimmen zunächst zum Stillstand brachte, in dem nächsten Jahre aber die Dämme überflutend, die sozialdemokratische Bewegung unüberwindlich

zurückdrängte. Für Winter, der schon schwer krank und völlig überarbeitet war, bedeutete dieser Schlag mehr wie eine vorübergehende Enttäuschung, er ließ ihn vielmehr an sich und seiner Lebensarbeit verzweifeln. Er sah seinen körperlichen und geistigen Ruin nahen, und um dem zu entgehen, legte er nach fast neunjähriger ungeheurer Tätigkeit seinen Posten nieder, um in Stettin als Redakteur des dortigen Parteiblattes einen neuen Posten in der Bewegung zu übernehmen. Aber es war schon zu spät, er brach kurz nach dem Antritt der neuen Stellung zusammen, erholte sich zwar vorübergehend wieder, fiel aber nach Ablauf eines weiteren Jahres unrettbar in die Arme schwerer, unheilbarer Geisteskrankheit, von der ihn jetzt der Tod befreite.“

Mit August Winter ist in Wahrheit ein Pionier unserer Sache dahingegangen, einer jener treuen, bescheidenen, aber wunderbar zähen und tapferen Männer, die unter unsäglichem Entbehren der Bewegung die Wege bahnen, „Kobearbeit im Urwald“ leisten, wie Winter selbst treffend von der agitatorischen Arbeit in Oberschlesien sagte.“

Von den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den 8. hannoverschen Wahlkreis (Stadt Hannover) hat im Jahre 1906 einen riesenhaften Aufschwung zu verzeichnen. Bei Beginn des Jahres 1906 betrug die Mitgliederzahl 4173. Im Laufe des Jahres sind neu eingetreten: 8126, zugereist sind 155 Mitglieder. Der Abgang beträgt 1236, so daß am Jahresabschluss 11 218 Mitglieder vorhanden sind. Bei der Abrechnung, die Genosse Gerich dem Mannheimer Parteitage vorlegte, stand die Hansestadt Hamburg mit 21,8 Prozent der Organisierten im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen bei der Wahl von 1903 obenan. Gegenüber der Wahl von 1903 beträgt der Prozentatz im 8. hannoverschen Wahlkreise dagegen nur 38 Prozent der für unsere Partei abgegebenen Stimmen. Legt man die letzten Wahlen, bei der Hannover eine Stimmzunahme von rund 7000 zu verzeichnen hatte, zugrunde, so beträgt die Zahl der Organisierten zur Zahl der abgegebenen Stimmen immer noch 31 Prozent.

In demselben Maße wie die Mitgliederzahlen haben sich auch die finanziellen Verhältnisse günstig entwickelt. Der Beitrag beträgt monatlich 90 Pf. Die Einnahmen stellen sich wie folgt:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: Kassenbestand, Eintrittsgeld, Mitgliederbeiträge, Auf Listen zur Nachwahl 1906, Auf Listen und freiwillige Beiträge zur Wahl 1907, Sonstige Einnahmen, Gesamteinnahmen, Ausgaben für Reichstagswahlkosten 1907, Prozente an den Parteivorstand, Beförderer Beitrag an den Parteivorstand, An den Provinzialvorstand, Für die Wahl in der Provinz, Für den Preßfonds, Agitation im Kreise, Bildungszwecke, Verwaltungsmaterial, Verwaltungskosten, Porto und Sonstiges, Summa.

so daß das neue Geschäftsjahr mit einem Kassenbestand von 931 Pf. beginnt.

Diese Abrechnung zeugt von großer Opferfreudigkeit der hannoverschen Genossen und kann anderen Orten zur Nachahmung empfohlen werden.

Der Anarchist Dr. Maier, der unlängst in Stuttgart durch Selbstmord geendet hat, sollte nach der „gutunterrichteten“ „Freisinnigen Zeitung“ in München 1876 zum sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gewählt worden sein. München war in jener Zeit durch Freiherren v. Stauffenberg und Pfarrer Westermayer vertreten. Dr. Maier war Kameraloberwarter in München auf der AB und hatte sich in dieser Stellung der Sozialdemokratie, allerdings nicht öffentlich, angeschlossen. Während des Sozialistengesetzes diente er der Partei mit Mut und Aufopferung. Da er ein Eigenbrötler und etwas unflarer Kopf war, geriet er später zum Anarchismus. Seine Propaganda für diese Richtung hatte keine Erfolge aufzuweisen.

Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag. Bei der Beratung der neuen Militärorganisation im Nationalrat in der letzten Dezembersession haben die beiden Arbeitervertreter Dr. Bräulein und Scherrer eine Taktik beobachtet, die mit dem Parteitagbeschlüssen nicht in Uebereinstimmung steht und wobei es sich in der Hauptsache um das Militäraufgebot bei Streiks handelt. Dr. Bräulein hat seine Haltung in einer Versammlung seiner Baselwähler zu rechtfertigen versucht und nun stellen die drei sozialdemokratischen Mitgliedschaften in Auserst-Zürich folgenden Antrag an den Parteitag:

„Die von den Genossen Dr. Bräulein und Heinrich Scherrer anlässlich der Beratung der Militärorganisation im Nationalrat eingenommene Stellung, sowie des ersten Antrag wird vom Parteitag der schweizerischen sozialdemokratischen Partei mißbilligt, weil in direktem Widerspruch stehend mit dem im Februar 1906 auf dem außerordentlichen Parteitag in Olten gefassten Beschlüssen. Der Parteitag bedauert, daß sich die beiden Vertreter zum Widerspruch der organisierten Arbeiterschaft verhalten, deren prinzipiellen Boden zu verlassen und verlangt, daß sie fortan konsequent auf die Forderungen unserer Partei hinwirken, ansonst sie ausgeschlossen, Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Nationalrate zu sein.“ Das ist sehr scharf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafskonto der Presse. Wegen Verleumdung eines Lehrers wurde Genosse Dussel vom „Stettiner Volksboten“ vom Schöffengericht in Stettin zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um die Kritik der Verpöhlungen eines Schulknaben.

Aus der Frauenbewegung.

Erklärung.

Die am Sonntag, den 24. Februar im „Vorwärts“ veröffentlichte Notiz der Genossin Vaader als Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die Beteiligung an der „Ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ betreffend, veranlaßt mich zu folgender kurzen Darlegung:

Genossin Vaader wendet sich in der Notiz scharf gegen jedwede, auch rein persönliche Beteiligung sozialdemokratischer Frauen an dieser für den 1. und 2. März von bürgerlicher Seite angekündigten Konferenz, und sie begründet diesen Standpunkt mit „den seit Jahren bestehenden und befolgten Beschlüssen, dahinlautend, daß Parteigenossinnen an dergleichen bürgerlichen Veranstaltungen sich weder als Vertreterinnen der Genossinnen oder Organisationen, noch als Einzelpersonen aktiv beteiligen.“

Derartige seit Jahren bestehende Beschlüsse, die sich etwa auch auf die rein persönliche Anteilnahme einzelner Genossinnen und Genossinnen an jeder beliebigen „bürgerlichen“ Veranstaltung beziehen könnten, sind mir absolut nicht bekannt. Sollten sie dennoch wirklich irgendwo existieren, so sind sie jedenfalls in der Partei keineswegs, wie Genossin Vaader meint, auch seit Jahren befolgt worden. Zum Beweise dafür brauche ich ja nur auf den von

Bürgerlichen und Sozialdemokraten zugleich beschieden Züricher Kongreß für Arbeiterjahre zu verweisen, ebenso auf den Wohnungs-kongreß, der vor einigen Jahren in Frankfurt a. M. tagte. Daß übrigens auch sehr maßgebende Parteigenossinnen augenscheinlich durchaus nichts von irgendwelchen derartigen Beschlüssen wissen, erhellt zur Genüge aus der im „Vorwärts“ vor einigen Tagen veröffentlichten Erklärung unserer Reichstagsfraktion, die zwar als solche die Teilnahme an der fraglichen Konferenz ablehnt, es aber ausdrücklich ihren Mitgliedern freiließt, sich persönlich an den Verhandlungen und Diskussionen auch aktiv zu beteiligen, d. h. den sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den dort aufgestellten Fragen vor der Öffentlichkeit zu entwickeln.

Die Stellungnahme der Genossin Vaader setzt sich in einem so scharffen und unerklärlichen Widerspruch mit jener Erklärung der Reichstagsfraktion, daß sie schon deshalb allein keinesfalls für alle Parteigenossinnen als bindend betrachtet werden kann. Besonders muß ich es jedenfalls aus den angeführten Gründen ablehnen, die Auffassung der Genossin Vaader als für mich verpflichtend anzusehen.

Aber auch rein sachlich erscheint es mir wenig genug, bei dieser Gelegenheit einmal darauf hinzuweisen, daß die grundsätzliche Zurückweisung jeder sozialdemokratischen Beteiligung an bürgerlichen sozialen Veranstaltungen den Anschauungen eines gewiß ziemlich erheblichen Kreises von Parteigenossinnen ganz und gar nicht entspricht.

Zunächst kann es sich bei der Frage der Beteiligung einzelner Genossinnen gar nicht um die rein politische Stellungnahme der Veranstalter handeln; es kann sich in unserem Falle z. B. nicht darum handeln, daß — wie Genossin Vaader hervorhebt, — mehrere der Leiterinnen der „liberalen Frauenpartei“ gegründet haben, deren Programm einer sozialpolitisch freien Stellungnahme übrigens gar nicht widerspricht. Für uns muß es vielmehr einzig in Frage kommen, ob die Veranstalter der Konferenz in ihrer Mehrheit sozialpolitisch erst zu nehmende Persönlichkeiten sind, ob ihre Stimmen in der Öffentlichkeit Klang und Gewicht haben. Ist dem so — und gerade in diesem Falle ist unter den Leitern und Rednern des Kongresses eine ganze Reihe von Männern und Frauen, die sich durch ihre bisherige öffentliche Tätigkeit den vollen Anspruch der Schätzung auch von sozialdemokratischer Seite erworben haben — so liegt meines Erachtens ganz und gar kein vernünftiger Grund gegen eine öffentliche Diskussion von Parteigenossen mit ihnen vor.

Dieser Standpunkt wie überhaupt ein praktisch weniger ablehnendes Verhalten in bezug auf öffentliche Diskussionen steht sich absolut noch nicht in Widerspruch mit der unzweifelhaft richtigen Auffassung, daß alle Versuche von bürgerlicher Seite, Fragen der Arbeiterorganisation zu behandeln oder gar solche Organisationen unter bürgerlicher Führung selbst ins Leben zu rufen, der Ausbreitung des sozialistischen Gedankens in der Arbeiterschaft stets feindlich gegenüberstehen, daß sie — seitens der oft untereinander sehr verschieden denkenden Veranstalter allerdings mehr oder weniger bewußt — geschaffen sind, um dem Klassenkampf des Proletariats den Boden abzugraben, und daß alle solchen Versuche in ihrer Gesamtheit von uns demzufolge als gegenwärtige Aktionen zu betrachten sind. Indessen, auch daraus geht noch lange nicht hervor, daß es eine richtige oder vernünftige Taktik wäre, solchen Aktionen gegenüber einfach die Hände in den Schoß zu legen und in den sozialdemokratischen Organen durch ablehnende Erklärungen unsere abweichenden Anschauungen zur Geltung zu bringen. Ganz im Gegenteil.

Unsere Zeitungen und Zeitschriften werden in bürgerlichen Kreisen nur von einem verschwindend kleinen Teil auch der sozialfortschrittlicher Denkenden gelesen; sie dringen aber auch innerhalb der Arbeiterschaft hauptsächlich nur in diejenigen Schichten, die bereits grundsätzlich für uns gewonnen sind, für die es sich also erübrigt, gegenwärtige Organisationsversuche oder soziale Harmoniebestrebungen mit wichtigen Argumentationen zu bekämpfen. Das Feld für solche Versuche und Bestrebungen ist aber nicht die aufgeklärte, sondern die indifferente, politisch bisher ganz neutrale Schicht von Arbeitern und Arbeiterinnen. Ebenso wie das Publikum für die Verbreitung bürgerlich-sozialer Harmonieideen jene an Zahl wie an wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung durchaus nicht gleichgültige Mittelschicht darstellt, die — wie man oft genug betont hat — ihrem Standesbewußtsein nach zwar zur Bourgeoisie, ihrer Klassenlage nach aber sehr viel mehr zum Proletariat gehört und deshalb absolut nicht von vornherein für den proletarischen Klassenkampfgedanken und die proletarische Auffassung der Arbeiterfrage ungewinnbar wäre. — An die gegenwärtig noch indifferente Arbeitermasse einerseits — und dazu gehören, wie wir alle wissen, in äußerst starkem Prozentsatz gerade die proletarischen Frauen —, an jene politisch und sozial meist noch sehr unangeklärten Mittelschichten andererseits auf jedem nur denkbaren Wege mit unseren Anschauungen heranzukommen, sie in sozialistischem Sinne zu beeinflussen, ihnen die Halbheit und Unfruchtbarkeit rein bürgerlich sozialer Bestrebungen in jedem Einzelfall deutlich vor Augen zu führen: das erscheint als eines der notwendigsten Ziele jeder weitblickenden sozialistischen Agitation. Fraglos können wir diese Ziele um einige Schritte näher rücken durch möglichst scharfe Darlegung unserer Anschauungen vor einem öffentlichen Forum, wie es uns solche Kongresse in ganz vorzüglicher Weise bieten, nicht allein durch die Sitzungen und Verhandlungen selbst, sondern durch die starke Verbreitung der Diskussionsergebnisse in der gesamten bürgerlich politischen und neutralen Presse. Genau so zweckmäßig und wertvoll die sozialdemokratische Parlamentsdebatte für die Beeinflussung der Öffentlichkeit, genau so, wie es kein sozialdemokratischer Reichstagsredner für unbedingt verlorene Zeit und Mühe hält, vor sicherlich unbeeinflussbaren parlamentarischen Gegnern seine Reden zum Fenster hinaus zu halten — genau so gut spricht man auch in demartigen Kongressen nicht für die allerdings ungewinnbaren Veranstalter und Leiter der Sache, sondern für das engere und weitere Hörpublikum.

Dabei ist keinesfalls irgend etwas zu verlieren — von den Sozialdemokraten, die bürgerlich sozialen Veranstaltungen beigegeben haben, hat sich bisher noch niemand auch nur ein einziger durch die gegenwärtigen Vorträge vom Sozialismus abgewandt. Sehr wohl indessen ist gerade in solchem öffentlichen Redekampf in manchem empfänglichen Kopf der erste Funke des sozialistischen Gedankens entzündet worden, und Hunderte und Tausende von denen, die überhaupt etwas lernen wollen, können dadurch im konkreteren Fall begreifen lernen, ob und weshalb die Sozialdemokratie sich bürgerlichen Bestrebungen gegenüber immer „negierend“ verhält. Vielleicht wären wir schon heute in mancher Hinsicht agitatorisch weiter, vielleicht hätten wir kräftiger und neutraler Harmonieorganisationen, wie speziell für die Arbeiterinnenbewegung, z. B. den christlichen Heimarbeiterrinnenvereinen, schon in ihrer ersten Entwicklung wirksamer entgegengegearbeitet, wenn wir weniger die Taktik der Ablehnung und des ruhigen Zusehens geübt und häufiger den Versuch gemacht hätten, eine starke Aufklärungsarbeit im Sinne des Sozialismus auch überall als Gegenaktion gegen bürgerliche Propagandaveruche zu entfalten. Sind wir doch alle überzeugt, daß die geschichtliche Notwendigkeit, die wir in dem Gedanken des Sozialismus verfolgen, sich schließlich allen bürgerlichen Vermittlungs- und Harmonieveruchen gegenüber siegreich erweisen muß. Wallh Zepfer.

Genossin Zepfer beendete mit ihren Darlegungen einen Optimismus über die Wirksamkeit der 10 Minutenreden, die Sozialistinnen bei dieser Veranstaltung los werden können, den wir durchaus nicht teilen. Sie möge übrigens nur mal die sogenannten unparteiischen Blätter und die Anstaltspresse darauf ansehen, wie diese Organe über solche Veranstaltungen berichten und das Abschneiden der Sozialisten kommentieren. Vollständig verfehlt ist der Hinweis auf frühere Vorgänge. Gerade die selbstgeschlagenen Versuche, durch Beteiligung an bürgerlichen Veranstaltungen die Sozialpolitik wirksam zu betreiben.

Begründen und rechtfertigen die ablehnende Haltung. Was bei solchen Zusammenarbeiten herauskommt, darüber berichtet Genosse Leimpeters in der vorletzten Nummer der „Neuen Zeit“ „Verräter der Christlichen Gewerkschaften.“ Leimpeters hat als Angestellter des Bergarbeiterverbandes das Zusammenarbeiten mit den Christen praktisch jahrelang erprobt und kommt nun zu dem Resultat, daß sogar das Zusammengehen bei wirtschaftlichen Kämpfen schädlich sei für die Arbeiterschaft. Durch die Beteiligung von Sozialisten an bürgerlichen Veranstaltungen bekommen diese erst ein Relief, eine Bedeutung, die für die Veranlässer agitatorisch wirkt. Zum Schluß sei noch eine kleine persönliche Note erlaubt: Wie sind der Ansicht, Genossin Jeyler hätte der Bewegung viel mehr gebient, wenn sie den Raum, den sie für ihre Erklärung benutzte, mit einem belehrenden Artikel gefüllt hätte.

Von anderer Seite wird uns noch geschrieben: Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands und die Vertrauenspersonen Berlins haben bereits erklärt und erklären nochmals, daß für unsere Genossinnen von einer Beteiligung an der von bürgerlichen Frauennorganisationen einberufenen Konferenz nicht die Rede sein kann. Wirkliche Parteigenossen und Genossinnen müssen sich ja schon durch den Titel dieser Konferenz abgeköhnt und abgewiesen fühlen, denn es heißt doch die gesamte Tätigkeit sowohl der sozialdemokratischen Partei als insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiterinnenorganisation für nichts erklären, wenn diese bürgerlichen Frauen sich erlauben, diese Konferenz als die „erste“ deutsche zur Förderung der Arbeiterinneninteressen zu bezeichnen. Bereits 1900 in Mainz, 1902 in München, 1904 in Bremen, 1906 in Mannheim hielten die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands Konferenzen ab, die sich ausschließlich mit den Interessen der Arbeiterinnen beschäftigten und Petitionen an den Reichstag richteten, die einzig und allein von der sozialdemokratischen Partei wirksam unterstützt wurden, indem diese die Forderungen der Arbeiterinnen als Anträge einbrachte.

Die Anfang März stattfindende bürgerliche Konferenz kann also nur Leute, die nicht wissen, was auf diesem Gebiete geschehen ist oder es nicht wissen wollen, durch ihren Titel über den unmaßvollen Sachverhalt täuschen. Es ist auch unklar, wie Genossin Bild Braun in der neuesten Nummer der „Neuen Gesellschaft“ behauptet, die Einberufer dieser bürgerlichen Konferenz hätten sich an die sozialdemokratische Frauennorganisation wegen Beteiligung gewendet, bevor das vorbereitende Komitee dieser Konferenz gebildet worden sei. Weder das Komitee noch der Ausschuss dieser Konferenz haben sich um Mitarbeit an die sozialdemokratische Frauennorganisation gewendet, diese erhielt nur durch die Zeitung Kenntnis von der Einberufung des Kongresses.

Unrichtig ist ferner, wenn Genossin Braun behauptet, die sozialdemokratischen Arbeiterinnenorganisationen ebensoviel wie die freien Gewerkschaften hätten sich an der Konferenz beteiligen müssen, da ja auch „unsere Abgeordneten im Reichstag gemeinsam mit unseren Gegnern Gesetzesvorlagen beraten“. Dieser Vergleich ist durchaus unzutreffend. Im Reichstage sind die politischen Parteien nicht miteinander, sondern gegeneinander tätig. Jede Partei sucht ihre Interessen, ihre Anschauungen durch Überwindung der gegnerischen zur Geltung zu bringen. Wir schließen uns vollständig den Anschauungen an, die Genosse Legien als Vorsitzender der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften schon vor fünf Jahren zum Ausdruck brachte.

Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Juni 1902 erklärte Legien, als von Tischendorf verlangt wurde, die Gewerkschaften sollten sich an einem von bürgerlichen Sozialreformern einberufenen Arbeiterschuttkongress beteiligen: „Wir Arbeiter wissen selbst, was auf dem Gebiet der Arbeiterschuttschgebung gemacht werden muß. (Sehr wahr!) Wollen wir bürgerliche Politiker bei der Durchführung helfen, so sind sie uns willkommen, aber hinterher laufen wir ihnen nicht. — — Mögen doch die bürgerlichen Politiker an unseren Kongressen teilnehmen! Mögen sie doch versuchen, unsere Forderungen zur Durchführung zu bringen! Nein, wir deutschen Arbeiter brauchen keinen Vormund mehr, wir wissen, was wir zu fordern haben, und das vertreten wir selbst. (Bravos!) ... Wir wissen, was wir zu tun haben. Wir gehen den Weg der modernen Arbeiterbewegung, und wer uns von diesem Wege abbringen will, den weisen wir rüchlos von uns.“

Kongresse der Gegner zur Agitation für unsere Ideen zu benutzen, ist ebenso unerschwerlich wie unzulässig. Diskutieren kann man nur mit denjenigen, die auf gemeinsamem grundsätzlichem Boden stehen. Und ganz besonders bei der Arbeiterinnenbewegung ist es eben dieser Boden, der Boden des Klassenkampfes, der durch eine ganze Welt von dem der bürgerlichen Frauenbewegung, dem der heutigen Wirtschaftsendung getrennt ist. Mögen auch zum Teil die Forderungen, die heute von bürgerlicher Seite gestellt werden, dieselben sein wie die unsrigen — und in Wirklichkeit sind sie ja auch nur abgeschrieben von unseren seit Jahrzehnten im Reichstag von der Partei zum Ausdruck gebrachten Forderungen —, für die Arbeiterinnen handelt es sich nicht darum, daß wohlmeinende Leute einige Forderungen stellen, sondern vor allem darum, Mittel und Wege zu finden, um diese Forderungen zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Hinter der bürgerlichen Frauenbewegung steht keine einzige politische Partei, die den Achtstundentag sowie alle anderen notwendigen Forderungen der Arbeiterinnen vertritt. Hinter der Klassenbewussten Organisation der Arbeiterinnen aber steht die Sozialdemokratie, und gerade jetzt, wo die Wahlen gezeitigt haben, wie gegenüber der Arbeiterklasse die gesamten bürgerlichen Parteien nur eine reaktionäre Masse bilden, müssen wir es ablehnen, gemeinsame Sache zu machen mit den Schülern unserer Gegner. Wer ihr Willkürer sein will, den hindern wir nicht, — aber wir danken dafür, daß wir mit ihm mitlaufen sollen.

Verfammlungen.

Im dritten Wahlkreis fand eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Gib-Hotel“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Genossen Kesten, Happe und Hünge in der üblichen Weise.

Genosse Eichhorn-Borsheim nahm dann das Wort zu einem Vortrag über „Die Lehren der Reichstagswahl“: Was bittere Enttäuschungen brachte uns die letzte Wahl, die um so schwerer zu tragen waren, als wir uns mit dem Gedanken vertraut gemacht hatten, von Sieg zu Sieg schreiten zu können. Am schmerzhaftesten wurde der Abgang von Stimmen in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen empfunden. Wir haben uns getäuscht über die politische Reife des Volkes, über den Fortschritt der intellektuellen Entwicklung in den breiten Volksschichten. Der Redner zieht Vergleiche mit der Wahl von 1887. Man hat denselben Schwund in eigene Gesetze wie damals und hat denselben Erfolg damit gehabt. Und wir glaubten diesmal wohl begründete Hoffnungen zu haben! Oder haben wir zu schwarz gemalt in unserer Agitation? Von Südbadenland weiß der Redner zu berichten, wie sehr die Arbeiterschaft unter der allgemeinen Keuerung zu leiden hatte. Dazu kam der frische aufgedeckte Kolonialskandal! Selbst die Gegner mühten um ihren Erfolg lange sein. Darum auch der ungeheure Jubel, als sie trotzdem siegen, über uns siegten! — Wenn wir uns aber von dem ersten Schreck erholen und unsere Niederlage genauer betrachten, haben wir wirklich keine Ursache, Krübsal zu blasen. Unsere Stimmen haben um eine Viertelmillion zugenommen, das ist ein Erfolg. Redner bespricht den Stimmenverlust in Sachsen und zeigt, daß unsere Partei dort innerlich nicht so stark war und nicht so stark sein konnte als es schien. Er erinnert daran, wie 1893 die Wahlrechtreform die Sachsen errettet habe, dazu kam eine Steuererhöhung um 25 Proz. und der Skandal am Königsplatz. Durch die Flucht der Prinzessin wurde ein besonderes psychologisches Moment von Einfluß auf die Wahlen geschaffen, was nach Ansicht des Redners nicht vernünftig gewürdigt

wird. — Im allgemeinen war man 1903 zu sehr in einen Siegesrausch geraten, in dem man die Sonne der neuen Zeit schon aufgehen sah. Eine Ernüchterung mußte kommen. Unser Mandatsverlust ist nicht so schwer zu erklären. Da hat ein bekannter Sparzer in Baden ausgerechnet, daß die Sozialdemokraten keine 12 Mandate haben dürften, wenn die Gegner einzig wären und 50 Proz. der Wahlberechtigten sozialdemokratisch in den einzelnen Kreisen stimmen müßten. Das hat die Partei der Nichtwähler auf die Beine gebracht wie nie zuvor. In Baden stimmten 62 Proz. der Wahlberechtigten diesmal, während 1903 die Wahlbeteiligung nur 79 Proz. war. Wir dürfen nicht auf die Scharen der Nichtwähler rechnen; wir müssen sie erst erziehen, wenn wir sie gewinnen wollen. Nun haben wir auch in vielen Kreisen Stimmen verloren und man sagt, die „Rittläufer“ seien abgesprungen. Redner glaubt das nicht, er besichtigt die Zahl der Rittläufer nur auf Tausende. Es kommen dabei Mittelschichten in Betracht, die zeitweilig ihr Interesse bei und gewandt glauden und die wieder weggerissen wurden. Man hat von der schlechten Wirkung des Dresdener Parteitages gesprochen, aber das sei unbillig. Wir hätten über alle Ursache, mit inneren Streitigkeiten vorsichtiger zu sein, denn wir haben mit dem Reichsligenverband zu rechnen, der alles gegen uns ausschloßt. — Wir besitzen nicht genug Agitationschriften. Anerkennen muß man, wie der „Vorwärts“ sich in der Wahl-agitation gehalten hat. Da war jede Nummer eine Fundgrube von Material für unsere Agitatoren. Wir Rücksicht auf die Agitation wünscht der Redner eine Aenderung der Taktik im Reichs-sage. Unsere Abgeordneten geben sich oft die größte Mühe, in den Kommissionen eine Verbesserung der Gesetz zustande zu bringen und im Plenum lehnen sie dann das ganze Gesetz ab. Die stille, fleißige Arbeit in den Kommissionen sieht niemand, aber die ablehnende Haltung im Plenum spielt vor der breiten Öffentlichkeit, und dann kommt man mit Vorwürfen, daß wir nur immer „alles ablehnen“. In Baden macht man es anders. Wenn ein Gesetz einen kleinen Fortschritt bringt, stimmen unsere Genossen dafür unter Protest, daß es noch so mangelhaft ist, aber man hütet sich, direkt dagegen zu stimmen. Manche sagen, wir könnten die Entstellungen und Verleumdungen vertagen, aber das geht vielleicht in Berlin, nicht aber auf dem Lande und in kleinen Städten. In gewissen Fragen darf es freilich auch im Parlament kein Entgegenkommen geben, wenn es sich zum Beispiel um das Wahlrecht handelt. — Wir müssen die Leute aufklären darüber, was wir erstreben und was wir tun. In Landbezirken genügen keine Flugblätter, da müssen periodische Schriften erscheinen. Ein ständiges Nachrichtenbureau sollten wir haben, um der Tätigkeit des Reichsligenverbandes entgegenzuwirken. Wir müssen unserer Presse noch größere Wichtigkeit beilegen wie bisher. Nur weiter, den alten geraden Weg züchtig vorwärts, dann wird es auch besser werden und neue Siege werden kommen. — Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner nach die Diskussion wurde eröffnet.

Der erste Redner, Genosse Behrmann, ist kein Freund von den Schwarzsehern, die von dem Wahlsieg pessimistisch gestimmt, reden. So sei unbedingt ein Fortschritt zu verzeichnen, nur gehe er diesmal nicht so sehr in die Breite, sondern in die Tiefe. 1903 wäre die Zahl der Rittläufer ungeheuer groß gewesen und es sei nur von Vorteil, daß die Rittläufer diesmal ausgeschieden seien. Der Redner spricht von den Schwierigkeiten der Landagitation, wie die ausgeteilten Flugblätter von den Gegnern wieder eingesammelt und vernichtet wurden, wie schwer es war, Verammlungen zu bekommen, wie die Liberalen schamlos noch uns bekämpften als der Reichsverband und wie wenig Unterstützung die Agitatoren oftmals fanden. Er klagt auf Grund seiner Beobachtungen die Gewerkschaften an, daß sie nicht ihre Schuldigkeit tun und dem Arbeiter die Notwendigkeit des rüchlosigen Klassenkampfes klar machen. So wurde an Orten, wo organisierte Bauarbeiter wohnen, nicht eine sozialdemokratische Stimme abgegeben. Die innere Festigung in der Partei sei nicht so, wie man es wünschen möchte und daran seien Leute schuld, die sich Parteigenossen nennen und nichts Besseres zu tun wissen als der Partei Anspitzel zwischen die Beine zu werfen, wenn sie im Kampfe steht. Der Redner greift Bernstein, Calmer, Bernhardt, Raucenbrecher und Dr. Braun an, die sozial Unheil säen, daß man wünschen muß, sie wären nicht mehr in der Partei. — Mit Eichhorns Ansicht von der Aenderung der parlamentarischen Taktik ist Behrmann nicht einverstanden. Dieser solle man die halben Zugehörnisse ablehnen als den Ansehen erwecken, daß man damit zufrieden sei.

Genosse Hirschfeld nimmt das Wort und findet, daß Eichhorn viel zu günstig über den Ausfall der Wahl urteile. Die 250 000 Stimmen Zunahme fallen nicht voll ins Gewicht, denn die Mehrheit davon sei in den unbedingt sicheren Kreisen erzielt worden, und wir hätten sie schon 1903 haben können. Genau betrachtet, will Hirschfeld einen Rückgang an Stimmen erkennen. In Sachsen sei der Verlust nicht so leicht erklärlich, wie es Eichhorn scheint. Wir sollten uns gefassen, daß wir selbst die Schuld tragen an unserer Niederlage. Dresden habe sehr viel Verbitterung erzeugt. Redner ist nicht mit Bernstein, Schippel u. a. einer Meinung, aber in mancher Beziehung hätten diese Kritiker recht. Wir sollten mehr Wert auf propagandistische Erfolge legen, das sei die Hauptsache. Man dürfe der parlamentarischen Tätigkeit nicht so geringes Gewicht beilegen. Wir werden keinen Erfolg haben, wenn es uns nicht gelingt, die Mehrheit des Volkes für uns zu gewinnen.

Wenno Raab gibt ebenfalls der Ansicht Ausdruck, daß wohl mancher Genosse die erlittene Niederlage verkleinern möchte, was aber nicht angebracht sei. Wir brauchen aber auch nicht zu verschweigen, daß wir diesmal großen Schwierigkeiten gegenüberstanden. Die nationale Phrasen tat ihre Wirkung; es war eine wirtschaftliche Hochkonjunktur vorhanden und in geschlossenen Reihen standen die Gegner da und scheuten kein Mittel, uns zu bekämpfen. Genosse Raab erklärte, daß wir mit unserer Stichwahlparole den Feinsinnigen im ersten Wahlkampf schon die Augen hätten öffnen sollen. Was uns not tue, sei eine bessere Schulung der Industriearbeiter und viel mehr Agitation in Landkreisen. Redner bestreitet die schädlichen Wirkungen von Dresden und meint, daß jede Partei mit Stimmungen rechnen muß. Die Partei im ganzen müsse einig sein, um eine systematische Aufklärungsarbeit leisten zu können. Billige Agitationschriften müßten beschafft werden. Wir haben zu bedenken, daß täglich systematisch der Jertum verbreitet wird, dem wir unermüdlich mit der Aufklärung begegnen müssen. Eichhorns Vorschlag von der Aenderung der Taktik im Parlament sei durchaus unbillig; ernste Schäden für die Partei würden daraus erwachsen.

Genosse Cohen wendet sich gegen diese letzte Ansicht von Raab und fragt, ob unsere Abgeordneten etwa gegen die Einführung des Reinshundentages stimmen dürften, wenn sie dadurch verhütet können, daß der Reinstundentag eingeführt würde. Dann legt Cohen Verwahrung ein gegen die Angriffe Behrmanns auf die Gewerkschaften. Diese und die Gewerkschaftspresse hätten in dem Wahlkampf ihre volle Schuldigkeit getan. Behrmann sei nicht berechtigt, aus einzelnen Beobachtungen Schlüsse zu ziehen auf die Haltung der Gewerkschaften überhaupt. Er solle auch bedenken, welche Mühe es mache, irgendwo eine Gewerkschaft aufzubauen. Diese Anfänge seien schonend zu behandeln, wenn sie auch nicht gleich allen Erwartungen entsprechen, wie die alten Gewerkschaften, denen man keinen Vorwurf machen könne. „Rittläufer!“ wurde dem Redner zugerufen, aber er antwortete, das wäre „der Einzige“. Aus Behrmanns Worten über die Parteifreistatigkeiten höre er den Geist der Unbilligkeit heraus. Wir wollen kein zweites Dresden oder Jena, wir sollten uns gegenseitig besser behandeln lernen.

Die Genossen Harni und Replin beteiligten sich noch an der Diskussion mit kurzen Ausführungen, als ein Antrag auf Vertagung einlief, da bereits Mitternacht vorüber war. Der Vorsitzende machte bekannt, daß Genosse Heine noch auf der Rednerliste stand, und die Versammlung lehnte die Vertagung ab.

Heine verbeugte sich zuerst im allgemeinen über das Wahlergebnis und zog daraus das Fazit, daß die Werbekraft der Partei nicht so groß sei, wie die Parteigenossen aller Orten angenommen haben. Es nützt nichts, über die „dummen Kerle“ zu räsonnieren, die uns nicht verstehen. Es ist so

gerade unsere Aufgabe, aus den dummen Kerlen Klug zu machen. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, wenn neugewonnene Anhänger und wieder den Rücken kehren, und es ist durchaus falsch, wenn gesagt wird: Gut, daß wir jene verloren haben, sie waren nur zum Teil mit uns. Ist es nicht allen so gegangen, daß sie erst zum Teil der Partei gehörten? Nach dem Wahlsieg von 1903 habe er erklärt: Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, diese großen gewonnenen Massen festzuhalten; unsere Politik müssen wir so einrichten, daß sie an uns diejenigen fesselt, die erst halb uns gehören. Man sagt, es seien in diesem Wahlkampf mehr Lügen über uns verbreitet worden als jemals vorher. Aber warum werden die Lügen geglaubt? Man lenkt den Sozialismus noch zu wenig. Es fehle an tüchtigen Lehrkräften, und dieser Mangel sei in der Parteipresse deutlich zu merken. Unsere Parteiredakteure schreiben nicht immer so, daß sie verstanden und daß die Artikel gern gelesen werden. Vom „Vorwärts“ ist seine durchaus nicht so erbaud wie der Referent und findet gar vieles auszuweichen. An den Beschluß, eine wöchentliche Uebersicht der Parteipresse im Zentralorgan zu veröffentlichen, halte sich der „Vorwärts“ nicht, wenn auch gelegentlich eine nicht sehr gut geordnete Uebersicht aus einem Teil der Parteipresse gebracht würde. Die langen Polemiken und endlosen theoretischen Auseinandersetzungen seien nichts weniger als anziehend. Unser Zentralorgan sei technisch nicht auf der Höhe und für den Redner oftmals ungenießbar. Er wolle nicht die jetzige Redaktion damit angreifen, denn unter der früheren Redaktion wären ihm auch viele große Mängel aufgefallen. Daß Bernhardt keinen Raum im „Vorwärts“ gefunden habe, tadelt er scharf. Er habe Bernhards Artikel zwar nicht gelesen, hält es aber für ungerichtet, ihn mundtot machen zu wollen. Heine beklagt den Mangel an akademisch gebildeten Leuten in der Partei, man könne sie nicht entbehren und sollte sich hüten, sie gesellschaftlich vor den Kopf zu stoßen. Redner spricht von dem Ton des „pfläffischen Hochmuts“ in der Partei. Man solle nicht gleich jeden für einen Idioten halten, der nicht derselben Meinung ist. Die Sozialdemokratie kämpft nicht nur einen Kampf der Interessen, sondern auch der Weltanschauungen, und dieser Kampf zieht viele an. Heine lobt Bernstein als eine sehr tüchtige Kraft, die nicht so leicht zu erschrecken sei, die Praktiker werde ihn sehr vermischen. Er wendet sich scharf gegen Behrmann, der Bernstein angegriffen hatte. In bezug auf Eichhorns Vorschlag einer Aenderung der Taktik im Parlament erklärt Heine, daß man es da mit einem heiklen Problem zu tun habe und von Fall zu Fall entscheiden müsse.

Die Versammlung nahm einen Antrag auf Vertagung an, da man eine neue Diskussion über Heines Rede zu eröffnen für notwendig hielt und es mittlerweile zu spät geworden war.

Der Wahlverein für den vierten Reichstagswahlkreis hielt am Dienstag eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Paul Hoffmann erstattete den Geschäftsbericht des Vorstandes. Für das Frankfurter Viertel wurden 6, für das Landberger Viertel 3, für das Straßauer Viertel 5, für das Gröblicher Viertel 4, für das Köpenicker Viertel 3 Versammlungen abgehalten. Es ist darüber gellagt worden, daß die Viertelversammlungen nicht so gut besucht waren, wie man es erwarten sollte. Im letzten Halbjahr fanden 6 Generalversammlungen statt. Während der Reichstagswahl-bemegung wurden 42 Agitationsversammlungen abgehalten. Der Redner warf einen Rückblick auf die Reichstagswahl, er besprach den Ausfall derselben sowie die Erörterungen, welche in der Parteipresse daran geknüpft worden sind. Der Redner kritisierte die bellannischen schriftstellerischen Auslassungen von Bernstein, Calmer, Schippel und Bernhardt und führte dann aus, daß eine rege Parteiarbeit entfaltet werden müsse, um die Rängel zu beseitigen, die bei den Wahlen hervorgetreten seien. Größere Arbeiten erfordern aber größere Mittel, deshalb sei bereits die Frage der Beitragsverhöhung erwoogen worden, deren Annahme wohl keine Schwierigkeiten bieten werde, da bereits manche andere Wahlkreise höhere Beiträge zahlen, als in Berlin erhoben werden. Vor dem Zusammenhluß der beiden Vereine Ost und Südost im Jahre 1905 betrug die Mitgliederzahl 9650, sie ist jetzt auf 13 834 gestiegen, hat sich also um 5184 vermehrt. Im Vergleich mit den 81 000 sozialdemokratischen Stimmen, die am 26. Januar im vierten Kreise abgegeben wurden, sei die Mitgliederzahl gering. Es müsse deshalb mit aller Kraft an der Stärkung der Organisation gearbeitet werden. Im Anschluß an die am Sonntag erfolgte Flugblattverbreitung werde in den nächsten Tagen mit den Empfängern der Flugblätter persönlich Rücksprache genommen werden, um sie als Mitglieder und als Abonnenten des „Vorwärts“ zu gewinnen. Wenn jeder Genosse es sich zur Pflicht mache, mehr als bisher in dieser Richtung zu wirken, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Kassenbericht für die Zeit vom 30. Dezember 1905 bis 31. Januar 1907 zeigt eine Einnahme von 148 436,23 M., eine Ausgabe von 147 435,87 M. Der Bestand beträgt 1000,56 M. An die Verbandskasse sind 70 250 M. abgeführt. — Der Kassierer Barenthin gab einige Erläuterungen zum Kassenbericht sowie eine Uebersicht über die im Bureau des Kreises erledigten Arbeiten. Der Kassierer wurde entlastet. — Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des vierten Berliner Reichstagswahlkreises verurteilt auf das entsetzliche die Schreibweise der Genossen Bernstein, Calmer, Schippel und Bernhardt, und erwartet von den genannten Genossen, daß sie ihre Artikel so halten, daß die Gegner nicht mit der eigenen Kampfesweise unserer Schriftsteller die Partei bekämpfen.

Auf Antrag der Beschworenenkommission beschloß die Versammlung, das Ausschlußverfahren zu beantragen gegen die Mitglieder Bachmann, Bed, Hein, Hund, Otto Jahn. Eine lange Debatte rief der Antrag auf Ausschluß des Genossen Doroschats hervor. Diese Angelegenheit beschäftigt schon seit längerer Zeit die Beschworenenkommission, die jetzt den Ausschlußantrag befürwortet. Die Versammlung lehnte den Antrag ab.

Die Wahl des Vorstandes, welche durch Stimmzettel vollzogen wurde, hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzende: 1. Paul Hoffmann, 2. Wilhelm Kann. Kassierer: 1. Barenthin, 2. Wilhelm Jödel. Schriftführer: Max Rengel, Schent. Beisitzer: Richard Hodelbusch, Hermann Göde, Otto Mann, Kupfer, Bader, Gries. Redaktoren: A. Dietrich, B. Jiese, A. Jenner, A. Fenn, B. Meyer, Voigt.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am Donnerstag im „Deutschen Hof“ (Ludauerstraße) seine erste Generalversammlung als Mitgliederschaft des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ab. Der Verbandsvorsitzende Schumann leitete die Versammlung. Der seitige Vorsitzende des Vereins, Wappler, erstattete den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er bemerkte, der längst als notwendig erkannte Anschluß des Vereins an eine moderne Gewerkschaft sei nun eine vollendete, nicht mehr anzufechtende Tatsache. Mit allen Kräften werde der Verein nunmehr bestrbt sein, den Aufgaben einer modernen Arbeiterorganisation gerecht zu werden. Außerhalb der Reihen der zielbewussten Arbeiter hätten sich jene gestellt, welche als Gegner des Anschlusses eine gelbe Organisation mit Hilfe von Unternehmern gegründet haben und ein arbeitereindliches Blatt in ihrem Vereinslokal ausgeben. Unreizt durch das Treiben jener Feinde der Arbeitersolidarität werde der Verein Berliner Hausdiener seinen Weg gehen und die Interessen seiner Mitglieder mit Nachdruck verteidigen. — Zum Kassenbericht gab der Kassierer Reichner einige Erläuterungen. Nach kurzer Diskussion wurde die bisherige Vereinsleitung entlastet. Dann erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Es wurden gewählt: 1. Bevollmächtigter Wappler, 2. Bevollmächtigter Bernhardt, 1. Kassierer Reichner, 2. Kassierer Heide, 1. Schriftführer Bergens, 2. Schriftführer Vortals, Beisitzer Weier, Rusold, Franke, Redaktoren Quat, Ribban, Romeis. — Die Versammlung stimmte einem Beschluß der Vertrauensmänner zu, welcher dahin geht, daß Mitglieder der neuen Organisation, welche noch bis zum 1. April in den Verband übertreten, ihre im alten Verein erworbenen Rechte behalten, ohne daß sie die Beiträge nachzahlen brauchen.

Partei-Angelegenheiten.

Widau. Heute abend findet der Jahrsabend für den Bezirk Widau statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Unnatürliche Mütter.

Mit dem üblichen Aufwand moralischer Entrüstung, die ihr sowohl ansteht wie der Kokotte das Gebetbuch, berichtet die bürgerliche Presse in den letzten Wochen wiederholt über „unnatürliche Mütter“. Unverheiratete Mütter haben ihre Kinder ausgezogen oder kurz nach der Entbindung umgebracht! Das sind erschreckende Erscheinungen! — Forscht man nun den Ursachen nach? Fragt man: wie ist es möglich, daß das stärkste, das mächtigste Gefühl, die Mutterliebe, gedämpft, erstickt wird? Unsinn! Man entrüstet sich über die entmenschten Mütter, über Leichtsinn und Fehlurteile — Mädchen. Fehlurteile der Männer gibt es ja nicht, auch keine unnatürlichen Väter! Das Mädchen allein kann zwar nicht „fallen“, aber sie trägt allein die Folgen. Darum fluch über sie, sie treffe die volle Entrüstung der hehren Priester der Moral und Sitte. Daß sehr oft die Söhne aus vornehmer Hause arme Mädchen mit allen Schlichen der Verführung, der Herbeiführung günstiger Gelegenheiten zu Fall bringen, das scheidet die sittlich Entrüsteten nicht weiter an. Erbärmliche Löhne, Entbehrungen, der Ausschluß von den Kulturgenüssen, sind meist die erfolgreichsten Helferinnen bei den Gelegenheiten. Welchen sich dann die Folgen der schwachen Stunden, dann drückt sich der härtere Teil, überläßt das betrogene Mädchen seiner Dual und Pein. Und die Kindesmörderin beginnt!

Die Schuld dafür trifft in erster Linie den unnatürlichen Vater, der in den schwachen Stunden des Weibes Stunden der Siege feiert, sich als Held fühlt, sich nach genossenen Freuden aber abwendet und neue Abwechslung sucht — und in feinsten Gesellschaft mit solchen Heldentaten Leid und Miskunst ertweckt!

Furchtbar enthüllt sich vor dem geistigen Auge des betrogenen Mädchens die Zukunft. Von den Eltern gescholten, verstoßen, von der Dienstherrschaft aus dem Hause gejagt, aus der Arbeit entlassen, das ist es, was ihr winkt! Überall verschlossene Türen! Wohin mit der Dual! In den folternden, den Geist verwirrenden Gedanken. Manches Opfer einer schwachen Stunde wagt den Sprung ins Wasser. Dann ist es vorbei mit aller Not und Pein. Zwei Menschenleben hat der unnatürliche Vater auf dem Gewissen. Aber da er nicht die Folgen trägt, trifft ihn nicht die moralische Entrüstung der honetten Gesellschaft. Andere Mädchen, die sich Mutter fühlen, suchen ihren Zustand durch Einschnüren des Körpers den Augen der Angehörigen zu entziehen, so lange es geht. Die gewagtesten Mittel und Experimente werden angewandt, um keimendes Leben zu vernichten. Mutter und Kind nehmen dabei oft dauernden Schaden an der Gesundheit. Wem fällt es ein, den unnatürlichen Vater wegen verschuldeter Körperverletzung und Gesundheitschädigung verantwortlich zu machen? Nur über die „Gefallene“ ergießt sich die Schale moralischen Jornes.

Hat das Mädchen alle Schrecken der Schwangerschaft überstanden, ist es Mutter geworden, dann erst recht wird ihr die Welt zur Hölle. Ist die Geburt heimlich erfolgt, dann genügt eine Minute der Angst, die bis zur Sinnlosigkeit gesteigert die Tat geschehen läßt. Angst, fürchterliche Angst läßt die physischen Schmerzen, die die legitime Mutter 8 bis 14 Tage ans Bett fesseln, bei der Fräulein Mutter gar nicht zur Geltung kommen, die schwere Stunde unterbricht vielleicht nur für Minuten die aufreibende schwere Berufsarbeit. — Die furchtbar muß der Leidensfeld solcher unglücklichen Geschöpfe sein. Angst und Not erzeugt die unnatürliche Mutter.

Erfolgte die Geburt in einer Anstalt, dann ist der Leiden Ende ebensowenig gekommen. Wohin soll die unverheiratete Mutter mit dem Kinde? Ein eigenes Heim kann sie sich nicht schaffen. Dazu reicht der Verdienst nicht. Das Kind bei fremden Leuten unterbringen? Auch das kostet mehr als eine Arbeiterin gewöhnlich ersparen kann. Und als Dienstmädchen sind ihr erst recht alle Türen verschlossen. Wer wird denn ein Fräulein Mutter ins Haus nehmen? Psui! Ein Jüngling Vater, das ist etwas anderes. „Jamoser Kerl“, schmunzelt das Familienhaupt, wenn die Affäre nicht zu teuer wird. Und auch die sittenstrenge Mama empfindet etwas Stolz über den scharmanten Sohn. Aber das Haus muß rein bleiben. Mag die Gefallene sehen, wie sie fertig wird. Und das Ende? Die Mutter wird eine Dirne, um das eigne und das Leben des Kindes zu erhalten. Oder, läßt nicht Sinn verwirrende Angst und Hilflosigkeit sie zur Mörderin werden, eines Tages liegt ihr Kind vor fremden Türen — sie hat es ausgezogen, weil die sozialen Verhältnisse es ihr verwehren, dem Kinde Mutter und Erzieherin zu sein. Die sozialen Verhältnisse lassen dem Fräulein Mutter die Wahl: in Schande und Not zu leben, Dirne zu werden, ihr Kind auszugeben oder zu morden.

Die Gesellschaft, macht die unnatürliche Mutter, aber sie entrüstet sich nicht über ihre Sünden, sondern über die Opfer ihrer Sünden. — Heuchelei. Erst läßt ihr die Armen schuldig werden, dann überläßt ihr sie der Pein!

Verichtigung. In Nr. 49 vom Mittwoch ist in dem Artikel „Der Stadthausballotat für das Jahr 1907“ durch Auslassung einer Zeile eine Entstellung des Sinnes entstanden. Die ersten Sätze des letzten Absatzes lauten richtig folgendermaßen:

„Bei der Prüfung des Entwurfs und der schließlichen Festsetzung des Etats geht die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung von Gesichtspunkten aus, die denen der sozialdemokratischen Fraktion völlig entgegengekehrt sind. Wir Sozialdemokraten fragen zuerst, welche Ausgaben erforderlich sind, um die notwendigen Aufgaben der Kommune zu erfüllen. Die freisinnige Mehrheit lehrt das Verhältniß um. Sie fragt, welche Aufgaben der Kommune als notwendig anerkannt werden dürfen, damit der zulässige Ausgabebetrag langt.“

Die neuen Eisenbahn-Tarifarten, wie sie vom 1. Mai d. J. zur Ausgabe gelangen, werden einige bemerkenswerte Abweichungen von den jetzt im Gebrauch befindlichen Tarifen zeigen. In die Augen fällt zunächst der breitere Raum am oberen Ende, über der Bezeichnung „für alle Güter usw.“; dieser Raum ist auf der linken Seite zur Aufnahme des Tagesstempels, der bei der Lösung der Fahrkarte aufgedrückt wird, bestimmt, während auf der rechten Seite Platz für einen vierten Stempelausdruck gelassen ist, der durch die Abkürzung „Mitt.“

den Fahrausweis zur Rückfahrkarte macht. Daß diese lediglich zur Bequemlichkeit der Reisenden, die einen Weg zum Schalter sparen wollen, verausgibt wird und nur zwei Tage Gültigkeit hat, haben wir bereits mitgeteilt. Infolge dieser reichlicheren Raumteilung für den oberen Abschnitt müssen die Routenvorschriften, die sich sonst unter dem Namen der Bestimmungsstation befinden, sofern sie mehrere Zeilen in Anspruch nehmen, auf die Rückseite der Fahrkarte gesetzt werden. Eine weitere Abweichung zeigt sich unter der links unten befindlichen Bezeichnung der Wagenklasse; hier findet man eine arabische Ziffer, entsprechend den (14) verschiedenen Zonen, die dem Gepäcksatz zur Grundlage dienen. Eine Fahrkarte Berlin—Köln (580 Kilometer) wird also die Zahl „11“ tragen, d. h. erste Gepäckzone für die Entfernung von 501 bis 600 Kilometer. Bei der Festlegung des Reisegepäcks braucht der Beamte in der Tarifabelle nur nach der Gewichtsstufe (z. B. 1 bis 50 Kilogramm) zu sehen und er hat sofort den Frachttarif (z. B. 1 M.) ermittelt. Dadurch wird die Abfertigung des Gepäcks erheblich vereinfacht und beschleunigt.

Mit der Frage der Verstadtdigung des Berliner Rettungswesens beschäftigte sich Dienstag abend eine Ärzteversammlung, die von dem Verein zur Einführung freier Arztwahl nach dem Restaurant „Althändler Hof“ einberufen worden, jedoch nur schwach besucht war. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

- „In Erwägung, daß 1. die Beschaffung erster Hilfe bei Unfällen und plötzlicher Erkrankung, sowie der Nachweis freier Betten in den Krankenhäusern Berlins zu den dringendsten Aufgaben der öffentlichen Krankenversorgung gehört, 2. zu einer nuffergünstigen Lösung dieser Aufgabe unter Ausschluß aller egoistischen Tendenzen private Einrichtungen auf die Dauer nicht ausreichen, 3. daß diese Lösung vielmehr, und zwar unter Mitwirkung berufener Faktoren (Krankenhäuser, Arztstand) und unter Berücksichtigung historischer Wohlfahrtsbestrebungen (Sanitätswachen, Rettungsgesellschaft) nur der Kommune zusteht, richtet die Ärzteversammlung vom 26. Februar an den hochwohlwollenden Magistrat die ergebene Bitte, das städtische Rettungswesen, und zwar unter Heranziehung der Einrichtungen der Berliner Rettungsgesellschaft und der Sanitätswachen gemäß dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung schleunigst zu organisieren.“

Die Wasserfrage am Tempelhofer Berg. Um den auf die Dauer unhaltbaren Zuständen in der Privatfrage am Tempelhofer Berg, wo den Mietern mit der Entziehung der Wasserzufuhr usw. gedroht worden ist, ein Ende zu bereiten, hat am Mittwoch die städtische Tiefbaudeputation beschlossen, Baufluchtlinien dort festzusetzen und dann für eine Aenderung der jetzigen Eigentumsverhältnisse zu sorgen.

Städtische Taubstummschule. Die Schuldeputation macht im Gemeindeblatt bekannt, daß die Aufnahme anfangs April und Oktober stattfindet. Eltern und Verwandter schulpflichtiger und noch nicht eingeschulter taubstummer Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Sommersemester bis spätestens 1. April d. J. bei dem Herrn Direktor Guhmann, Markstraße 49, anzubringen. — Bestimmungsgemäß werden auch schon Kinder mit vollendetem fünften Lebensjahre aufgenommen, die in einer eigens dafür vorhandenen Vorstufklasse für den planmäßigen Schulunterricht vorgebildet werden.

Berlin bei Nacht

laute das Thema, über das der konservative Abg. v. Schudmann vorige Woche dem preussischen Abgeordnetenhaus einen Vortrag hielt. Er schilderte darin das Nachtleben Berlins mit einer Sachkunde, daß man unwillkürlich auf den Gedanken kommen mußte: Der Mann weiß Bescheid. Und das Publikum, dem er seine Kenntnisse zum Besten gab, nickte verständnisvoll. Und wie studierte Herr v. Schudmann über das Berliner Nachtleben, das sich in der Friedrichstraße, in den Tingeltangeld usw. abspiele. Von „Luderleben“, von „Sautwirtschaft“ sprach er, vergaß aber zu sagen, welche Kreise es sind, die sich in diesen Strudel stürzen. Vielleicht wußte er es nicht! Sollte es wirklich nicht wissen? Sollte er wirklich nicht wissen, daß dieses Nachtleben die beste Saison hat, wenn diverse Kongresse in Berlin tagen? Sollte er nicht wissen, wie zu Zeiten der Tagung des Bundes der Landwirte im Jirius Busch die „Blumenfäse“, die „Amorfäse“ dicht besetzt sind und die Demimonde „goldene“ Zeiten hat?

Nachträglich scheinen aber Herrn v. Schudmann doch Bedenken über seine Ausführungen gekommen zu sein, nachdem er schon meinte, wie selbst die konservative „Kreuzzeitung“ seine Auslassungen als übertrieben bezeichnete und er hat versucht, zu retten, was zu retten ist; er hat seine Rede dementsprechend korrigiert. Die „Freisinnige Zeitung“ stellt fest, daß dieses amtliche Stenogramm etwas von dem Wortlaut der Rede abweicht, die im preussischen Abgeordnetenhaus aus dem Munde des Abg. v. Schudmann von einer ganzen Anzahl von Berichterstattern gehört worden ist. In dem von der „Kreuzzeitung“ mitgeteilten Stenogramm steht nichts von den schönen Titeln, mit denen der Abgeordnete v. Schudmann „Berlin bei Nacht“ zu charakterisieren versucht hat, nichts von „Luderleben“, „Sautwirtschaft“ usw. ist zu finden.

Gibt den Kindern keinen Alkohol!

In Kämpfe gegen die Alkoholgefahr besteht zwischen den Kämpfern selber noch ein Streit darüber, ob man diese Gefahr schon durch bloße Abkündigung oder nur durch völlige Enthaltensamkeit abwehren kann. Einig sind aber die bloß Wichtigen mit den ganz Enthaltensamen darin, daß Kinder gegen die Schädlichkeiten des Alkohols nur durch völlige Enthaltung vom Alkoholgenuß geschützt werden können.

Ärzte und Lehrer haben seit Jahren und Jahrzehnten durch statistische Umfragen und experimentelle Untersuchungen die Gefahr nachzuweisen sich bemüht, die der Alkohol den Kindern bringt. In neuester Zeit werden diese Bestrebungen erfolgreich unterstützt durch die Schulärzte, zu deren Anstellung immer mehr Gemeinden sich entschließen. Ueber den Alkoholmißbrauch der Kinder — oder richtiger: über den Alkoholmißbrauch gegen Kinder, denn die Erwachsenen sind's ja, die einen ganz besonders gefährlichen Mißbrauch treiben, indem sie sogar Kindern Alkohol verabreichen — können die Eltern durch die Schulärzte wirksam aufgeklärt werden. Bei uns in Berlin suchen die Schulärzte der Verabreichung von Alkohol an Kinder entgegenzuwirken durch ein „Alkoholmerkbuch“, das sie den Eltern bei der Einschulung der Kinder einhändigen und auch erläutern.

Auch auf den sogenannten „Elternabenden“, zu deren Veranstaltung die Lehrkollegien mancher Schulen sich bereit finden lassen, ist hier und da die Alkoholgefahr erörtert worden. Vollen Nutzen kann das aber nur dann bringen, wenn überall die „Elternabende“ wirklich das sind, was sie sein sollten: eine offene rücksichtslose Aussprache zwischen Eltern und Lehrern wie zwischen Gleichberechtigten — nicht lediglich eine „Abendunterhaltung“, bei der den Eltern die Rolle schwägender Zuhörer zuteil wird und den Lehrern die Unbequemlichkeit einer Diskussion mit den Eltern erspart bleibt. Am Sonntag hatten wir Gelegenheit, eine solche Aussprache zwischen Lehrern und Eltern mitanzuhören, und zwar über die Alkoholgefahr. Im Südosten der Stadt besteht ein „Verein der Interessenten der 46. Gemeindeschule“, der im vorigen Jahre entstand, als die 46. Schule (Luisenpark) von dem Schicksal der Auflösung bedroht war. Er stellte sich zunächst das Ziel, die Auflösung zu verhindern, aber darüber hinaus betrachtet er es auch als seine Aufgabe, eine engere Verbindung zwischen Schule und Haus herbeizuführen. Vor diesem Verein sprach am Sonntag in der Aula der 46. Schule der Lehrer

Bechel über das Thema: „Wie witzten Bier und Wein auf die Kinder?“

Der Vortragende begann mit dem Nachweis, daß Bier, wie wohl es als kräftigend gilt, sehr wenig Nährstoffe enthält. Als Nährstoffe sind Eiweiß, Fett und Zucker anzusehen. In einem Liter Bier für 25 Pf. sind 7 Gramm Eiweiß, 44 Gramm Zucker, 0 Gramm Fett enthalten, macht zusammen nur 51 Gramm Nährstoffe. Für dasselbe Geld bekommt man 1 1/2 Liter Milch mit 147 Gramm Nährstoffen oder 500 Gramm Weizenbrot mit 318 Gramm Nährstoffen oder 1200 Gramm Konsumbrot mit 714 Gramm Nährstoffen oder 10 Pfd. Kartoffeln mit 1185 Gramm Nährstoffen. Hiernach ist das Bier, wenn es als „Nahrungsmittel“ gelten soll, zum mindesten ein sehr teures „Nahrungsmittel“. Neben der geringen Menge von Nährstoffen enthält es aber auch Alkohol. Von ihm wird vielfach angenommen, daß er die Geistesfähigkeit günstig beeinflusst. Durch Experimente ist aber nachgewiesen, daß das in Irrtum ist. An erwachsenen Versuchspersonen hat Dr. Smith-Heidelberg festgestellt, daß beim Auswendiglernen von Zahlen die Leistung sank, wenn er Alkohol gab, und zwar desto bedeutender sank, je länger der Alkoholgenuß beibehalten wurde, daß aber die Leistung wieder stieg, sobald der Alkoholgenuß ausgeübt wurde. Seminarlehrer Koop-Bern hat mit durchschnittlich hiebzehnjährigen Schülern einer Seminarklasse ähnlich experimentiert. Er teilte sie in zwei Gruppen von durchschnittlich gleicher Leistungsfähigkeit, gab der einen Gruppe Bier, während die andere sich jedes Alkoholgenusses enthalten mußte, und stellte dann Kopfrechenaufgaben. Zunächst bleibt die Leistungsfähigkeit bei beiden Gruppen noch gleich, aber nach einer Stunde trat eine merkwürdige Ungleichheit auf, die in der zweiten und dritten Stunde immer größer wurde. In der dritten Stunde wurden richtige Lösungen geliefert: noch 67,9 Proz. von den Abinenten, aber nur noch 45,4 Proz. von den Trinkern.

Der schädigende Einfluß des Alkohols auf die Geistesfähigkeit, der aus solchen Ergebnissen klar wird, ist sicherlich bei Kindern noch viel größer. Schuldirektor Deyer-Wien hat durch Befragung von 551 Kindern ermittelt, daß nur 134 keine alkoholischen Getränke bekamen, 104 nur gelegentlich Alkohol genossen, aber 219 täglich einmal, 71 täglich zweimal, 3 täglich dreimal. Es zeigte sich, daß das Zeugnis „gut“ vorlam bei 45 Proz. der abinenten Kinder, bei 35 Proz. der gelegentlich trinkenden, bei 27 Proz. der täglich einmal trinkenden, bei 20 Proz. der täglich zwei- oder dreimal trinkenden, andererseits das Zeugnis „ungenügend“ bei nur 7 Proz. der abinenten Kinder, bei 9 Proz. der gelegentlich trinkenden, bei 14 Proz. der täglich einmal trinkenden, bei 25 Proz. der täglich zwei- oder dreimal trinkenden. Privatdozent Feder-München hat durch eine Umfrage, die sich auf 4082 Kinder erstreckte, ähnliche Ergebnisse bekommen. Der Vortragende gelangte hierauf zu dem Schluß, daß mindestens Kindern jeglicher Alkohol vorenthalten werden müsse, nicht nur Schnaps, sondern auch Bier und Wein, die mit Unrecht als unschädlich und sogar kräftigend gelten.

In der sehr lebhaften Diskussion erhob sich kein Widerspruch gegen diese Forderung. Es wurde aber die Frage aufgeworfen, warum immer noch so viele Ärzte den Kindern Wein als „Stärkungsmittel“ verordnen. Ob auch Erwachsene den Alkoholgenuß mindestens einschränken sollen, darüber wurde keine volle Einigung erzielt. Die Mehrheit der Zuhörer halte offenbar nicht viel Weigung, für sich selber die Gefahren des Alkohols allzu hoch anzuschlagen. Herr Bechel selber bekannte sich zur völligen Abstinenz. Er hob hervor, daß durch das gute Beispiel der Enthaltensamkeit Erwachsener auch der Alkoholgenuß der Kinder am sichersten verhindert werden könne.

Der Automobilomnibus-Tarif, wie ihm nach den Vorschlägen des Polizeipräsidenten der Magistrat zugestimmt hat, wird nunmehr amtlich publiziert und in Kraft gesetzt werden. Danach werden für die Linien der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft: Nr. 4. Hallesches Tor—Echauffeestraße, Nr. 8. Willowstraße—Straußberger Platz, und Nr. 19. Alexanderplatz—Roßbi 10 Pf. Teilsrecken von etwa 3000 Meter Länge und ein Gesamt-Fahrpreis (für die ganze Fahrt) von 15 Pf. eingeführt.

Die von der Gemeinde Wilmersdorf beantragten Omnibuslinien unterliegen, soweit sie das Berliner Stadtgebiet betreffen, gegenwärtig der Prüfung der Aufsichtsbehörden. Zwei derselben, Halensee—Wilhelmplatz (Berlin) und Hildegardeplatz—Potsdamer Platz (Berlin) sollen nach dem vorliegenden Projekt über den Kemperplatz geführt werden.

Von einem Automobilomnibus überfahren wurde gestern der Straßenbahnfahrer Köpp, als er an der Ecke der Leipziger- und Bauerstraße die Weiche stellen wollte. Er stieg zu diesem Augenblick auf den Plattform des Motorwagens herab. In diesem Augenblick fuhr ein Automobilomnibus der Linie 8 so dicht an dem Straßenbahnwagen vorbei, daß er von dem Automobilgefahr erfaßt, niedergedrückt und überfahren wurde. Er erlitt starke Quetschungen der Oberschenkel und Unterarmgelenk am rechten Unterschenkel. Der Verunglückte wurde zunächst nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von dort auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung übergeführt.

In der Frigideität will die Illustrierte „Berliner Illustrierte Zeitung“ der Scherischen „Woche“ Konkurrenz machen. In ihrer letzten Nummer veröffentlicht sie ein Bild des Wiener Bürgermeisters mit der Unterschrift: „Dr. Karl Lueger f.“ Nun ist Dr. Lueger allerdings schwer krank, soll sich aber bereits auf dem Wege der Besserung befinden.

Das Blatt ist mit seinem Streben, recht aktuell zu sein, böse hinein gefallen. Wenn sich aber die „Staatsbürger-Zeitung“ über die „bezeichnende Unverschämtheit“ sehr aufregt, möchten wir nur darauf hinweisen, daß es gerade die sogenannte „anständige“ Presse war, die während des Wahlkampfes verschiedene sozialdemokratische Führer sterben ließ, um die Wähler irre zu machen und im Trüben zu fischen. Also vorzuerwerfen haben sich die gegnerischen Blätter nichts.

Der Müggelsee ist gestern für die Schifffahrt frei geworden, so daß nunmehr der Schifffahrtsverkehr auf der Oberprece wieder aufgenommen werden kann. Schon am vorgestrigen Tage hatte der Eisbrecher „Müggel“ den Versuch unternommen, die Eisblöcke der Müggel zu durchbrechen, was jedoch bei der Stärke der Eismasse, die trotz des anhaltenden Tauwetters noch sieben Zoll betrug, nicht möglich war. Dem Dampfer gelang es nur auf einer Strecke von etwa 200 Meter, das Eis zu zertrümmern, doch setzten die Eisblöcke dem weiteren Ansturm des Dampfers derartigen Widerstand entgegen, daß die Tätigkeit des Eisbrechers zunächst eingestellt werden mußte. Die am gestrigen Tage fortgesetzten Versuche hatten den Erfolg, daß eine genügend breite Fahrtrinne in der Stromrichtung der Spree durch den Müggelsee geschaffen werden konnte. Der Lokal-Schifffahrtsverkehr auf der Oberprece ist am heutigen Morgen bereits aufgenommen worden.

Ein wahres Unglücksunternehmen scheint die in der Rubensstraße in Friedenau im Aufbau begriffene Kolonialausstellung zu sein. Kürzlich erst brach anlässlich des großen Sturmes eine Halle zusammen und in dieser Woche werden bereits zwei Unglücksfälle gemeldet. Am Montag stürzte ein Zimmergeßelle ab, der beim Aufzimmern der Balkenlage tätig war und blieb mit schweren Verletzungen liegen. Der Bedauernswerte hat einen Schädelbruch erlitten, außerdem wurden Rippenbrüche und Armbrüche konstatiert. Und wird mitgeteilt, daß der schwer Verletzte stundenlang gelegen habe, ehe ärztliche Hilfe kam. Anstatt nach dem nächstgelegenen Schöneberger Krankenhaus zu schicken, sei nach einem Steglitzer Arzt gefahndet worden, der natürlich erst später eintreffen konnte.

Der Kral hatte sich noch nicht lange entfernt, als sich ein zweiter Unfall ereignete, der, wenn auch nicht so schwer wie der erste, aber immerhin noch schlimm genug abließ. Damit ist aber die Unglücksliste dieses Unternehmens nicht erschöpft. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch fielen die acht fertig aufgestellten Binder zur Marinehalle zusammen, obwohl nur leichter Wind wehte.

Mit den Schutzvorrichtungen in diesem Unternehmen soll es auch sehr schlimm bestellt sein. Hier hätten die Unfallverhütungsorgane ein dankbares Feld, nur scheint Unklarheit zu herrschen, welche Berufsgenossenschaft hier zuständig ist. Auf eine Meldung an die Norddeutsche Berufsgenossenschaft Sektion I und II ging die Antwort ein, ihr gehe die Sache nichts an, die gleiche Antwort soll die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft erteilt haben, allerdings mit dem Bemerkten, eine Revision vornehmen zu wollen. Es wird die höchste Zeit, daß Vororge zur Verhütung weiterer Unglücksfälle getroffen wird. Sachverständige erklären uns, daß Schuld an diesen Unglücksfällen zum Teil schlechtes Holz zu tragen scheint, welches verwendet werde.

Niederlegung eines Stadtverordnetenmandates. Rentier Heilmann, der seit 20 Jahren den 14. Gemeindevahlbezirk der ersten Abteilung im roten Hause vertritt, hat der Stadtverordneten-Versammlung angezeigt, daß er mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Amt als Stadtverordneter niederlegen müsse.

In das Maschinengetriebe geraten. Durch einen bedauerlichen Unglücksfall ist gestern nachmittag der zwanzigjährige Fabrikarbeiter Friedrich Stolp, Weidenweg 3 wohnhaft, zum Krüppel geworden. Er war in der Treibriemenfabrik von Schwarz u. Co. in der Müllerstraße beschäftigt und hatte sich einer Maschine genähert. Er wurde mit der rechten Hand in das Getriebe gerissen und als er sich mit der linken zu befreien versuchte, geriet auch diese hinein. Die Rechte wurde vollständig fernampt und mußte im Rudolf Virchow-Krankenhaus amputiert werden. Dagegen hofft man die andere Hand zu erhalten.

Die böse Unterleitung. Eine größere, langanhaltende Störung des Unterleitungsbetriebes der Straßenbahn in der Fahrtrichtung Moabit — Potsdamer Platz ist Dienstag mittag dadurch eingetreten, daß die aufschneidbare Weiche an der Ecke der Sommerstraße durch das Herabfallen der Junge unbefahrbar geworden ist. Bis zur Beendigung der schwierigen Reparaturarbeiten müssen die Wagen der Linien 1, 6, 7, 9, 15, 23, 24, 52 und 58 in der Richtung nach dem Potsdamer Platz durch die Luisen- und Dorotheenstraße geleitet werden.

Halles Caprice. Das Budapest Theater in der Linienstraße brachte am Montag, außer einem bunten Teil, gleich zwei neue Rollen auf die Bühne. Die eine „10000 Gulden Wittigist“ charakterisiert die Ehe als das reine Geldgeschäft. Bei der Detraht in gewissen Kreisen liegt natürlich in erster Linie die Frage im Vordergrund: Woher bekommt die Tochter mit? Je höher die Wittigist ist, desto eher wird über manche „keine Fehler“ hinweggesehen. In „10000 Gulden Wittigist“ wird geschändet und gehandelt, als ob es gälte, Wirtschaftsgegenstände oder andere Gebrauchsmittel möglichst gut zu kaufen und die drücklichsten Situationen wurden herausgeholt durch Verschaffung der an der Wittigist fehlenden 2000 Gulden.

Die zweite Rolle „Im Inspektionszimmer“ trieb die Lust des Publikums infolge der geradezu tollen Einfälle auf die Spitze, natürlich durch direkt haarsträubende Verwickelungen. Ein Leutnant bekommt es fertig, seinen in Zivil erscheinenden Regimentskommandanten anzupumpen und zur Tür hinauszumwerfen, dessen Frau Heiratstränge zu stellen und die Tochter für blödsinnig erklären zu wollen. Es war weniger der Inhalt der tollen Rolle, als das gute Spiel der Mitwirkenden, das zum erheblichen Teile zum guten Gelingen des Abends beitrug, so vor allem Herr Verisch als Leutnant und Herr Kallbach als Heiratvermittler.

Einige recht gute Leistungen brachte der bunte Teil des Programms, aus welchem vor allem Lotte Sebus durch ihre vorzügliche Vortragsweise lobend hervorzuheben ist, während sich der Violin-Summarist Friedrich Regnis als Meister dieses Streichinstrumentes vorstellte und das Publikum zu lauten Beifallsbezeugungen veranlaßte.

Ein neues Spezialitäten-Theater wird am Sonnabend, den 2. März in Schöneberg in der Goltzstr. 2 von Direktor Gustav Behrens eröffnet.

Im Circus Busch findet vom 1. März ab eine Ringkampf-Konkurrenz statt.

Apollo-Theater. „Alten Rocca“, ist der Titel einer neuen Farsche, die Louis Herrmann für das Apollo-Theater bearbeitet hat, und deren Uraufführung am Sonnabend, den 2. März, stattfindet.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die 1. Kompanie nach der Wagmannstr. 16 gerufen. Durch energisches Vorgehen gelang es, die Flammen auf das Dach und den Boden zu beschränken. Ein Schornstein und Schornsteinrohr brannten in der Reinickendorferstr. 117. Zur Rettung eines Kindes wurden Samariter der Wehr mit einem Sauerstoffapparat nach der Invalidenstr. 88 Hof II entsandt. Leider vergeblich, denn als sie dort ankamen, war das Kind schon tot. Auch in einem zweiten Fall in der Privatklinik Potsdamerstr. 28 II konnte die Feuerwehr nicht helfen. In der Saarbrückerstr. 12 und Simon Dachstraße brannten Betten, Möbel usw. in einer Wohnung sowie ferner in der Reinickendorferstraße und Brenglauer Allee 42 Fett u. a.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die „anständige“ Charlottenburger „Neue Zeit“ repliziert in ihrer gestrigen Nummer auf unsere Festmahlung vom Dienstag und betont, daß sie sich den „einen Ton“, der in dem sozialdemokratischen Blatte herrscht, nicht zu eigen machen könne. Ganz unsere Meinung. Eine Fülle von Gemeinheiten nennt dann das Blatt unsere Bureauführung über den Ausdruck „Vereinsmitglied des sozialdemokratischen „Vorwärts“, „Soldatensoldat“ und „Sirenbalken des Herrn Singer“. Die Ausdrücke relativiert das Blatt allerdings nicht mehr, woraus wir entnehmen, daß unsere Festmahlung über den von der „Neuen Zeit“ gewünschten „guten Ton“ einen kleinen Erfolg gehabt hat. Nur der Klunker bezichtigt uns das Blatt, weil wir es beschuldigen, daß es seine Leser mit Stoff aus der Kiste des Lügenverbandes füttert. Es betont, daß es die „Korrespondenz“ des Lügenverbandes noch nicht erhalten, geschweige denn benutzt hat. Wir haben trotzdem von unserem Geschriebenen nichts zurückzunehmen. Fast alle Lügen gegen die Sozialdemokratie während der Zeit des Wahlkampfes, die den größten Teil der bürgerlichen Presse passierten, haben auch in der „Neuen Zeit“ Unterschlupf gefunden. Das Blatt die „Korrespondenz“ nicht direkt erhalten, so hat es Lügen aus anderen Zeitungen entnommen und mit schamlosem Behagen weiterverbreitet. Dies geschieht jetzt noch und mit solcher Verbe, daß man sehr wohl der Ansicht sein kann, als stehes das Blatt in direkten Beziehungen zum Lügenverband. Daß es in der leichtsinnigsten Weise die Sozialdemokratie verächtlich, beweist uns das Blatt erst in der Dienstagsummer, indem es von einem trafen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus berichtet, in der Mittwochsummer über den Fall aber ganz anders mittelt. Ein Blatt, das fast eine ständige Ausbreit für anti-sozialdemokratische Mitteilungen fähig, hat nicht nötig, sich über unser Urteil zu entziehen.

Feuer entstand in der Nacht vom 25. zum 26. Februar in einer Hofkammer der Weidmannstr. Nachts 1 Uhr wurde ein lautes Klaffen bemerkt und bald wurde festgestellt, daß in der Hofkammer eines Patienten Brand entstanden war. Die Hölle kam noch zur rechten Zeit, sonst wäre der Patient erstickt oder gar verbrannt. In der Hölle befindet sich ein Ofen; der Patient muß noch den Strohsack in Brand gesteckt haben. Das Feuer wurde alsdann bald gelöscht.

Rigdorf.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Dienstagmorgen in der Fabrik für Eisenkonstruktionen von Steffen u. Rölle am Mariendorfer Weg. Der Arbeiter Karl Schulz, ein junger Mann von etwa 20 Jahren, geriet in das Räderwerk einer elektrisch betriebenen Bohrmaschine, wodurch ihm der eine Oberarm zerquetscht wurde. Der Verletzte wurde nach dem Briker Kreis-Krankenhaus gebracht; ob und wie weit er wieder den beschädigten Arm wieder gebrauchen können, ist noch nicht festzustellen. Wie uns mitgeteilt wird, dürfte auch dieser Unfall wieder auf die Auserachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften einerseits und zum anderen auf die in den industriellen Großbetrieben immer mehr um sich greifende Treibererei zurückzuführen sein. Der Verunglückte mußte die Bohrmaschine etwas weiter rücken; als er zu diesem Zwecke dieselbe durch Ausschaltung des elektrischen Stromes zum Stillstand bringen wollte, wurde ihm vom Meister bedeutet, daß er nicht erst lange ausschalten solle. So kam dieser Verunglückte nach und glitt beim Weiterdrücken der Maschine in das Räderwerk. Das wäre noch verhindert worden, wenn nicht die den Arm erfassenden Zahnräder jeder Schutzvorrichtung entbehrt hätten. Erst nach dem Unglück wurde das Verhängnis nachgeholt. Dieser Fall zeigt wieder, wie Arbeitskraft und Gesundheit des Arbeiters auf dem Spiele stehen. Die Unfallverhütungsvorschriften stehen nur zu oft auf dem Papier und werden nicht beachtet. Zu wünschen wäre, daß solche Betriebe öfter einmal auf ihre Verschaffenheit untersucht würden.

Friedenau.

In der letzten Wahlvereinsversammlung sprach Genosse Kurt Heintz über „Das Ergebnis der Reichstagswahl“. In ausführlicher Weise legte Redner die Ursachen des Wahlausfalls dar. Er betonte, daß wir durch den Verlust der Mandate gar keine Ursache haben, den Kopf hängen zu lassen. Der Stimmengewinn zeigt erneut die Wertkraft des Sozialismus. Vor allem gelte es jetzt mit aller Kraft für den Ausbau der politischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen zu arbeiten, sowie für die weitestgehende Verbreitung der Parteipresse zu sorgen. — In der Diskussion wurde von den Genossen darauf hingewiesen, daß die Flugblätter für die Landarbeiter zu schwer verständlich seien; für die Land agitation müssen allgemein verständliche Schriften verwendet werden. Hierauf gab Genosse Döring den Rollenbericht vom letzten Quartal. — Aufgenommen wurden 14 neue Mitglieder, ebenso viel mußten zurückgestellt werden, da die Betreffenden in der Versammlung nicht erschienen waren.

Mariensfelde.

Was will die Sozialdemokratie und was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten? lautete das Thema, über das der Genosse Straßer-Rigdorf an Stelle des durch Krankheit verhinderten Genossen Jüdel in der ersten Mitgliederversammlung des neu gegründeten Wahlvereins für Mariensfelde und Umgegend referierte. Der Saal von Berger, Dorfstr. 30, war überfüllt. Der Vortrag fand großen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Berger, Feuerstod, Grentlich und die Mariendorfer Genossen Kommit und Lehmann I im Sinne des Referenten. Genosse Grentlich forderte die Anwesenden zum Austritt aus der Landesliste auf; es müßte das die Antwort sein auf die Schlepperdienste, die der hiesige Pfarrer am Wahltag den Gegnern geleistet hat. Auch wurde auf die Verachtung der Sozialisten hingewiesen und bekannt gegeben, daß die beiden Gastwirte Staffeld und König die Unterstützung des Meberjes verweigert haben. Neuaufgenommen wurden sechs Genossen, so daß der Verein aus 79 Mitgliedern besteht. Der Vorstand setzt sich zusammen aus folgenden Genossen: Erster Vorsitzender August Hampel, zweiter Vorsitzender F. Grentlich; August Trebus, Kassierer; Karl Schliebner, Schriftführer; Wilhelm Janide, Richtstraße, Weisiger.

Lichtenberg.

Die Wahlen der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung hat folgendes Resultat ergeben. Es sind 325 Stimmen abgegeben, davon ungültig 93, verbleiben 232 gültige Stimmen. Es erhielten die meisten Stimmen: Linke, Elias, Lena, Liebermann, Spiederemann, Ahlert, Kasper, Baduus, Niehus, Scholz, Köpfer, Witz, Schulz, Heine, Hennig, Görndt, Witz, Schinke, Wenz, Prellwitz, Well, Gutzahn und Proy. Für die Verbands-Generalversammlung scheidet Genosse Proy aus und tritt an seine Stelle Paul Brühl. Als Ersatzleute zur Kreis-Generalversammlung gelten Joffe und Stahl.

Johannisthal.

Aus der Gemeindevertretung. Der persönliche Zwist, der bereits seit Jahren zwischen den Vertretern der zweiten Klasse und dem Gemeindevorsteher besteht, kam auch in der letzten Gemeindevertretung wieder scharf zum Ausdruck. Eine Anfrage des Herrn von Trüschler, warum der von der Gemeindevertretung gefasste Beschluß, Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers, nicht auf der Tagesordnung stehe, beantwortete der Gemeindevorsteher dahin, daß die Behandlung dieser Sache bereits vor einigen Monaten abgelehnt sei, ihm aber auch die Aufstellung der Tagesordnung nach seinem Ermessen zustehe. Eine Anzahl in voriger Sitzung bei Abwesenheit des Gemeindevorstehers gestellter Fragen, wie die Richt- einziehung von Grund- und Gebäudesteuern des Forstzins, von Biersteuern bei einigen Gastwirten, von Anliegerbeiträgen in der Kaiser Wilhelmstraße und andere die trübe Finanzlage betreffende Fragen beantwortete der Gemeindevorsteher mit ausgesuchter Schärfe dahin, daß die einzubehorenen Anliegerbeiträge der Kaiser Wilhelmstraße eingezogen seien, der Forstzins so weit wie möglich jetzt zur Steuer herangezogen sei; die Richt- einziehung einiger Bierwirte sei aus Unkenntnis übersehen. Im übrigen sei es unmöglich, mit dem ihm zur Verfügung gestellten Beamtenapparat die Geschäfte so zu erledigen, wie dies seitens der Gemeindevertretung gewünscht werde. Bemerkte sei hierzu, daß dieses Frage- und Antwortspiel schon oft Gegenstand der Verhandlungen war. Es ist ergötzlich, wie jetzt von den beiden streitenden Parteien die drei sozialdemokratischen Vertreter umworden werden, da es von diesen abhängt, ob das Jünglein der Waage sich nach rechts oder links neigt. Die in voriger Sitzung beschlossene Erhebung einer Anleihe von 20 000 M. wurde durch nachmalige Abstimmung auf 30 000 M. erhöht. Bei dieser Gelegenheit protestierten unsere Parteigenossen gegen die Illumination am 27. Januar; es würden dabei Gelder verwandt, womit der größte Teil der Orts- einwohner nicht einverstanden ist. — Ueber den ferneren Verbleib der Vorgärten in der Friedrichstraße wurde deren Beseitigung mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen.

Nieder-Schöneweide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Bengisch einen kurzen Rückblick über die Reichstagswahl am Orte. Die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen, meinte Redner, habe gezeigt, daß nur ein Bruchteil der innerlich zur Sozialdemokratie Gehörenden Mitglieder des Wahlvereins sei. Diese für die Organisation zu gewinnen, müsse eine der nächsten Aufgaben der Parteigenossen sein. Nach dem Vorstandsbericht haben im letzten Geschäftsjahre stattgefunden 12 Vereinsversammlungen, 5 General- versammlungen, 7 Volksversammlungen, 23 Vorstandssitzungen, 4 Handzettel- und 8 Flugblattverteilungen. Mitglieder waren am Anfang des Jahres 22, am Schluß 60 vorhanden. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten stieg von 72 auf 112. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: Bengisch erster, Gräbny zweiter Vor- sitzender; Stein Kassierer; Konatowitsch Schriftführer; Hofmann Beisitzer. Als Revisoren fungieren: Matern, Weide und Kamperger. Mitglieder der Lokalkommission sind: Hofmann, Matern und Wolf. Bibliothekar: Perksch.

Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Wolf, Hofmann und Bengisch gewählt. Ferner wurde angeordnet, den Ort in drei Bezirke zu teilen, um die Agitation besser gestalten zu können.

Die Angelegenheit wurde dem Vorstande überwiesen, um in der nächsten Versammlung die Einteilung der Bezirke bekannt zu geben.

Ober-Schöneweide.

Ein erfreuliches Wachstum der Parteioorganisation haben die Ober-Schöneweider Genossen im letzten Jahre zu verzeichnen. Danach hat sich die Mitgliederzahl des Wahlvereins um 222 innerhalb eines Jahres vermehrt. Sie betrug am Schluß des Jahres 1905 285 und stieg bis zum Schluß des Jahres 1906 auf 507. Sicher ein schöner Lohn für die intensive Tätigkeit der Genossen. Stattgefunden haben 13 Vereins- und 11 Volksversammlungen. Die Einnahmen betrugen 6147,44 M. und die Ausgaben 5796,95 M. Die Bibliothek enthält 374 Bände, dieselbe wurde von 165 Lesern 1024 mal benutzt. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten ist vom Januar 1906 bis Januar 1907 von 788 auf 930 gestiegen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender: Ruth; Kassierer: Burgschat; Schriftführer: Gerlich; Beisitzer: Henjes, Pfeifer, Roden- busch; Revisoren: Reinholz, Kaufhold, Jakobson; Expediteur: Grunow; Expeditionskommission: Gallasch, Burgschat, Gerlich; Bibliothekar: Buge; Lokalkommission: Köpfer, Gielow, Gallasch; Bezirksführer: I. Bezirk Krone, II. Berger, III. Förster, IV. Roden- busch, V. Peintze, VI. Kamp, VII. Jöbel. Als Delegierte zur Kreis- Generalversammlung wurden Ruth, Grunow, Maurenbrecher, Jakobson, Kaufhold, Berger, Jöbel und als Stellvertreter Roden- busch und Köpfer gewählt.

Neuenhagen (Ostbahn).

Dem in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins er- statteten Vorstandsbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Mitglieder- zahl ist im Laufe des Geschäftsjahres von 98 auf 159 gestiegen. Es fanden statt 8 öffentliche und 12 Mitgliederversammlungen. Die Einnahme des letzten Quartals betrug 200,90 M., die Ausgabe 108,44 M., mithin bleibt ein Bestand von 41,46 M. In den Vor- stand wurden folgende Genossen gewählt: Köpfer 1. Vorsitzender, Köpfer 2. Vorsitzender, A. Lehmann Kassierer, Köpfer Schrift- führer, Köpfer und Köpfer als Beisitzer, Köpfer, Köpfer und Köpfer als Revisoren. — Scharfgetadelt wurde das Verhalten verpöblicher Genossen, die es immer noch fertig bringen, in ge- sperrten Lokalen zu verkehren; erstere Schritte werden gegen diese Ge- nossen auch von gewerkschaftlicher Seite eingeleitet.

Tegel.

Für die Entwicklung des Schulwesens der Gemeinde Tegel liegen jetzt interessante statistische Daten in einer amtlichen Auf- stellung vor. Sie betreffen die Jahre 1901—1906. Vordem war die Entwicklung Tegels nicht sprunghaft schnell, sondern in stetigen Bahnen geblieben. Die Einwohnerzahl wuchs nur in dem gleichen Maße, wie industrielle Anlagen nach Tegel verlegt wurden. 1867 hatte der Ort nur 413 Einwohner, nachdem dann Egels seine Maschinen- fabrik nach Tegel verlegt hatte, stieg 1876 die Zahl auf 1163, 1880 auf 1252, 1885 auf 1652, 1890 auf 2055, dann, nachdem die Berliner Wasser- werke in Tegel in vollem Betrieb waren, 1896 auf 3067, eine Zahl die auch durch den begonnenen Bau des Vorkriegswerkes stieg, das dann 1900 die Einwohnerzahl Tegels auf 7023 brachte. 1901, zu Beginn der amtlichen Aufstellung war die Zahl dann schon auf 7487 ge- stiegen, um im nächsten Jahre auf 8001 zu steigen. Damals gab es in Tegels Schulhaus 15 Lehrkräfte für 16 Klassen mit 748 Schül- lern. Für diese wurden 182 918 M. ausgegeben. Der Stand der Schule besserte sich mit dem Wachstum der Gemeinde, bis er 1906 32 Lehrkräfte für 31 Klassen mit 1511 Schülern und 499 000 M. Kosten umfaßte. Neben der Volksschule bestand 1901 nur noch die Kleinkinderschule. Sie hatte nur einen Raum, eine Lehrkraft und 88 Schulkinder. 1906 waren diese Zahlen auf zwei Räume, zwei Lehrkräfte und 71 Schulkinder gestiegen. Die Kosten betrugen 1901 1291 M., 1906 1850 M. Es kamen dann 1903 die Realschule und die höhere Mädchenschule hinzu. Die erste begann mit vier Lehrkräften in fünf Klassen bei 58 Schülern und 15 942 M. Kosten und stieg bis 1906 auf neun Lehrkräfte in acht Klassen bei 186 Schülern und 43 800 M. Kosten. Die zweite begann 1903 mit zwei Lehrkräften für zwei Klassen mit 35 Schülerinnen und 3309 M. Kosten und hatte 1906 fünf Lehr- kräfte für fünf Klassen und 11 600 M. Kosten. Endlich trat 1904 die Fortbildungsschule ins Leben, die mit vier Lehrkräften in drei Klassen und 56 Schülern bei 1972 M. Kosten begann und 1906 schon 11 Lehrkräfte in 11 Klassen und 164 Schüler bei 4900 M. Kosten verzeichnete. So umfaßt denn Tegels Schulapparat bei 14 833 Ein- wohnern im Jahre 1906 in allen Schulen zusammen 69 Lehrkräfte, 68 Klassen und 2038 Schulkinder.

Die Wertzuwachssteuer vom Steuerzuschuß beschlossen. In der gestern abend tagenden Sitzung des Tegeler Steuerzuschußes stand die Vorlage zur Einführung der Wertzuwachssteuer zur Be- ratung. Die einzelnen Bestimmungen wurden durchgesprochen und an der Hand von Möglichkeiten Berechnungen über die Wirkung der künftigen Steuer angestellt. Das Ergebnis dieser Beratung war, daß der Entwurf mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Die nächste Gemeindevertretersitzung wird sich bereits mit der Steuervorlage beschäftigen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Gemeindevertreter sich dem Beschlusse des Steuerzuschusses an- schließen.

Reinickendorf-West.

Berdoppel hat sich nach dem Berichte des Vorstandes, der in der anherberordentlichen Generalversammlung gegeben wurde, der Wahl- verein im letzten Jahre. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 300. Auch der „Vorwärts“ hat über 100 neue Abonnenten gewonnen. Roth Verusen gelehrt sind politisch organisiert 118 Arbeiter, 17 Dreher, 23 Maurer, 6 Zigarrenmacher, 18 Schmiede, 24 Schlosser, 10 Gastwirte, 7 Bäcker, 3 Köpfer und verschiedene Berufe 50. In den Vorstand gewählt wurden: die Genossen Dannenberg als erster und Hellwig als zweiter Vorsitzender, Bold als Schriftführer, Dunsow, Theil und Hammer als Revisoren und Danik, Kuschminder, Schall, Dolaha und Schmidt als Bezirksführer. Als Kreisdelegierte wurden Wolf, Dannenberg und Henschel gewählt. Die übrigen Tagesordnungs- punkte wurden wegen der vorgezogenen Zeit vertagt. Der Vorsitzende erwähnte zum Schluß noch zu intensiver Weiterarbeit für die Organi- sation und Presse.

Nieder-Schönhausen.

Der 100 Jahre lautete das Thema, über das Genosse Schütte in der letzten Wahlvereinsversammlung referierte. Als Delegierte zur Generalversammlung des Kreiswahlvereins wurden die Genossen Pätzold, Risch und Schelle gewählt. Unter Kommunalangelegenheiten berichtete Genosse Hellrich in aus- führlicher Weise über den Vertragsabschluss unserer Gemeinde mit der Großen Berliner Straßenbahn. Hierauf teilte Genosse Otto mit, daß der Vorstand beabsichtige, eine Bibliothek zu gründen, die Parteigenossen werden deshalb gebeten, überschüssige Bücher dem Vorstand zu übermitteln. Unter Verschiedenes machte der Vor- sitzende Genosse Pätzold bekannt, daß von jetzt ab die Mitglieds- beiträge nur in den Herbstmonaten entgegenzunehmen werden, zu- gleich machte er auf die am Sonntag, den 3. März, stattfindende Flugblattverteilung aufmerksam und ersuchte um zahlreiche Be- teiligung.

Bezirk Waidmannslust.

Die Gemeinde Waidmannslust-Lübars will zum 2. Quartal dieses Jahres das Gemeindebureau von Lübars nach Waidmannslust ver- legen. In Bureauräumen soll die nördliche Hälfte des Gutertrains vom Säulhaus umgebaut werden. Der alte Gemeindevorsteher legt sein Amt wegen Überlastung nieder; es soll an seiner Stelle ein besoldeter Vorsteher aus den Reihen der Verwaltungsbeamten angestellt werden. Für die Anstellung eines Juristen erklärten sich nur einige Stimmen. Das Anfangsgehalt soll 8000 M. betragen, steigend von drei zu drei Jahren um 400 M. bis zum Höchstgehalt

Die besten und von wirklichen Kennern am meisten geschätzten türkischen Cigaretten, welche in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack von Cigaretten zum doppelten Preise nicht erreicht werden, sind

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Eine vollkommene Mischung der edelsten Eigenschaften feinsten türkischer Tabake. Mild, gehaltvoll, aromatisch und stets gleichbleibend



Josetti

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Frey Straße, Kaiserstr. 89.
 Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Werner, Mittelmalerstr. 30.
 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Säulenstr. 52, Hof.
 3. Wahlkreis: St. Frig, Pringstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis, Osten: Robert Bengels, Müldersdorferstr. 8, am Schürmerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden).
 5. Wahlkreis: Leo Buch, Reibstr. 42 (Laden).
 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
 Wedding: Karl Weise, Diefenstraße 41/42.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Adlerstr. 36, Eingang Anklamerstraße.
 Gesundbrunnen: F. Trapp, Rügenstr. 24, vorn part. links.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Thymenerstr. 123.
 Alt-Gliencke: Reinhold Schulz, Rudowerstr. 83.
 Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenmeisterstraße 1, Ecke Goethestraße, vorn I.
 Wilmersdorf-Halensee: Georg Heese, Berlinerstr. 46, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 50, I.
 Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
 Grünau: Otto Schröder, Wilhelmstr. 21.
 Bixdorf: W. Heinrich, Redastraße 2, im Laden.
 Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostraße 2.
 Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
 Tempelhof: W. Müller, Berlinerstr. 41/42.
 Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
 Nieder-Schöneweide: Bonafant, Casselwerderstr. 1d.
 Johannisthal: Franz Arnold, Hilmarsdtr. 7.
 Adlershof: Erich Steuer, Roonstr. 8, I.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalderstraße 4b.
 Köpenick: Friedrich Wolf, Grünstr. 4.
 Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Meyer, Döppelstr. 32, und Fr. Schellhale, Ahornstr. 15a.
 Mariendorf: Paul Müller, Brauerstr. 35, Hof I.
 Baumschulenweg: Stodt, Grünstr. 2, II.
 Troptow: Ad. Wramenz, Nießholzstraße 412, Laden.
 Neu-Weißensee: Kurt Rübemann, Sedanstr. 105, parterre.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Trovinsstraße 108, II.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Rauschstraße 10.
 Pankow-Niederschönhausen: G. Freimaldt, Wäldchenstr. 73.
 Bernau: Heinrich Brose, Hohlesteinstr. 74, part.
 Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Wilfried Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
 Teltow: Wilhelm Rehler, Hochsteinweg 7.
 Nowawes: Wilhelm Döppe, Heidekrichstraße 1.
 Spandau: Köppen, Sagenstr. 9.
 Außerdem ist ähnliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden.

Sieben erschienen: Die soziale Revolution

von Karl Kautsky.
 Zweite durchgesehene Auflage. Preis 1,50 M.
 Billige Ausgabe Preis 70 Pf.

Militarismus und Antimilitarismus

unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung von Dr. Karl Liebknecht.
 Preis 1 Mark.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.
 Lindenstraße 69, Laden.

Buggenhagen

Horitz-Platz.
 Täglich:
 Urteile Stimmung.
 Doppel-Konzert.
 Schuhplattler.
 Umzug des Zirkusdirektors a. d. J. 1840.

Die kluge Pauline.

Colosseum

Dresdenerstraße 97.
 Täglich: Großer Bockbier-Jubel.
 Musik! — Gesang! — Humor! — Allerlei Heberausungen.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16, Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)

Theater lebender Photographien. Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit. Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

Neuerscheinungen.

Charles Fourier.
 Sein Leben und seine Theorien von August Bebel. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères. Dritte Auflage. Preis 2 M., geb. 2,50 M.

Der Schutz der Deutschen in Frankreich 1870—1871.

Briefwechsel des außerordentlichen Gesandten u. bevollmächtigten Ministers der Vereinigten Staaten in Frankreich E. S. Washburne in Paris vom 17. Juli 1870 bis zum 29. Juni 1871. Ausgewählt, überfetzt und mit einer Einleitung versehen von Adolf Hepner. Preis brosch. 2,40 M., geb. 3 M.

Lohnarbeit und Kapital

von Karl Marx. Neu herausgegeben von Karl Kautsky. Preis 25 Pf.

Arbeiter-Programm

über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterlandes von Ferdinand Lassalle. Mit Vorbemerkungen herausgegeben von Ed. Bernstein. Preis 30 Pf.

Expedition des „Vorwärts“ BERLIN SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Die letzten 4 Wochen

Total-Ausverkauf

nur **43 Kommandantenstr. 43**

und **10 Hauptstr. Schöneberg Hauptstr. 10**

Ausnahme-Preise

9 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststraße

80 Chausseestr. 80

137 Gr. Frankfurterstr. 137

In den Geschäften Kommandantenstr. 43, welches am 1. April aufgelöst wird, und Schöneberg, Hauptstr. 10, kommen auch große Posten Waren mit zum Verkauf, welche aus unseren anderen Filialen stammen.

5 **Blitz** 5
 Geschäfte

oder **Das Wunder Berlins!**

Zur Sommer-Saison

empfehlen wir unserer geehrten Kundschaft, vor Deckung ihres Bedarfs unsere

Friesigen Läger

zu besichtigen. Dieselben sind auf das beste sortiert. Durch Einkauf von zirka

20 000 Anzüge

10 000 Paletots

10 000 Hosen

sind wir in der Lage, zu jedem

annehmbaren Preise

verkaufen zu können.

Preise. **Blitz** Preise.

Herren-Anzug, haltbar, gemustert, Stck. **6.75 M.**

Herren-Anzug, gemustert u. schwarz, Stck. **8.50 M.**

Herren-Anzug, blau, gestreift, eleg., Stck. **10.25 M.**

Herren-Anzug, alle Muster, prima Stck. **13.50 M.**

Herren-Anzug, das Neueste . . . Stck. **16.50 M.**

Herren-Anzug, Gehrock, Satin . . Stck. **19.00 M.**

Knaben-Anzüge Stck. von **1.85 M. an**

Knaben-Hosen Stck. von **52 Pf. an**

Herren-Hosen, Herkules . . Stck. von **1.85 M. an**

Burschen-Anzüge Stck. von **4.50 M. an**

Arbeiter-Bekleidung spottbillig.

Herren-Paletot, gemustert . . . Stck. **7.25 M.**

Herren-Paletot, gemustert, m. Sattel, Stck. **8.25 M.**

Herren-Paletot, Kammgarn, gemust., Stck. **12.50 M.**

Herren-Paletot, m. Atlas, schwarz Cheviot Stck. **13.50 M.**

Herren-Paletot, das Neueste . . . Stck. **15.75 M.**

Herren-Paletot, auf Seide, elegant, Stck. **17.50 M.**

Nur kein Neid, wer kann, kann.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz